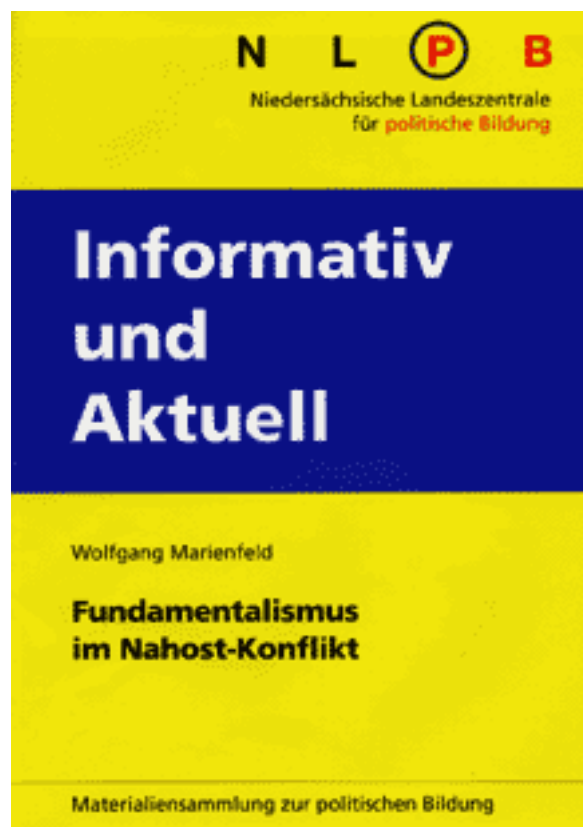


Wolfgang Marienfeld

Fundamentalismus im Nahost-Konflikt



Inhaltsverzeichnis

1. Palästina: Vom binationalen Völkerbundsmandat zum UNO-Teilungsbeschluss, 1920–1948	5
2. Israel und die Palästinenser: Nationale Selbstbehauptung/fundamentalistisches Auftragsbewusstsein	10
3. Friedensinitiativen	13
4. Politische Neuorientierung der PLO	14
5. Eine „neue Weltordnung“ durch den Golf-Krieg? ...	15
6. Die israelische Friedensbewegung	16
7. „Oslo“ und der Friedensprozess	16
8. Fundamentalistischer Widerstand gegen einen Friedenskompromiss	18
9. Die Wiederbelebung des Friedensprozesses: Camp David/Taba	20
10. Das Ende von „Oslo“	22
11. Die deutsch-israelischen Beziehungen: Aufstieg aus dem Abgrund	24
12. Die Wahrnehmung des Nahost-Konfliktes im christlichen Fundamentalismus	25
13. Die Gegenwart des Nahost-Problems	34
14. Anmerkungen/Nachweise	43

Fundamentalismus im Nahost-Konflikt

von Wolfgang Marienfeld

Am 4. November 1995 wurde der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin von einem jüdischen Fundamentalisten ermordet. Sechs Jahre später standen auf eben dem Platz in Tel Aviv, auf dem er im Anschluss an eine große Friedenskundgebung mit mehr als 100 000 Menschen den Tod gefunden hatte – dem nach ihm benannten „Rabin-Platz“ – 936 Särge: 203 weiß verhüllt und mit der israelischen Flagge geschmückt, 733 schwarz und – da von der israelischen Polizei verboten – ohne nationalen Flaggschmuck. Die Särge waren aufgebahrt als Mahnmal für die 936 Menschen, Juden und Palästinenser, die seit Beginn der Al Aqsa-Intifada im September 2000 Opfer von Gewalt geworden waren. Initiatoren dieses eindrucksvollen Mahnmals waren 190 israelische und 140 palästinensische Eltern, die sich nach dem Tod ihrer Kinder in dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu einer einzigartigen Partnerschaft, einem „Elternzirkel“, zusammenschlossen hatten, „um Frieden, Toleranz und Demokratie zu fördern“.¹

Eine unmittelbare politische Wirkung ist von dieser Friedenskundgebung nicht ausgegangen – im Gegenteil: Seither haben weitere Hunderte von Menschen ihr Leben eingebüßt, ist aus der Intifada mit der „Operation Schutzwall“ ein Bürgerkrieg geworden. So wie sich die Spirale der Gewalt weiter gedreht hat und mit der „Operation Schutzwall“ auch nicht angehalten werden wird, so weit greift sie in die Vergangenheit zurück. Was macht den Konflikt so hoffnungslos?

1. Palästina: Vom binationalen Völkerbundsmandat zum UNO-Teilungs- beschluss, 1920–1948

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die arabischen Teile des Osmanischen



Friedensdemonstration auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv am 29.10.2001, Reuters

Chronik der Ereignisse im Nahostkonflikt: eine Woche im März 2002

1. März *Bei Angriffen der israelischen Armee auf palästinensische Flüchtlingslager werden sechs Palästinenser und ein israelischer Soldat getötet.*
2. März *Bei einem Selbstmordattentat in Jerusalem werden neun Israelis und der palästinensische Attentäter getötet.*
3. März *Bei Angriffen der israelischen Luftwaffe werden vier Palästinenser getötet. – Bei einem Angriff auf eine israelische Straßensperre bei Ramallah werden drei Siedler und sieben Soldaten getötet. – Beim Angriff auf einen Konvoi im Gaza-Streifen wird ein israelischer Soldat getötet. – Ein israelischer Polizist wird in der Westbank tot aufgefunden.*
4. März *Bei Angriffen der israelischen Armee werden 18 Palästinenser getötet. – Ein Palästinenser wird beim Angriff auf einen israelischen Armeeposten getötet. – Beim Attentat auf ein Restaurant in Tel Aviv werden vier Israelis und der palästinensische Attentäter getötet.*
5. März *Bei einem Anschlag auf ein Restaurant in Tel Aviv werden drei Israelis und der palästinensische Attentäter getötet. – Bei einem Selbstmordattentat in Afula werden ein Israeli und der palästinensische Attentäter getötet. – Bei Bethlehem wird eine Siedlerin in ihrem Auto erschossen. – In der Westbank wird ein Palästinenser von israelischem Militär getötet. – Eine jüdische Untergrundgruppe bekennt sich zu einem Bombenanschlag auf eine palästinensische Schule, bei dem nur leichte Verletzungen verursacht werden.*
6. März *Bei Angriffen der israelischen Armee werden sieben Palästinenser und zwei israelische Soldaten getötet.*
7. März *Bei einem Selbstmordanschlag in einer jüdischen Siedlung wird der palästinensische Attentäter getötet. – Bei Aktionen der israelischen Armee werden mindestens zehn Palästinenser getötet.*

(Israel & Palästina, Zs. f. Dialog, H. 2/2002, S. 82 ff.)

Reiches in **Mandate des Völkerbundes** umgewandelt worden. Sie standen unter französischer (Syrien, Libanon) oder britischer Herrschaft (Palästina, Transjordanien, Irak). Mandate waren keine Kolonien, vielmehr Staaten unter Vormundschaft, die von der jeweiligen Mandatsmacht im Auftrage des Völkerbundes zur Selbstregierung geführt werden sollten. Palästina sollte nach einer Vorbereitungszeit von maximal 20 Jahren die Souveränität verliehen bekommen, seiner ethnischen Zusammensetzung entsprechend als bi-nationaler Staat, der Araber und Juden (die im Rahmen der zionistischen Bewegung seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts einwanderten) unter dem gemeinsamen Dach einer „**Nation Palästina**“ vereinen sollte. In dem Maße jedoch, wie sich durch die jüdische Einwanderung die ethnische Zusammensetzung Palästinas verschob (1920–25: etwa 80 000, 1933–36 etwa 170 000 jüdische Einwanderer), wuchs der arabische Widerstand dagegen. Er entlud sich in einer Reihe bewaffneter Erhebungen in den 20er Jahren. **1936** und bedingt durch den starken Anstieg der Einwanderung jetzt vornehmlich aus Deutschland eskalierte der Widerstand in einen **Bürgerkrieg**, dem etwa 2 000 Menschen zum Opfer fielen, weit überwiegend Araber. Der nachfolgende Bericht einer britischen Untersuchungskommission unter Vorsitz von Earl Peel resümiert die Lage in Palästina und kennzeichnet gleichzeitig die Preisgabe der Idee eines bi-nationalen Staates Palästina:

„Ein unüberwindlicher Konflikt hat sich zwischen den beiden nationalen Gemeinschaften innerhalb der engen Grenzen eines kleinen Landes erhoben. Ungefähr eine Million Araber stehen in offenem oder latentem Kampf mit 400 000 Juden. Es gibt keine gemeinsame Grundlage zwischen ihnen. Die arabische Gemeinschaft ist vorwiegend asiatischen, die jüdische vorwiegend europäischen Charakters. Sie unterscheiden sich in Religion und Sprache. Ihr kulturelles und soziales Leben, ihre Denkweise und Lebensführung sind ebenso unvereinbar wie ihre nationalen Bestrebungen. Die letztgenannten sind das größte Hindernis für den Frieden. Araber und Juden könnten möglicherweise lernen, zusammen in Palästina zu leben und zu arbeiten, wenn sie eine echte Anstrengung

machen wollten, ihre nationalen Ideale miteinander zu versöhnen und zu verbinden und so mit der Zeit ein gemeinsames zweigestaltiges Staatsvolkstum aufzubauen. Aber hierzu sind sie nicht imstande. Der Krieg [gemeint ist der Erste Weltkrieg] und seine Folgen haben alle Araber mit der Hoffnung erfüllt, in einer freien und geeinten arabischen Welt die Traditionen des arabischen goldenen Zeitalters wieder zu beleben. In gleicher Weise sind die Juden von ihrer historischen Vergangenheit erfüllt. Sie wollen zeigen, was die jüdische Nation leisten kann, wenn sie wieder in das Land ihrer Väter zurückversetzt ist. Daher ist eine nationale Angleichung zwischen Juden und Arabern ausgeschlossen. Nach arabischer Vorstellung dürften die Juden nur den Platz bekommen, den sie im arabischen Ägypten oder arabischen Spanien einst innehatten. Die Araber hinwieder würden in der jüdischen Vorstellung so abseits stehen wie einst die Kanaaniter im alten Land Israel. ... Unter diesen Umständen noch weiter daran festzuhalten, daß palästinensisches Staatsbürgertum irgendeinen moralischen Gehalt in sich schließe, wäre eine verderbliche Illusion. Weder Araber noch Juden haben irgendein Gefühl von Verpflichtung für einen einheitlichen [gemeinsamen] Staat.

Dieser Konflikt kennzeichnete die *Länge von Anfang an ... Der Konflikt ist ständig ernster geworden. Er ist gekennzeichnet durch eine Reihe von fünf arabischen Aufständen, die in dem Aufstand des letzten Jahres den Höhepunkt erreichten. In früherer Zeit war die Feindschaft gegen die Juden unter den Fellachen nicht weitverbreitet. Jetzt tritt sie allgemein. ... Diese Vertiefung des Konfliktes wird fortschreiten. Die trennende Macht der Umstände in Palästina wächst von Jahr zu Jahr ...*

Die Lehre ist deutlich, und niemand wird, wie wir glauben, jetzt versuchen zu behaupten, daß das bestehende System irgendeine wirkliche Hoffnung auf eine Versöhnung zwischen Arabern und Juden bietet.“

Musste aber die bi-nationale Idee aufgegeben werden, stellte sich zugleich die Frage, was an ihre Stelle treten sollte. Die britische Untersuchungskommission antwortete darauf:

„Offensichtlich kann das Problem nicht dadurch gelöst werden, daß

man entweder den Arabern oder den Juden alles gibt, was sie verlangen. Die Antwort auf die Frage ‚Wer von ihnen wird am Ende Palästina beherrschen?‘ muß sicher lauten: ‚Keiner‘. Wir glauben nicht, daß irgendein ernst gesinnter Staatsmann annehmen könnte, daß jetzt, da die Hoffnung auf eine Harmonie zwischen den Völkern sich als unhaltbar erwiesen hat, Britannien entweder der arabischen Herrschaft 400 000 Juden ausliefern sollte, ... oder, wenn die Juden eine Majorität würden, ungefähr eine Million Araber ihrer Herrschaft überlassen sollte. Aber während keines dieser Völker gerecht über Palästina herrschen kann, sehen wir keinen Grund, warum nicht jedes Volk, wenn es durchführbar ist, einen Teil davon beherrschen könnte ...

Hierzu möchten wir sagen, daß es wenig moralischen Wert hat, die politische Einigkeit Palästinas auf Kosten eines ewigen Hasses, Streites und Blutvergießens aufrechtzuerhalten und daß kaum ein moralischer Verstoß darin liegt, eine politische Linie durch Palästina zu ziehen, wenn Frieden und Verständnis zwischen den Völkern dadurch auf die Dauer erreicht werden können ... Die praktischen Schwierigkeiten scheinen uns nicht so unüberwindlich wie die Schwierigkeiten, die mit einer Fortdauer des Mandats ... verbunden sind ... Die Teilung scheint wenigstens eine Chance für endgültigen Frieden zu bieten. Wir können nichts dergleichen in irgendeinem anderen Plan sehen.“²

Der Gedanke der Teilung setzte sich durch – nicht nur bedingt durch die eher pragmatischen Überlegungen der britischen Untersuchungskommission, mehr noch durch das moralische Postulat, das im Zweiten Weltkrieg mit der barbarischen Judenverfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland aufgerichtet worden war. Der **Teilungsplan der UNO vom November 1947** sah nach den örtlichen Mehrheitsverhältnissen die Errichtung eines jüdischen und eines arabischen bzw. palästinensischen Staates vor. Jerusalem sollte keinem der beiden Staaten zugeschlagen werden, sondern unter UNO-Verwaltung stehen.

Der Teilungsplan fand die Zustimmung fast aller west- und osteuropäi-

schen sowie der meisten süd- und nordamerikanischen Staaten. Dagegen stimmten alle arabischen und islamischen Staaten (damals in der UNO in wesentlich geringerer Zahl vertreten als heute). Der Widerstand gegen die Teilung Palästinas machte sich fest am verletzten Selbstbestimmungsrecht der großen arabischen Mehrheit im Mandatsgebiet: 1947 etwa 1,3 Mill. Araber und etwa 600 000 Juden. Er konnte sich auf die Zusicherungen nationaler Unabhängigkeit durch Großbritannien im Ersten Weltkrieg berufen (um die arabische Nationalbewegung gegen den Kriegsgegner Türkei zu mobilisieren) und ebenso auf die britische Zusicherung eines arabischen Staates Palästina am Vorabend des Zweiten Weltkrieges (um die arabischen Staaten nicht in die Arme Hitler-Deutschlands zu treiben). Und er hatte sicher auch als emotionale Grundlage, dass nicht ein dem Islam gehörendes, ja zentrales Gebiet an eine Religionsnation verloren gehen sollte, die zwar den gleichen Gott anbetet, ursprünglich auch eine gleiche Offenbarung empfangen hat, die aber nach der abschließenden Offenbarung Gottes an Mohammed religionsgeschichtlich überholt ist. Es war in diesem religionsgeschichtlichen Denksammenhang für die Araber auch nicht nachvollziehbar, die politische

Lösung eines spezifisch christlichen und europäischen Problems – das des Antisemitismus – aufgebürdet zu bekommen, das es im Herrschaftsraum des Islam nicht gegeben hatte (vgl. dazu auch den Peel-Bericht). Die arabische Forderung, dem Völkerbundsmandat Palästina gemäß ursprünglicher Mandatsidee ebenso die Souveränität zu verleihen wie zuvor den anderen Mandatsgebieten (Transjordanien 1928, Irak 1930, Syrien 1932, Libanon 1936), wurde mit dem Teilungsbeschluss der UNO abgewiesen. Vor dem Hintergrund der seitherigen Entwicklung war die Ablehnung des UNO-Teilungsplanes durch die arabischen und islamischen Staaten ein schwerer politischer Fehler. Angesichts der derzeitigen Situation und der ihr innewohnenden politischen Lösungsmöglichkeiten muss der UNO-Teilungsplan von 1947 geradezu als verlorenes Paradies erscheinen.

So brach denn der erste militärische Konflikt um den Teilungsbeschluss der UNO und um die **Staatsgründung Israels (Mai 1948)** aus, erst als Bürgerkrieg in Palästina, dann als erster Nahost-Krieg – von den einen erlebt als siegreicher „Unabhängigkeitskrieg“, als – vor dem Hintergrund der Schoah – befreiender Aufbruch in eine lichtvolle Zukunft, von den

anderen als „Nakba“, als abgrundtiefe Katastrophe empfunden: Verlust weiteren Landes mit den über den UNO-Beschluss hinausgreifenden Waffenstillstandslinien von 1949, Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen in Lagern zusammengepfercht und zur Lebenserhaltung auf das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) angewiesen und nachfolgend ihrer eigenen Geschichte und ihrer ideellen Präsenz in der Heimat beraubt durch die Zerstörung von rund 400 palästinensischen Ortschaften im Staatsgebiet Israels.

Dem Krieg von 1948 sind vier weitere Kriege gefolgt.

1948/49 1. Nahostkrieg im Gefolge von Teilungsbeschluss der UNO (Nov. 1947) und Staatsproklamation Israels (Mai 1948). Abschluss durch Waffenstillstandsverträge Israels mit Ägypten, Libanon, Syrien, Transjordanien.

1956 2. Nahostkrieg: Britisch/französisch-ägyptischer Konflikt nach der Verstaatlichung des Suezkanals (Präsident Nasser). Israel besetzt Gaza-Streifen und Sinai-Halbinsel. Ultimatives Eingreifen der USA und der Sowjetunion zu Gunsten Ägyptens. Stationierung von UN-Truppen in Sinai und Gaza.

1967 3. Nahostkrieg, sog. Sechstage-Krieg zwischen Israel und Ägypten/Syrien/Jordanien, ausgelöst durch die Sperrung des Golfes von Akaba durch Ägypten. Israelische Besetzung des Golan, Ostjerusalems, der Westbank und der Sinai-Halbinsel. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel durch die Sowjetunion und die Ostblockstaaten. Waffenstillstand durch UNO-Intervention.

1973 4. Nahostkrieg, sog. Yom Kippur-Krieg, zwischen Israel und Ägypten/Syrien (Überquerung des Suez-Kanals durch ägyptische Truppen am religiösen Feiertag Yom Kippur). Waffenstillstand durch UNO-Intervention.

1982 5. Nahostkrieg, sog. Libanon-Krieg: Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon mit dem Ziel, die PLO militärisch und politisch zu entmachten („Frieden für Galiläa!“). PLO-Exil in Tunis.



Bevin: „Los, reite Du ihn jetzt!“ News Chronicle/Der Spiegel, 12. 4. 1947
Großbritannien (Außenminister Bevin) kündigt im April 1947 seine Mandats-herrschaft auf und übergibt das Palästina-problem der Uno.

Sie haben mit der Eroberung Jerusalems, der Westbank, des Gazastreifens und der Golanhöhen durch Israel 1967 das Problemfeld ungeheuer erweitert, den Problemgehalt unendlich vertieft und vorerst jeden Gedanken an Kompromisse verdrängt. Ausdruck dafür ist auf palästinensischer Seite das „**National abkommen**“ der PLO von 1968 (auch Nationalcharta genannt):

PLO (Palestine Liberation Organization/Palästinensische Befreiungsorganisation): 1964 gegründeter Dachverband unterschiedlicher politischer, sozialer und militärischer Organisationen der Palästinenser, ab 1969 unter der Führung von Yassir Arafat stehend, als nationale Repräsentanz der Palästinenser. Die von Arafat 1959 gegründete Al Fatah (Palästinensische Befreiungsbewegung) ist die größte Gruppe innerhalb der PLO.

„**Art.2:** Palästina ist innerhalb der Grenzen, die es zur Zeit des britischen Mandats hatte, eine unteilbare territoriale Einheit.“

„**Art.19:** Die Teilung Palästinas im Jahre 1947 und die Schaffung des Staates Israel sind völlig illegal, ohne Rücksicht auf den inzwischen erfolgten Zeitablauf, denn sie standen im Gegensatz zu dem Willen der palästinensischen Bevölkerung und ihrer natürlichen Rechte auf ihr Heimatland; sie waren unvereinbar mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Recht auf Selbstbestimmung.“

„**Art.9:** Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas. ... Das arabische palästinensische Volk besteht auf seiner unbedingten Entschlossenheit und seiner festen Entschiedenheit, diesen bewaffneten Kampf fortzusetzen und eine bewaffnete Volksrevolution zu schaffen zur Befreiung seines Landes und der Rückkehr in dieses Land ...“

„**Art.10:** Sabotagetätigkeit steht im Mittelpunkt des palästinensischen Volkskrieges zur Befreiung ...“³

Das palästinensische Nationalabkommen fixiert die Haltung gegenüber dem UNO-Teilungsbeschluss von 1947 (Art. 2 und 19) und schließt jede politische Lösung – die nur eine Kompromisslösung sein kann – grundsätzlich

aus, legt vielmehr das Verhalten auf den militärischen Kampf fest (Art. 9 und 10). Art. 21 „lehnt alle Lösungen ab, die einen Ersatz für die vollkommene Befreiung Palästinas bilden“. Nach der Befreiung, d.h. der Errichtung eines palästinensischen Staates im gesamten ehemaligen Mandatsgebiet, wird nur denjenigen Juden ein Bleiberecht zugestanden, die schon 1917 (dem Jahr der prozionistischen Balfour-Deklaration der britischen Regierung) im Lande waren (Art. 6). Allen danach Zugewanderten, d.h. der überwältigenden Mehrheit der Juden im Lande, droht somit die Ausweisung.

Ungeachtet der Rigidität der Nationalcharta ist auffällig, dass der Konflikt „nur“ in nationalen Kategorien angesprochen wird, nicht auch in religiösen. „Nationale Verteidigung“, „nationaler Kampf“, „nationale Einheit“, „nationale Mobilisation“, „nationale Pflicht“, „nationale Befreiung“ sind die tragenden Begriffe. Art. 16 garantiert für die Zeit nach der Befreiung die freie Religionsausübung und den freien Zugang zu den heiligen Stätten des Landes „für alle ohne Rücksicht auf Rasse, Hautfarbe, Sprache und Religion“. Art. 20 spricht das Judentum als Religion an (und beschränkt es auf Religion: „Das Judentum ist nur eine Religion und nicht eine unabhängige Nationalität“), aber er enthält sich religiöser Abwertung oder gar Diffamierung. Und das macht deutlich: Der Konflikt wird als politischer Konflikt wahrgenommen – Zio-

nismus und Israel sind Instrumente des „internationalen Imperialismus“, die von diesem gegen die arabische Nationalbewegung eingesetzt werden – und nicht als religiöser.

Aus dem palästinensischen Nationalabkommen ergab sich notwendigerweise die (anfängliche) Ablehnung der UNO-Resolution 242 vom 22.11.1967, in der „nur“ der Rückzug Israels aus den 1967 eroberten Gebieten gefordert und in der auch nur von der „gerechten“ Regelung des Flüchtlingsproblems gesprochen wurde, nicht aber vom palästinensischen Selbstbestimmungsrecht und entsprechend von einem Staat Palästina. Der Unzugänglichkeit der PLO für politische, also Kompromisslösungen entsprach auf der Seite der arabischen Staaten das dreifache Nein von Khartum nach dem Krieg von 1967: „Keine Anerkennung Israels, kein Friede und keine Verhandlungen mit Israel.“

Das in den Artikeln 9 und 10 des Palästinensischen Nationalabkommens fixierte Aktionsprogramm führte in der Folge zu zahlreichen Anschlägen, Flugzeugentführungen und Attentaten. Besonders spektakulär war das blutige Attentat auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München. Der militante Kurs wurde jedoch in dem Maße fragwürdig, in dem sich die Situation verfestigte und in dem Arafat als Führer der Al Fatah (1959) und als Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation internationale Anerkennung



Wie die Katze um den heißen Brei ...

SZ, 10. 9. 1982

gewann. 1974 konnte Arafat erstmalig die palästinensische Sache vor der UNO vertreten. Er schwenkte bei seiner Rede in der UNO-Vollversammlung einen Ölweig, um damit auf die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung gemäß UNO-Resolutionen 242 von 1967 und 338 von 1973 (Land gegen Frieden) hinzuweisen. Dieser realistische, an den gegebenen Machtverhältnissen und Handlungsmöglichkeiten orientierte Kurs blieb jedoch innerhalb der Palästinenser selbst nicht unwidersprochen. Es entstanden islamistische Gruppen, die den Kampf auf eine andere, nämlich die religiöse Denkebene hoben und damit den Konflikt zeitübergreifend fundamentierten: 1982 als Reaktion auf den israelischen Eimarsch in den Libanon die **Hisbollah**, kurz darauf in den von Israel 1967 besetzten palästinensischen Gebieten der **Islamische Jihad** und die **Hamas**. Der Sturz der Pahlawi-Dynastie im Iran und die Errichtung einer islamischen Republik 1979 bestärkte die Gruppen in ihrem religiösen Auftragsbewusstsein. Auch die demütigende Niederlage der arabischen Staaten im Junikrieg von 1967 mag zur religiösen Fundamentierung des Konfliktes beigetragen haben. Die Namen der Gruppen spiegeln ihr Selbstverständnis und ihr Programm, auch die Radikalität in Wahrnehmung und Tat. Wenn sich eine Gruppe „Partei Gottes“ nennt (Hisbollah), konstituiert sie damit auch den Gegenspieler als Partei des Teufels; sie stößt damit den Gegner – Israel – in den religiösen und in den moralischen Abgrund. Gleiches gilt für den „Al-Jihad al-Islami“ (Heiliger islamischer Krieg) und die Hamas (Abkürzung für Islamische Widerstandsbewegung).

Jihad: Eine „große Anstrengung“ – individuell oder kollektiv – im Dienste des Glaubens, äußerstenfalls auch mit militärischen Mitteln (Heiliger Krieg) zur Bewahrung oder Erweiterung des islamischen Herrschaftsraumes, so von islamistischen Terroristen verstanden (im Selbstverständnis: Glaubenskämpfer). Aber auch der Kampf gegen Hunger und Not wird als Jihad verstanden.

Viel stärker als vordem wird jetzt der Islam als hervorstechendes Identitätsmerkmal im Kampf gegen Israel empfunden. Der nationale Konflikt verknüpft sich so mit dem religiösen und

gewinnt damit ganz erheblich an Schärfe: Aus dem nationalen Konflikt um Territorien wird ein heiliger Krieg um heiliges Land im Namen Gottes. Die **Charta der Hamas** (1988) bringt dieses deutlich zum Ausdruck:

„**Art.3:** Im Angesicht der Unterdrücker haben sie das Banner des Heiligen Krieges (Jihad) erhoben, um das Land und das Volk vor der Schändung, dem Schmutz und dem Bösen der Unterdrücker zu befreien.“

„**Art.6:** Die islamische Widerstandsbewegung ist eine ausgeprägt palästinensische Bewegung, die Allah Treue schuldet, die dem Islam ihre Lebensauffassung und Lebensweise verdankt und die danach strebt, das Banner Allahs über jeden Zoll Palästinas zu erheben.“

„**Art.8:** Allah ist das Ziel der Hamas, der Prophet ist ihr Vorbild, der Koran ist ihre Verfassung, der Heilige Krieg (Jihad) ist der Pfad, den sie geht; und der Tod für die gute Sache Allahs ist ihr Glaube in seiner erhabensten Ausprägung.“

„**Art.11:** Die islamische Widerstandsbewegung glaubt, dass das Land Palästina schon immer, durch alle Generationen hindurch, ein Waqf gewesen ist [eine unveräußerliche religiöse Stiftung] und daß das bis zum Tag der Auferstehung so bleiben wird. Niemand kann auf dieses Land oder auf einen Teil davon verzichten; niemand kann es preisgeben, auch nicht einen Teil davon. Kein arabisches Land, auch nicht die Gesamtheit der arabischen Länder, kein arabischer König oder Präsident, auch nicht alle insgesamt, haben das Recht dazu; auch liegt dieses Recht nicht bei irgendeiner Organisation oder bei der Gesamtheit aller Organisationen, mögen sie nun palästinensisch oder arabisch sein, denn Palästina ist ein islamischer Waqf, durch alle Generationen hindurch bis zum Tag der Auferstehung.“

„**Art.13:** Friedensinitiativen, die sog. friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen, die das Palästinaproblem lösen wollen, sind alle gegen die Überzeugungen der islamischen Widerstandsbewegung. Denn der Verzicht auf irgend einen Teil Palästinas bedeutet Verzicht auf einen Teil der Religion. Der Nationalismus der islamischen Widerstandsbewegung gehört zum Glauben, und

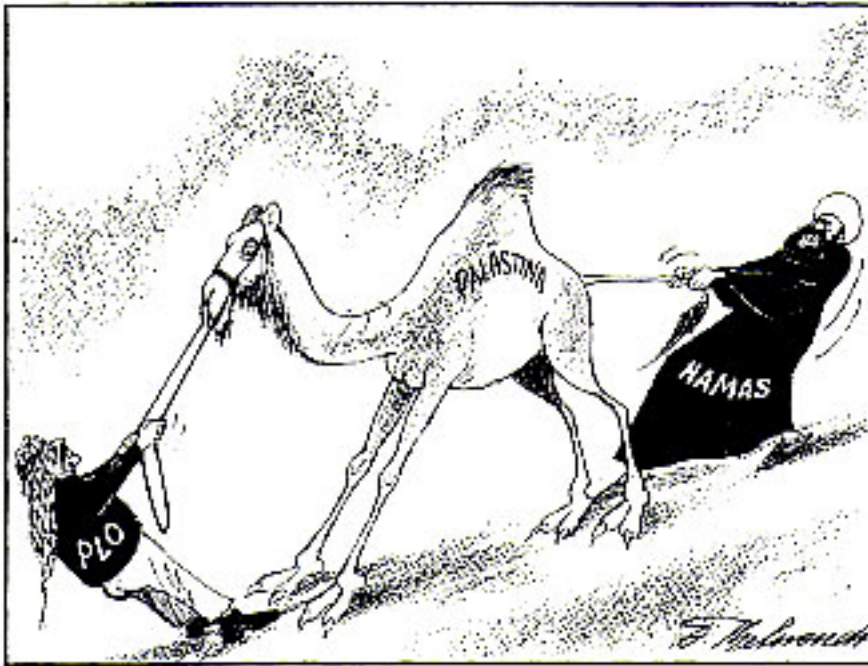
die Bewegung erzieht ihre Mitglieder dazu, diesen Grundsätzen treu zu bleiben und, wenn sie ihren Heiligen Krieg kämpfen, das Banner Allahs über ihrer Heimat aufzurichten.“

„**Art.15:** Wenn unsere Feinde islamische Länder usurpieren, dann wird der Heilige Krieg zur Pflicht aller Moslems. Um der Usurpation Palästinas durch die Juden entgegenzutreten zu können, gibt es für uns nichts anderes als das Banner des Heiligen Krieges zu erheben.“

„**Art.27:** Unseres Erachtens hat die PLO die Idee eines säkularisierten Staates übernommen. Das Gedankengut der Säkularität ist dem religiösen Gedankengut diametral entgegengesetzt ... Deshalb, obwohl wir die PLO schätzen und ihre mögliche zukünftige Umwandlung erhoffen und trotz der Tatsache, dass wir die Rolle, die die PLO im arabisch-israelischen Konflikt spielt, nicht verunglimpfen, können wir nicht, etwa durch die Übernahme weltlichen Gedankengutes, die PLO an die Stelle eines vom Wesen her islamischen Palästinas setzen. Denn das islamische Wesen Palästinas gehört zu unserer Religion, und jeder, der eine Religion vernachlässigt, muss zwangsweise verlieren.“⁴

Die Charta der Hamas gibt nicht nur die religiöse Wahrnehmung des politischen Konfliktes zu erkennen; sie macht auch die Entschlossenheit und Kompromisslosigkeit des Kampfes zur Befreiung Palästinas und zur Errichtung eines islamischen Staates und damit auch die Konfliktstrukturen innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung deutlich. Auffällig ist dabei auch der Bezug auf die mittelalterliche Kreuzfahrerherrschaft in Palästina und die Hoffnungen, die der Niederwerfung dieser Herrschaft abgewonnen werden. Auffallend ist aber auch der Bezug auf die sog. „Protokolle der Weisen von Zion“ (ein Werk der zaristischen Geheimpolizei: die angeblichen Geheimprotokolle des ersten Zionistenkongresses von 1897), aus denen die Verwerflichkeit der Zielsetzungen des Zionismus abgeleitet wird.

Dieser religiös fundierte Kampf richtet sich nicht nur gegen den zionistischen Widersacher als Partei des Teufels, sondern auch gegen diejenigen im eigenen Lager, die am Glaubenskrieg nicht teilhaben wollen und die



FAZ, 6. 9. 1993

Palästina zwischen Nationalismus (Arafat) und religiösem Fundamentalismus

verwerfliche Kompromisse mit dem Satan eingehen. Das prominenteste Opfer dieser gleichsam innerparteilichen Säuberung war **Anwar as-Sadat**, der große ägyptische Präsident, der im November 1977 Israel besuchte, vor der Knesset eine wahrhaft historische Rede hielt und damit einen Verständigungsprozess einleitete, der **1979 zum Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel** geführt hat. Sadat wurde im Oktober 1981 als „Abtrünniger“ von einem ägyptischen Fundamentalisten (Muslimbruderschaft) ermordet. Die Ermordung Sadats hat jedoch den Kurs der ägyptischen Politik nicht verändert. Sadats Nachfolger Mubarak verfolgt eine Politik der friedlichen Verständigung mit Israel. Von weit größerer Wirkung waren die von Hamas und Jihad islami ausgehenden Selbstmordattentate in Israel im Februar und März 1996, die mehr als 100 Israelis in den Tod rissen. Sie dürften wesentlich zur Etablierung der Regierung Netanjahu in den Knessetwahlen vom Mai 1996 und damit zum vorläufigen Abbruch der von der Regierung Rabin/Peres betriebenen Friedenspolitik beigetragen haben und sollten dieses wohl auch tun. Entsprechend ist auch Arafat von Hamas-Leuten schon als „Verräter“ bezeichnet worden.

Religiöser Fundamentalismus mit dem Ziel der Errichtung eines alle

Lebensbereiche einbeziehenden Gottesstaates wird innerhalb des Nahost-Konfliktes nicht nur bei den genannten palästinensischen Gruppen erkennbar, sondern ist eine allgemeine Erscheinung im Herrschaftsbereich des Islam, aber nicht nur in diesem. In Indien etwa gibt es im Hinduismus vergleichbare Tendenzen; und ähnliches gilt vom Christentum, worüber im Blick auf den Nahost-Konflikt noch zu sprechen sein wird.



„So, jetzt bist Du wieder dran!“

Hess.-Nieders. Allgemeine, 15. 11. 1998

Israelischer und palästinensischer Fundamentalismus „vereint“ im Kampf gegen einen Kompromissfrieden

Vorab steht der Islam im Brennpunkt des Interesses und der Zukunftsängste, in Sonderheit mit dem Anschlag auf das Welthandelszentrum in New York am 11. September 2001 gesetzt worden ist. Voraussetzung hierfür war die Machtstellung des islamischen Fundamentalismus in Afghanistan. Auch der Sudan hat ein fundamentalistisches Regime, und in Algerien führt die „Islamische Heilsfront“ einen erbitterten und äußerst blutigen Kampf gegen die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung. In Ägypten hat der Fundamentalismus nicht nur eine Orientierung auf den Nahost-Konflikt, er richtet sich zum Teil auch gegen koptische Christen und gegen Urlauber aus dem Westen.

2. Israel und die Palästinenser: Nationale Selbstbehauptung/ fundamentalistisches Auftragsbewusstsein

Die religiöse Fundamentalisierung des Nahost-Konfliktes ist nicht auf die palästinensische Seite beschränkt; sie hat in Israel ihre Entsprechung. Konstitutiv hierfür war **der dritte Nahost-Krieg im Juni 1967**. Israel hatte im Verlaufe von nur sechs Tagen drei feindliche Armeen zerschlagen und deren Staaten (Syrien, Jordanien, Ägypten) zur Kapitulation gezwungen. Auf dem Untergrund vorheriger Existenzängste war das

ein Triumph ohnegleichen, ein Triumph, der alles bisher Vorstellbare über Machtverhältnisse und mögliche Kriegsverläufe so übertraf, dass irdisch-diesseitige Erklärungen hierfür nicht auszureichen schienen: Gott selbst musste für sein Volk und gegen dessen Widersacher eingegriffen haben! Sechs Tage hatte der Krieg gedauert – genauso lange wie die Schöpfung der Welt! War das nicht ein deutliches Zeichen dafür, dass Gott mit Israel war und dass die göttlichen Verheißungen aus der Frühzeit nun ihrer Erfüllung entgegengingen, dass also das messianische Endzeitalter mit dem 1967 wieder vereinigten Jerusalem als seinem Zentrum vor der Türe stand? Entsprach nicht auch der jetzige Herrschaftsraum mit dem Staatsgebiet Israels, mit Sinai, Gaza, Westbank und Golan weitgehend der ursprünglichen Landverheißung? Konnte und durfte sich also Israel fürderhin auf die säkulare politisch-nationale Staatsidee beschränken, die der Zionismus als jüdische Version der europäischen Nationalbewegung kreiert hatte?

Die Proklamationsurkunde des Staates Israel 1948 berief sich im Einklang mit der nationalen zionistischen Idee nicht auf göttliche Verheißungen. Zwar wurde „Eretz Israel“ (Land Israel) als „Wiege des jüdischen Volkes“ bezeichnet, wo es „sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt hat“, und wurde die trotz Diaspora zeitübergreifende Verbundenheit mit dem Land betont, also auf eine religiöse Bindung an das Land zurückgegriffen; aber der Anspruch auf einen eigenen Staat wurde nicht religiös, sondern vor dem Hintergrund der Judenverfolgung naturrechtlich begründet als „Recht des jüdischen Volkes auf nationale Wiedergeburt in seinem Heimatland“. Und es wurde nichts weiter beansprucht als „die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern“, also Nation unter Nationen sein zu dürfen und sein zu wollen. Und es wurde zugesichert, allen seinen Bürgern „volle soziale und politische Gleichberechtigung ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechtes (zu) gewähren ... Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur (zu) garantieren“. Die Proklamation also eines säkularen, bürgerlich-liberalen oder sozialistischen Rechtsstaates, dem sich die jüdische Orthodoxie daher

zunächst auch fernhielt oder ihn sogar als eine Form gotteslästerlicher Selbsterlösung verurteilte.⁵

Der Krieg von 1967 verschob für große Teile der israelischen Bevölkerung die Idee des Staates. Im israelischen Staatsbewusstsein treten jetzt religiöse Bestimmungsmerkmale viel deutlicher hervor und verbinden sich mit den nationalen zu einer neuen Sinneinheit: **„Ein Paradigmenwechsel in der israelischen Identität.“** Der Sprecher dieser Worte nennt sein Buch „Israel am Wendepunkt. Von der Demokratie zum Fundamentalismus?“ Er hat dabei zunächst die möglichen Auswirkungen des religiösen Fundamentalismus auf die staatliche und gesellschaftliche Ordnung im Auge und sieht die säkulare und pluralistische demokratische Ordnung gefährdet:

„Israel steht derzeit am Rande des Abgrunds. Diesmal nicht wegen der Bedrohung durch seine Nachbarstaaten, sondern auf Grund seiner vielschichtigen inneren Spannungen, die dieses kleine, geschundene Land auf äußerste erschüttern ... Das messianische Element im modernen Israel hat sich inzwischen zu einem bedrückenden Kult entwickelt.“⁶



(Ha'aretz) Israel & Palästina, H. 4/96

Die Gefährdung Israels als pluralistische Demokratie durch den jüdischen Fundamentalismus. Die drei Beine des Hockers sind: Rechtswesen, Regierung, Knesset

Das Auseinanderdriften der grundlegenden Ordnungsvorstellungen wird als so gravierend empfunden, dass ein israelischer Schriftsteller, Yoram Kaniuk, den (fiktionalen) Vorschlag gemacht hat, das Land zu teilen – in ein demokratisches Israel und ein theokratisches Juda. Bedrohlicher und auch der Verwirklichung näher sind die Auswirkungen des Paradig-

menwechsels auf den Nahost-Konflikt: Sie schließen einen Kompromiss zwischen den Konfliktparteien und damit eine friedliche Verständigung aus. Das wird deutlich in den Worten eines israelischen Rabbiners vom Sommer 1967 (!), mit dem das unveräußerliche Besitzrecht Israels für die besetzten arabischen Territorien reklamiert wird:

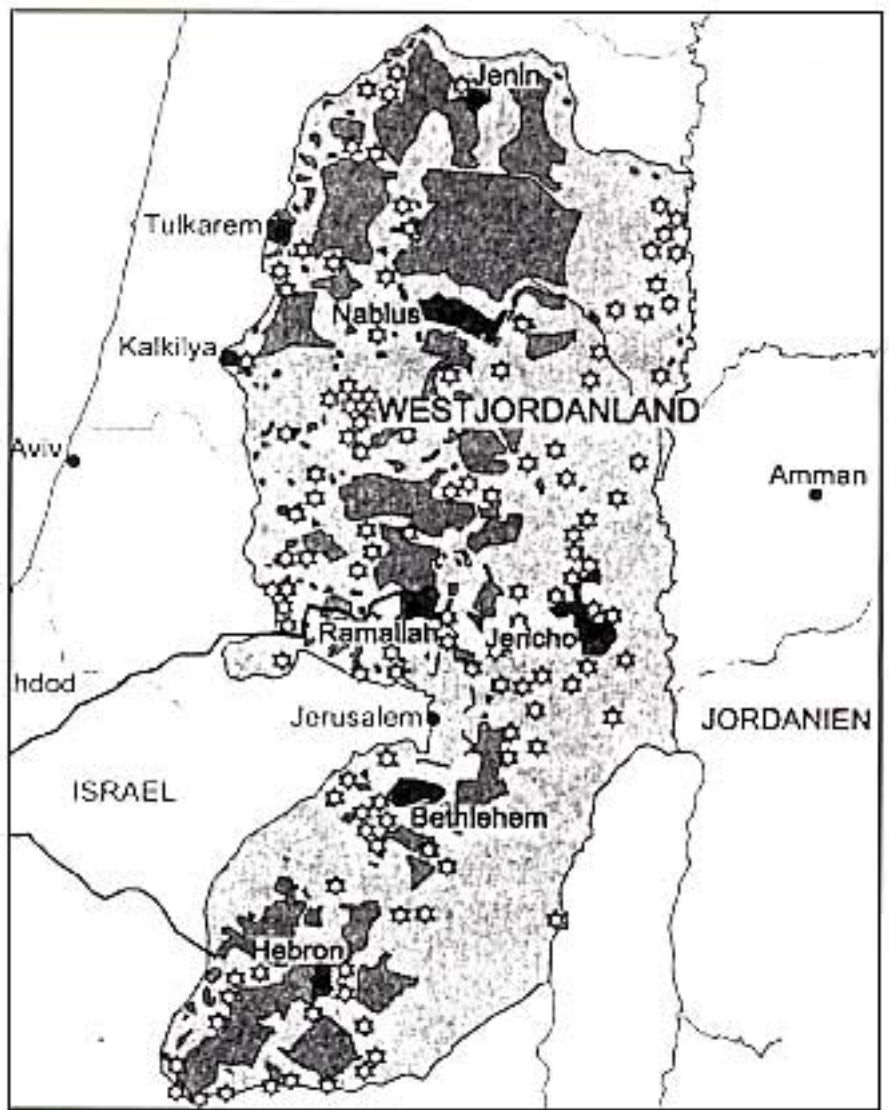
„Dieses Land gehört uns ganz. Wahrhaftig, uns allen gehört es, und es steht uns nicht frei, anderen etwas davon abzugeben. ‚Es ist unser Erbteil von unseren Vorvätern her.‘ ... Abraham, unserem Vater, ‚und deinem Samen gehört dieses Land‘ (1. Mose 12,7). Ein für allemal ist damit unzweifelhaft klar, daß es hier keine arabischen Territorien oder arabisches Land gibt. Nur das Land Israels, das ewige Erbteil unserer Vorväter, in das andere Menschen ohne unsere Genehmigung und in unserer Abwesenheit einzogen und es bebauten. Wir haben das Erbteil unserer Vorväter jedoch niemals aufgegeben oder uns davon getrennt. Immer wieder und immer weiter ... haben wir gegen ihre grausame und widernatürliche Kontrolle über das Land protestiert ... Ja, uns ist aufgetragen, unser Land zu befreien; wir werden es nicht verlassen. Denn dieses Land gehört ganz, im vollen Umfang seiner biblischen Grenzen, unter die Herrschaft des Volkes Israel.“⁷

Rabbi Zvi Yehuda Kooks ist der geistige Vater von **Gusch Emunim** (Block der Gläubigen/der Getreuen), der 1973 entstanden ist, der zum einen die (Re)judaisierung Israels auf seine Fahnen geschrieben hat, der aber vor allem zum Hauptträger der Siedlungsbewegung geworden ist. Als überparteilicher Verband der Siedler kann er sich dabei auf nationalistische – wie den Likud – und auf religiöse Parteien stützen, in denen zum Teil offen die „Umsiedlung“ der Palästinenser gefordert wird, so von Moledet (Heimatpartei), Techija (Auferstehungspartei) und in der von Rabbi Kahane gegründeten und inzwischen verbotenen Kach-Partei.

Inzwischen sind etwa **150 Siedlungen** (zuzüglich zahlreicher Siedlungsaußenposten) mit mehr als 200000 Bewohnern im Golan, in der Westbank und im Gazastreifen entstanden (vgl. obenstehende Karten). Rechnet man diejenigen Bewohner Jerusalems hinzu, die sich in dem von



Israelische Siedlungen im Golan



Israelische Siedlungen in der Westbank

G. Rotter/Sch. Fathi: Nahostlexikon. Heidelberg 2001, Kartenanhang, S. 525 ff.



Israelische Siedlungen im Gazastreifen

Israel erheblich erweitertem Stadtgebiet ansässig gemacht haben, sind es fast 400 000. Waren zu Anfang der Besiedlung noch Sicherheitserwägungen bestimmend (Jordan-Linie) oder mitbestimmend (Kiryat Arba bei Hebron, 1970 von Rabbi Moshe Levinger gegründet, eine Hochburg des Fundamentalismus, ging nicht auf Sicherheitserwägungen zurück), so dominierten zunehmend, vor allem mit der Likud-Regierung unter Begin ab 1977 religiös-nationale Motive. Eine Siedlungsstrategie gibt sich zur erkennen, die auf die Judaisierung der besetzten Gebiete und damit zugleich auf die Ghettoisierung der palästinensischen Bevölke-

rung abzielt. Das hat seine Entsprechung in den tragenden Begriffen. An die Stelle des überkommenen Begriffes „Westjordanien“ oder „Westbank“ traten biblische: „Judäa“, und „Samaria“. Die Siedlungen gaben sich vielfach auch biblische Namen, restituierten also heilige Vergangenheit (Kiryat Arba ist der alte hebräische Name für Hebron). Der völkerrechtliche Begriff „Staat Israel“ wurde durch den heilsgeschichtlichen Begriff „Eretz Israel“ (Land Israel) abgelöst, und Ministerpräsident Begin erklärte, Israel habe 1967 nicht Gebiete erobert, sondern befreit. 1995 erstellten 15 fundamentalistische Rabbiner ein religiöses Rechtsgutachten, wonach es israelischen Soldaten nicht erlaubt ist, die Westbank zu räumen: Eine Aufforderung zur Befehlsverweigerung für

den Fall des Rückzuges auf die Grenzen von 1967. Als die Regierung Barak im Winter 1999/2000 über den Golan verhandelte, erklärte die Organisation „Rabbiner für Eretz Israel“ die Räumung von Siedlungen auf dem Golan für religionsgesetzlich unzulässig; und in Tel Aviv demonstrierten im Januar 2000 etwa 150 000 Menschen gegen die Rückgabe des Golan.

Die Besiedlung von Golan, Westbank und Gaza vollzog und vollzieht sich nicht nur als Auftrag Gottes, sie war und ist auch mit Gewaltakten verbunden. Nicht nur wird ununterbrochen palästinensisches Land beschlagnahmt (inzwischen mehr als 50 %), jüdische Terroristen verübten zwischen 1980 und 1984 Anschläge auf Studenten der islamischen Hoch-

schule in Hebron, deponierten Bomben in Autos palästinensischer Bürgermeister.

Heilsgeschichtlich motivierte Gewalttaten gehen auch von den „**Getreuen des Tempelberges**“ aus: eine Gruppe, die seit 1967 (!) besteht und die – um das Erscheinen des Messias zu ermöglichen – die Moscheen auf dem Tempelberg beseitigen und den von den Römern zerstörten jüdischen Tempel wieder errichten will. Seit 1967 hat es bisher fünf – vergebliche – Versuche der Zerstörung der Moscheen gegeben. Der Versuch am 8. Oktober 1990, gegen den sich die Palästinenser vom Tempelberg aus mit Steinen zur Wehr setzten, führte zu einem Massaker: 21 tote und mehr als 150 verletzte Palästinenser, 19 verletzte Israelis.⁸

Der schrecklichste Anschlag ereignete sich am 25. Februar 1994. Ein Siedler aus Kiryat Arba bei Hebron, **Baruch Goldstein**, betrat die Abrahams-Moschee und erschoss mit seiner Maschinenpistole 29 am Boden kniende und im Gebet versunkene Palästinenser und verletzte weitere 150, ehe er von den palästinensischen Wachen erschlagen wurde. Der Täter war Arzt in der genannten Siedlung, zugleich Reserveoffizier der israelischen Armee; er war ein frommer Jude und trug bei dem Mordanschlag Gebetskleidung. Die Tat vollbrachte er am 15. Tag des moslemischen Ramadan, zugleich am Vorabend des jüdischen Purimfestes. Ein religiöser und zur Nächstenliebe verpflichteter Jude, zugleich ein auf den Eid des Hippokrates verpflichteter Arzt als Massenmörder! Wie mag er die Tat vor seinem Gewissen gerechtfertigt haben? Die israelische Untersuchungskommission hat den Mordanschlag von Hebron als Tat eines verwirrten Einzelgängers bezeichnet – eine Erklärung fern der Wirklichkeit. Dagegen spricht, dass sich die Beisetzung Baruch Goldsteins als gewaltiges Spektakel erst in Jerusalem und dann in Kiryat Arba vollzog, dass sein Grab zur Wallfahrtsstätte für Gleichgesinnte geworden ist und dass auf der Grabplatte eine Inschrift angebracht wurde, die fast noch schlimmer als die Tat selber ist:

„Hier ruht der Heilige, der Arzt Baruch Kappel Goldstein. Möge der Gerechte gesegnet sein. Möge Gott sein Blut rächen. Ohne Fehl und mit reinem Herzen opferte er sich für

sein Volk, die Thora und das Land Israel. Möge seine Seele in Frieden ruhen.“⁹

Ein Massenmörder als Heiliger, als Gerechter, als Mensch reinen Herzens, ein Märtyrer für Eretz Israel und Gott die Rache anheimgestellt! Wen soll sie treffen? Welche Form soll sie haben? Welche Schuld soll gesühnt werden? (Heinrich Himmler sagte im Oktober 1943 vor SS-Führern zur Ermordung der Juden: „Wir haben keinen Schaden in unserem Inneren, in unserer Seele, in unserem Charakter daran genommen“. Hat Baruch Goldstein Schaden genommen?)

Der Mordanschlag von Hebron erfolgte in einer Zeitsituation, die von dem Täter als überaus bedrohlich, von anderen dagegen als außerordentlich hoffnungsvoll empfunden wurde: Die israelische Regierung Rabin/Peres stand mit der PLO unter Arafat in Verhandlungen um eine friedliche, also Kompromisslösung des Nahost-Konfliktes. Wie war es hierzu gekommen?

3. Friedensinitiativen

Den Ausgang bildete der **Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten von 1979**, der auf die Initiative Präsident Sadats und mit amerikanischer Vermittlung (Präsident Carter) zustande gekommen war und der Ägypten den Ausschluss aus der ara-

bischen Liga eintrug. Die beiden Staaten anerkannten sich wechselseitig und nahmen diplomatische, konsularische und wirtschaftliche Beziehungen auf. Israel räumte den Sinai und gab die dort errichteten Siedlungen auf – gegen den erbitterten Widerstand von Gusch Emunim. Bezüglich der Palästinenser in den übrigen besetzten Gebieten wurde vereinbart, ihnen auf fünf Jahre „volle Autonomie“ zu gewähren und in dieser Zeit durch Verhandlungen die endgültige Lösung zu vereinbaren. Als Richtschnur galt hierfür mit Berufung auf die UNO-Resolution 242 von 1967 „die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“. Dieser Vertragsteil wurde jedoch nicht realisiert, weil sich die Vertragspartner nicht auf eine gemeinsame Definition des Begriffs der Autonomie einigen konnten (territoriale oder personale?), vor allem aber weil Begin alles vermeiden wollte, was zur Räumung der besetzten Gebiete und zu einem palästinensischen Staat führen könnte. Für ihn war das Camp-David-Abkommen ein politisches Mittel, Ägypten aus der antiisraelischen Front der arabischen Staaten herauszuberechnen und damit die israelische Herrschaft über Westbank und Gaza zu stabilisieren.

Wie wenig die **Regierung Begin** an eine Rückkehr zum status quo von 1967 dachte, erhellt daraus, dass schon 1980 im Jerusalem-Gesetz die Stadt (mit deutlich erweiterten Gren-



Flügel Schlag der Geschichte

H. Haizinger:
Politische Karikaturen. Auswahl aus den
Veröffentlichungen 1978/79. München 1979

März 1979: Eine wichtige Rolle für die israelisch-ägyptische Einigung spielt die finanzielle Unterstützung der USA



Der Spiegel, 12. 12. 1977

Libysche Anti-Sadat-Karikatur: Sadat als „Zugpferd“ vor dem israelischen Wagen (M. Dajan, G. Meir, M. Begin)

zen) zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels“ erklärt und der Amtssitz des Ministerpräsidenten demonstrativ in den Ostteil der Stadt verlegt wurde, dass 1981 der Golan annektiert wurde, dass 1986 das Kontaktsperre-Gesetz verabschiedet wurde (Kontakte zwischen Israelis und Palästinensern wurden unter Strafe gestellt, 1992 von der Regierung Rabin aufgehoben), dass schließlich schon 1982 der Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon erfolgte – mit dem Ziel, die PLO militärisch zu zerschlagen und politisch zu entmachten: Zwangsexil in Tunis, im Oktober 1985 Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis durch israelische Flugzeuge.

Mit dem Libanon-Krieg ist das Gemetzel in den palästinensischen Flüchtlingslagern **Sabra und Schatila** am 16./17. September 1982 verbun-

den. Nicht die israelische Armee, sondern die mit ihr verbündete christliche Phalange-Miliz wurde beauftragt, die von der israelischen Armee eingeschlossenen Flüchtlingslager von Terroristen zu säubern. Etwa 850 Palästinenser wurden während der anderthalb Tage dauernden „Säuberung“ umgebracht (nach palästinensischen Angaben weit mehr). Der Bericht einer israelischen Untersuchungskommission zwang den verantwortlichen israelischen Verteidigungsminister Scharon zum Rücktritt (er hatte auch mit der Eroberung und Bombardierung Beiruts die dem Parlament gegebene Zusicherung, nur eine 40 km tiefe Sicherheitszone im Libanon zu besetzen, verletzt).¹⁰ Mit dem Libanon-Krieg verknüpft sich auch die größte Demonstration in der Geschichte Israels: Etwa 400 000 Anhänger der israelischen Friedensbewegung protestierten in Tel Aviv

gegen die Politik der Regierung Begin/Scharon.

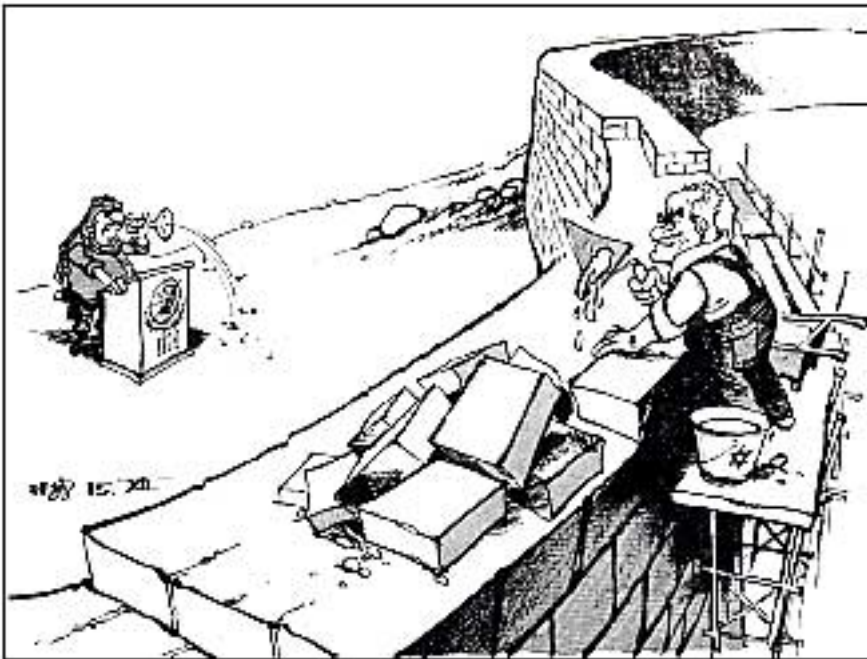
4. Politische Neuorientierung der PLO

Die mit dem Frieden von Camp David verknüpften Hoffnungen für die palästinensische Selbstbestimmung hatten sich also nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Situation hatte sich deutlich verschlechtert. Die offensichtbare Hoffnungslosigkeit entlud sich ab **Dezember 1987** in einer **Intifada** (Erhebung), die von einem Verkehrsunfall oder aber – palästinensische Interpretation – einem Mordanschlag durch einen israelischen Militärlastwagen in einem Flüchtlingslager im Gazastreifen ausgelöst wurde und die sich schnell auf das gesamte Gebiet ausbreitete und etwa 1500 Menschen, weit überwiegend Palästinensern, den Tod brachte. Gestützt auf diese machtvolle Bekundung des politischen Selbstbehauptungswillens in der spontan ausgebrochenen Intifada proklamierte der Palästinensische Nationalrat im November 1988 auf einem Exilkongress in Algier den Staat Palästina – unter Berufung auf die UNO-Resolutionen von 1947, 1967 und 1973. Damit wurde zugleich mittelbar das Existenzrecht Israels anerkannt und ein wesentlicher, politische Kompromisse ermöglichender Positionswechsel vollzogen:

„... Das palästinensisch-arabische Volk bekräftigt mit Entschiedenheit seine unveräußerlichen Rechte im Land seiner Väter ...

Der Palästinensische Nationalrat proklamiert im Namen Gottes und im Namen des palästinensischen Volkes die Gründung des Staates Palästina auf seinem palästinensischen Boden mit Jerusalem als Hauptstadt (Al Quds al-sharif). Der Staat Palästina ist der Staat aller Palästinenser, wo immer sie sich auch befinden ...

Der Staat Palästina erklärt hiermit, dass er an die Beilegung internationaler und regionaler Konflikte durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit der UN-Charta und UN-Resolutionen glaubt. Der Staat Palästina weist die Drohung mit oder die Anwendung von Gewalt, Macht oder Terrorismus gegen seine oder die territoriale Integrität eines anderen Staates zurück, ohne auf sein natürliches



Jericho 1988

Hannov. Presse, 16. 12. 1988

Die Algier-Erklärung der PLO als Trompete von Jericho, um dessen Mauer (Ministerpräsident Schamir gegen die PLO-Anerkennung) zum Einsturz zu bringen

Recht auf die Verteidigung seiner territorialen Integrität und Unabhängigkeit zu verzichten ...“

In einer zusätzlichen „Politischen Erklärung“ wird die Einberufung einer internationalen Nahost-Konferenz unter der Schirmherrschaft der UN gefordert. Unter Bezug auf die UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 wird als Maßgabe für die politische Lösung formuliert:

„Rückzug Israels aus allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es im Jahre 1967 besetzt hat, einschließlich des arabischen Jerusalem;

Annullierung aller Annexionen und Einverleibungen sowie die Beseitigung aller Siedlungen, die Israel auf palästinensischem und arabischem Land seit 1967 errichtet hat ...

Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems gemäß den diesbezüglichen UN-Resolutionen ...“¹¹

5. Eine „neue Weltordnung“ durch den Golf-Krieg?

Neue Bewegung in das Problemfeld kam von außen: von der Annexion Kuwaits durch den Irak im August

1990 und dem sich anschließenden Golfkrieg. Die unter der Führung der USA stehende Militärallianz von 30 Staaten war politisch unabdingbar angewiesen auf die Mitwirkung arabischer Staaten (Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien), und diese war nicht zu haben ohne die Aussicht auf die

Lösung des Nahost-Konfliktes (Saddam Hussein suchte den Konflikt um Kuwait in einen gesamtarabischen Volkskrieg zur Befreiung Palästinas zu verwandeln). Die amerikanische Regierung unter Präsident Bush und Außenminister Baker ging die Aufgabe mit großer Entschiedenheit an. Bush sprach von einer „neuen Weltordnung“, und zwischen März und Oktober 1991 war Baker nicht weniger als achtmal im Nahen Osten, um alle Beteiligten für eine Friedenskonferenz zu gewinnen. Die Zustimmung der Palästinenser war dabei wesentlich leichter zu erreichen, da sie im Golfkonflikt zu Gunsten Saddam Husseins Stellung bezogen hatten und nun völlig diskreditiert dastanden (Arafat hatte vom „Bruder Saddam Hussein“ gesprochen und die Verknüpfung des Golfkonfliktes mit dem Palästina-Problem begrüßt). Sehr viel schwieriger war es, die israelische Regierung unter Ministerpräsident Schamir an den Verhandlungstisch zu bringen (Schamir sprach im November 1990 von der „territorialen Integrität von Eretz (!) Israel“ als einem „lebensnotwendigen Bedürfnis“). Die Erinnerungen von Baker bezeugen im einzelnen, welcher Pressionen es bedurfte¹², aber er hatte schließlich doch Erfolg. Im Herbst 1991 fand in **Madrid** die oder eine erste **Friedenskonferenz** statt – unter der Schirmherrschaft der USA und der durch die Politik Gor-



Ferner denn je

HAZ, 8. 3. 1991

Die PLO nach dem Golfkrieg 1991: diskreditiert durch die Solidarisierung mit Saddam Hussein



Israel & Palästina, H. 5-6/91

Außenminister Baker sucht Israel für eine Friedenskonferenz „einzufangen“.

batschows politisch grundlegend neu orientierten Sowjetunion (Ende des Ost-West-Konfliktes). Die von Madrid ausgehenden Folgekonferenzen gewannen einen neuen und entscheidenden Impuls, als in den Knesset-Wahlen im Juni 1992 die Regierung Schamir abgewählt wurde und eine Mitte-Links-Koalition unter Rabin die Regierung übernahm. Hier fanden sich alle die Kräfte zusammen, die für eine friedliche Verständigung mit den Palästinensern auf der Basis der UNO-Resolutionen eintraten und die politisch vom „Staat Israel“ und nicht von „Eretz Israel“ her dachten.

6. Die israelische Friedensbewegung

Seit Bestehen des Staates Israel, ja seit Beginn der Mandatszeit hat es in Israel immer Kräfte gegeben, die sich für eine friedliche Verständigung mit den Arabern einsetzten. Besonderes Gewicht bekamen sie, seit Israel nach 1967 in den besetzten Gebieten eine expansive Siedlungspolitik betrieb, andererseits der Frieden von Camp David mit Ägypten (1979) und die PLO-Erklärung von Algier (1988) politische Verständigungsmöglichkeiten aufzeigten. Die israelische Friedensbewegung ist außerordentlich vielfältig und facettenreich. Sie repräsentiert sich zum einen in politischen Parteien (besonders in Meretz und in Teilen der Arbeiterpartei), zum anderen in einer Fülle von Grup-

pen und Organisationen, die sich in den Ansatzpunkten ihrer Entstehung,

- Oz we Schalom 1975 = Kraft und Frieden beispielsweise als religiöse Gegen gründung zum Gusch Emunim
- Schalom Achschar = Frieden jetzt 1978 zur Unterstützung der ägyptischen Friedensinitiative
- Yesch Gvul = Es gibt eine Grenze als Protest gegen den Libanonkrieg 1982 und als Verweigerung des Militärdienstes im Libanon

in den Zielsetzungen, in der Mitgliedschaft (nur israelisch oder israelisch/arabisch) und in den Aktivitäten voneinander unterscheiden:

- Regelmäßige Freitagsdemonstrationen der (jüdischen und moslemischen) „Frauen in Schwarz“ seit der Intifada 1987 in vielen Städten;
- Siedlung Neve Schalom/Wahat al Salam = Oase des Friedens, eine 1972 von Juden und Palästinensern gegründete gemeinsame Siedlung mit einer jüdisch-moslemischen Gemeinschaftsschule.

Naturgemäß besteht in allen Gruppen eine starke Abhängigkeit von politischen Verläufen, so von der jeweiligen Regierungskoalition und ihrer Politik, so von übergreifenden Konflikten, die die Denkvoraussetzungen in Frage stellen (etwa im

Golfkonflikt 1990 der Verlust der Glaubwürdigkeit Arafats durch seine Option für Saddam Hussein), so von direkten Aktionen der Gegenseite, etwa von terroristischen Anschlägen auf zivile Objekte, die unschuldige Menschen in den Tod reißen und die auch im Staatsgebiet Israels erfolgen und den Verdacht nähren, dass die Kehrtwendung von Algier 1988 nur taktischer Natur war.¹³

7. „Oslo“ und der Friedensprozess

1992 richteten sich alle Hoffnungen der israelischen Friedensbewegung auf die Politik der **Regierung Rabin/Peres**. Insbesondere Rabin galt als Hoffnungsträger. Er war als Generalstabschef der siegreiche und gefeierte Feldherr von 1967; er verfügte über umfassende Erfahrung als israelischer Botschafter in den USA ab 1968 und als Ministerpräsident 1974-77; er hatte als Verteidigungsminister 1987 mit harter Hand die Intifada bekämpft (sein Wort „Brecht ihnen die Knochen!“ war allen gegenwärtig, an manchen Stellen war es sogar wörtlich befolgt worden); in seiner Amtszeit als Ministerpräsident waren mehr als 30 Siedlungen gegründet worden. Seine nationale Gesinnung, seine militärische Kampfbereitschaft, die Orientierung seiner Politik an den fundamentalen Sicherheitsinteressen Israels konnten nicht bezweifelt werden. Wenn es in Israel jemanden gab, mit dem sich die Hoffnungen auf Frieden und zugleich auf Sicherheit verknüpfen konnten, dann war es Rabin. Er hatte aus der erlebten leidvollen Geschichte Konsequenzen gezogen, die in seinen Worten an die Palästinenser deutlich werden:

„Lassen Sie mich Ihnen, den Palästinensern, sagen, dass wir dazu bestimmt sind, zusammenzuleben auf demselben Boden desselben Landes. Wir, die aus dem Kampf zurückgekehrten Soldaten, von Blut befleckt, wir, die wir unsere Angehörigen und unsere Freunde vor unseren Augen zu Boden haben gehen sehen, wir, die wir an ihrer Bestattung teilgenommen haben und die wir ihren Eltern nicht mehr in die Augen sehen können, wir, die aus einem Land kommen, in dem es die Eltern sind, die ihre Kinder begraben, wir, die wir gegen Sie, die Palästinenser, gekämpft haben, wir sagen Euch heute



FAZ, 14. 4. 1994

Osloer Prinzipienklärung, am 13. 9. 1993 in Washington unterzeichnet: wechselseitige Anerkennung; Verpflichtung auf einen Verhandlungsfrieden, der die legitimen Interessen beider Seiten berücksichtigt; phasenweise Einrichtung palästinensischer Selbstverwaltungsgebiete. Endstatusverhandlungen nach mehrjähriger Übergangszeit.

„Oslo I“, 4. 5. 1994: Umsetzung palästinensischer Selbstverwaltung zuerst im Gaza-Streifen und in Jericho (Gaza-Jericho-Abkommen).

„Oslo II“, 24. 9. 1995: Gliederung der Westbank in drei Zonen unterschiedlicher Zuständigkeiten; Wahlen zu einem palästinensischen Legislativrat.

Nach Jahrzehnten des Kampfes nehmen sich Israel (Rabin) und Palästina (Arafat) wechselseitig in ihrer Personalität wahr.

mit lauter und klarer Stimme: Genug des Blutes und der Tränen. Genug!

Wir haben nicht den Wunsch nach Rache. Wir nähren keinen Hass gegen Sie. Wir, wie Sie, sind ein Volk, ein Volk, das sein Haus bauen will, einen Baum pflanzen, um an Ihrer Seite in Würde, in Zuneigung, zu lieben und zu leben wie menschliche Wesen, wie freie Menschen. Wir geben dem Frieden heute eine Chance, und wir sagen, dass ein Tag kommen wird, an dem wir alle den Waffen Lebewohl sagen werden. Wir wollen ein neues Kapitel der gegenseitigen Anerkennung, der guten Nachbarschaft, des Verständnisses aufschlagen. Wir hoffen darauf, in eine neue Ära der Geschichte des Nahen Ostens aufzubrechen ...“¹⁴

Der Friedensprozess begann mit der sog. **„Osloer Prinzipienklärung“** (geheime Verhandlungen in Norwegen zwischen Vertretern der PLO und der israelischen Regierung), die am 13. September 1993 in Washington im Beisein des amerikanischen Präsidenten unterzeichnet und mit dem historischen Händedruck zwischen Rabin und Arafat „besiegelt“ wurde (dort sprach Rabin die oben zitierten Worte). Israel und die PLO hatten sich wechselseitig anerkannt, und das hieß: Verzicht der israelischen Regierung auf die Errichtung eines Groß-Israel und prinzipielle Anerkennung eines künftigen palästinensischen Gemeinwesens (Staat?); zum ande-

ren Preisgabe der palästinensischen Nationalcharta mit ihrer Verweigerung des Existenzrechtes für einen israelischen Staat im Nahen Osten (die formelle Änderung der Nationalcharta wurde vom neu gewählten palästinensischen Nationalrat im April 1996 vorgenommen).

Die zwischen den Vertragspartnern zu lösenden Probleme waren jedoch so vielgestaltig und konfliktreich – Grenzen, völkerrechtliche Stellung Palästinas, Siedlungen, Jerusalem, Flüchtlinge ... – dass ein sofortiger ausformulierter Friedensvertrag ausgeschlossen war, vielmehr ein Friedensprozess in Aussicht genommen wurde, in dem es erst ab 1996 um den endgültigen Status der besetzten Gebiete gehen sollte. Dieser aber sollte in der Zwischenzeit in kleinen Schritten angegangen werden (sukzessive Räumung der besetzten Gebiete durch die israelische Armee, beginnend in Gaza und Jericho, Aufbau einer palästinensischen Selbstverwaltung, Wahlen zu einer palästinensischen Vertretungskörperschaft und nationalen Repräsentation (Verwaltungsrat oder Regierung?). Zwei weitere Abkommen regelten diesen Prozess im einzelnen.

„Oslo“

Das Vertragswerk von Oslo (Ort geheimer israelisch-palästinensischer Verhandlungen ab 1992) besteht aus drei Teilen:

„Oslo II“ unterteilt die Westbank in drei Zonen:

Zone A: unter anderem Bethlehem, Nablus, Ramalla; uneingeschränkte palästinensische Selbstverwaltung, ohne israelische Militärpräsenz

Zone B: zivile Befugnisse für die palästinensische Nationalbehörde, polizeiliche und sicherheitsrelevante Befugnisse bei der palästinensischen Nationalbehörde und der israelischen Militärverwaltung gemeinsam

Zone C: ausschliesslich israelische Militärverwaltung (etwa zwei Drittel der Westbank)

Dadurch entstand ein territorialpolitischer Flickenteppich, in dem die weit verstreuten palästinensischen Flicker den kleinsten Teil bildeten. Ungeachtet dieser höchst unbefriedigenden und mannigfachen Schwierigkeiten mit sich führenden Land- und Kompetenzaufteilung und der zögerlichen Verwirklichung schien doch der Weg zum Frieden zielgerichtet und unumkehrbar. Dafür sprach auch, dass 1994 ein **Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien** abgeschlossen und dass gleichzeitig über einen analogen Vertrag mit Syrien (Problem der Golanhöhen) verhandelt wurde.



fortzusetzen, damit alle Ziele unseres palästinensischen Volkes erreicht werden ...

Das Arafat-Rabin-Übereinkommen stimmt nicht mit dem Willen und den nationalen Rechten unseres palästinensischen Volkes überein. Unser Volk hat seine Ablehnung des Abkommens zum Ausdruck gebracht. Das Übereinkommen ist nicht verbindlich, und seine Unterzeichner besitzen keine Legitimität. Deshalb fordern die zehn Gruppierungen, dass alle arabischen, islamischen und befreundeten Staaten und Mächte die Ablehnung dieses Abkommens durch das palästinensische Volk unterstützen und zu seinem Fall beitragen, da es für unser Volk nicht verbindlich ist und nicht seinem kollektiven Willen entspricht.

Die zehn Gruppierungen erklären hiermit ihren Boykott aller Institutionen, die von Arafat geführt werden oder mit ihm verbunden sind und die die Handschrift der PLO tragen ...

Die Zeit, 19. 12. 2001

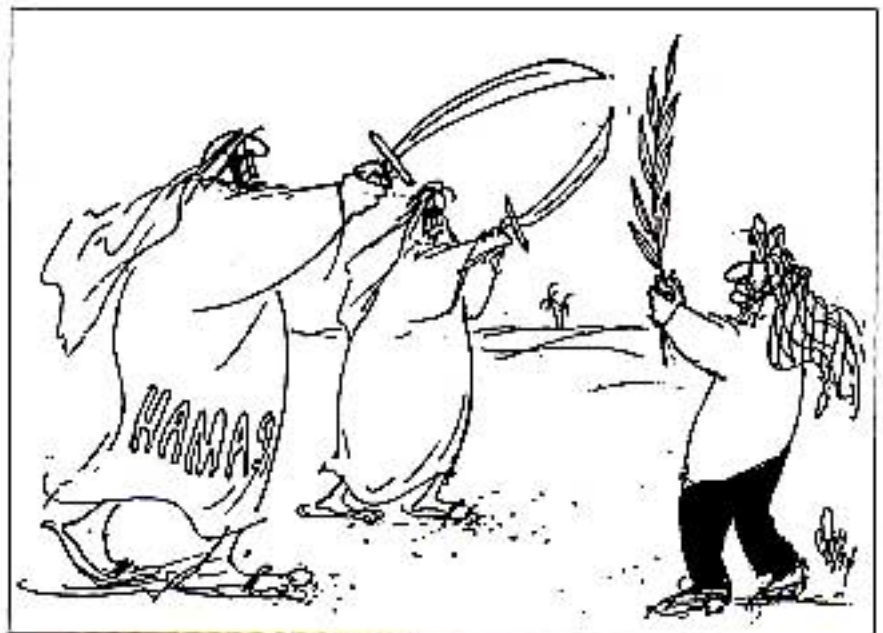
8. Fundamentalistischer Widerstand gegen einen Friedenskompromiss

Dem Weg zum Frieden standen aber nicht nur große sachliche Schwierigkeiten entgegen; von größerem Gewicht war ein Terrorismus, der sich aus fundamentalistischen Überzeugungen dem Friedenprozess entgegenwarf. Im Namen Gottes wurde ein heiliger Krieg gegen die Feinde Gottes geführt: Auf islamischer Seite 1994/95 durch Hamas und den Islamischen Jihad mit Sprengstoffanschlägen von Selbstmordattentätern in verschiedenen israelischen Städten. Schon im Oktober 1993, also nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung der Osloer Prinzipienklärung in Washington, veröffentlichten 10 palästinensische Gruppierungen (darunter Hamas und islamischer Jihad) eine Erklärung, in der sie ihren **Widerstand gegen das „verräterische Arafat/Rabin-Abkommen“** proklamierten:

„Dieses Abkommen zielt auf die Liquidierung der Palästina-Frage ... Dieses Abkommen ist ein Dolchstoß in den Rücken unseres nationalen Kampfes und unserer Opfer und eine Missachtung des Blutes unserer Mär-

tyrer ... Die zehn Gruppierungen haben beschlossen, alle ihre Fähigkeiten und Ressourcen zu mobilisieren, um das verräterische Arafat-Rabin-Übereinkommen zu Fall zu bringen und den Kampf und den Jihad gegen den zionistischen Feind

Sie werden weiterhin die Fahne des Kampfes und des Dschihad hochhalten, die von Arafat und den anderen Unterzeichnern ignoriert wird. Sie werden alle Anstrengungen und Mittel einsetzen, um den Kampf gegen den zionistischen Feind fortzusetzen. Sie betonen, dass Arafat weder unser Volk noch die PLO repräsentiert ...“¹⁵



Allg. Jüd. Wochenzeitung, 20. 10. 1994

Die Frontstellung des islamischen Fundamentalismus gegen den Osloer Friedensprozess (Arafat)

(Es kam in der Folge sogar zu bewaffneten Konflikten zwischen der palästinensischen Polizei und fundamentalistischen Gruppen.)

Für die israelische Seite war schon auf Baruch Goldsteins Bluttat in Hebron verwiesen worden. Es sollte nicht die einzige Bluttat bleiben. Bei den israelischen Fundamentalisten rückte zunehmend Ministerpräsident Rabin ins Visier. Wenn Gott dem Erzvater Abraham und seinen Nachkommen „das Land von dem Strom Ägyptens bis an den großen Strom Euphrat“ (1. Mose, 15,18) zugewiesen hatte, dann war es eine ruchlose, gottferne, ja gotteslästerliche Tat, dieses Land Nichtjuden preiszugeben; dann war es auch legitim, dem Verrat an Gottes Willen mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten: Am **4. November 1995** wurde **Yizhak Rabin** im Anschluss an eine große Friedensdemonstration von einem religiösen Fundamentalisten **ermordet**. Der Täter, Yigal Amir, Student der stark fundamentalistisch geprägten Bar-Ilan-Universität, berief sich dabei auf den Willen Gottes, den er vor der Tat im Gebet angerufen hatte, so wie er die Tat Baruch Goldsteins als im Einklang mit Gottes Willen ansah (zur Beisetzung Goldsteins war Amir eigens nach Kiryat Arba gereist):

„Wer immer das jüdische Volk gefährdet, wird sterben. Rabin musste sterben, und ich habe diese Aufgabe für das ganze Volk Israel auf mich genommen ... Nach rabbinischem Recht muss jeder Jude getötet werden, wenn er Volk und Land dem Feind aushändigt ... Ich habe gehandelt, und Gott war mit mir.“¹⁶

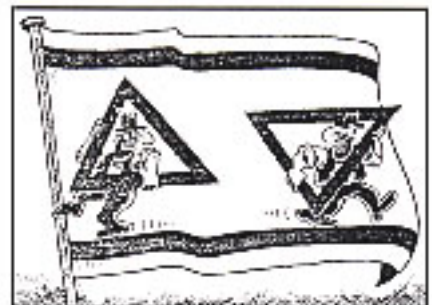
Die israelischen Autoren Michael Karpin und Ina Friedman nennen ihr Buch zutreffend „Murder in the Name of God“. Sie analysieren darin nicht nur die Motivation des Täters, sondern beschreiben auch das gesellschaftliche und ideologische Umfeld, aus dem die Tat hervorgegangen ist, einschließlich der halachischen (religionsgesetzlichen) Urteile von Siedler-Rabinern, auf die sich der Mörder in seinem Prozess auch berufen hat. Gegen Rabin war ein sich ständig steigender Verleumdungsfeldzug in Gang gesetzt worden, um ihn als „Verräter“, als „Mörder des Zionismus“ und seine Politik als Weg in einen neuen Holocaust zu brandmarken – ein Verleumdungsfeldzug, in dem Rabin nicht nur als Hund oder mit arabischer Kefijeh als Werkzeug Arafats, sondern schließlich sogar in SS-Uniform und damit als Wegbereiter eines neuen Holocaust dargestellt wurde. Die Sprechchöre der Gegen demonstration – „Rabin Verräter!“ – erschollen noch, als nach dem Attentat die Ärzte im Krankenhaus sein Leben zu retten suchten; und es gab sogar Jubelszenen nach Rabins Tod. Drei Jahre später schreibt seine Witwe:

„Über drei Jahre sind vergangen, seit mein Mann vor meinen Augen ermordet wurde. Der Schmerz darüber ist unverändert tief ... Bis heute verfolgt mich der Gedanke, warum es uns nicht gelungen ist, die ihm drohende Gefahr und den hinterhältigen Anschlag abzuwenden, ein Anschlag, bei dem ausgerechnet der Mann sein Leben lassen musste, der dem Nahen Osten das bringen wollte, wonach sich alle Menschen

sehen: einen wirklichen, für beide Völker gerechten Frieden.“¹⁷

Für viele Menschen innerhalb und außerhalb des Konfliktgebietes war Rabin Symbol und Hoffnungsträger für Verständigung und Frieden im Nahen Osten. 65 Staatsoberhäupter und Regierungschefs, Gesandtschaften aus zahlreichen Ländern, auch aus vielen arabischen Ländern, versammelten sich an seinem Sarge, um ihm das letzte Geleit zu geben. Auch Arafat wäre unter ihnen gewesen, wenn es nicht der israelische Sicherheitsdienst verwehrt hätte.

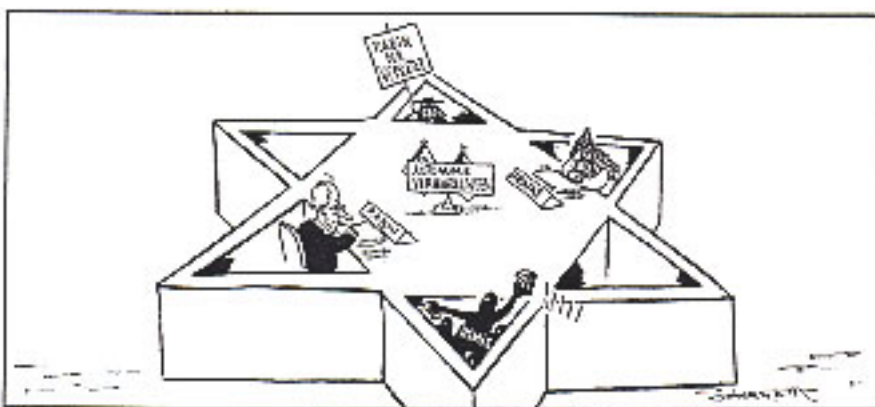
Die Parlamentswahlen in Israel im Mai 1996, ein halbes Jahr nach Rabins Tod, erbrachten überraschenderweise nicht seinem Nachfolger, Schimon Peres, die Mehrheit, vielmehr dem Oppositionsführer **Netaniahu**. Hierin dokumentiert sich der Tatbestand, dass sich in Israel Zustimmung und Ablehnung des Oslo-Vertrages etwa gleichgewichtig gegenüberstehen: „Oslo II“ war in der Knesset nur mit 61:59 Stimmen angenommen worden. Zum Sieg der Opposition trugen aber auch die schon erwähnten Bombenanschläge palästinensi-



Israel & Palästina, Themenheft 41: Nach dem Attentat, 1995

Die tiefe Spaltung der israelischen Gesellschaft in den innen- und außenpolitischen Grundfragen

scher Terroristen im Februar und März 1996 bei, die von vielen Israelis so gedeutet wurden, dass es den Palästinensern trotz der Friedensverhandlungen doch letztlich um die Zerstörung Israels ginge. Einen mittelbaren Beitrag zum Sieg Netaniahus in der Direktwahl des Ministerpräsidenten lieferte aber auch der Wahlboykott arabischer Bürger in Israel. Dieser war die Reaktion auf die (nach israelischer Version „versehentliche“) Beschießung eines mit Flüchtlingen angefüllten UNO-Stütz-



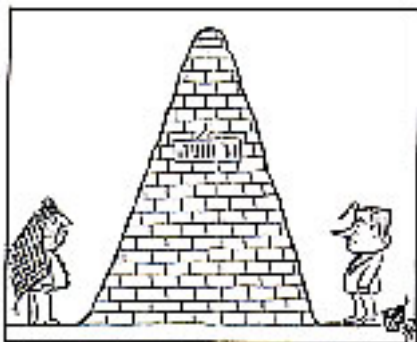
Hess.-Niedersächs. Allg., 23. 9. 1995

Der Osloer Friedensprozess in der Bedrohung durch den israelischen und den palästinensischen Fundamentalismus

punktes im Libanon durch die israelische Armee, bei der mehr als 100 Menschen den Tod fanden.

Der neue Ministerpräsident hatte die Oslo-Verträge bekämpft und in der Knessetdebatte „Oslo II“ ein „Kapitulationsabkommen“ genannt, das keine jüdische Mehrheit habe (die arabischen Abgeordneten in der Knesset hatten dafür gestimmt!). Der gewählte Begriff und das Argument der fehlenden jüdischen Mehrheit, mit dem Israel nicht als Staat seiner Bürger, sondern als Apartheitsstaat definiert wird, sind Tatbestände, die von seiner Regierung nichts Gutes für den Friedensprozess erwarten ließen.

Zwar kam es durch massive amerikanische „Vermittlung“ 1997 zu einem Abkommen über Hebron – eine höchst problematische Teilung der Stadt in einen palästinensischen und in einen israelischen Teil – und 1998 zu einem Vertrag über die Übergabe weiterer Territorien in palästinensische Verwaltung (Zone A 18 %, Zone B 22 %, also 40 % der Westbank unter palästinensischer Verwaltung). Aber die Umsetzung dieses Vertrages blieb aus. Die eigentlichen Intentionen kommen darin zum Ausdruck, dass die Regierung Netaniahu den von der Vorgängerregierung verfügbaren Baustop für Siedlungen in den besetzten Gebieten aufhob und diesem Beschluss mit dem **Bau der Siedlung Har Homa** im Umkreis von Jerusalem Nachdruck verlieh. Mehrwöchige Unruhen wurden hierdurch ausgelöst, kaum dass die blutigen Auseinandersetzungen abgeklungen waren, die von der Öffnung eines Tunnels für Touristen unterhalb des Tempelberges und seiner Moscheen



(Ha'aretz 21.3. 1997)
Israel & Palästina H. 2/97

Die Siedlung Har Homa als Barriere im Friedensprozess (Arafat/Netaniahu)

ausgegangen waren: Etwa 80 Palästinenser wurden dabei getötet und mehr als 150 verletzt. Kennzeichnend für die politischen Zielvorstellungen Netaniahus ist auch ein Beschluss des Zentralkomitees der Likud-Partei vom 12.5.2002, in dem sich dieses auf Antrag Netaniahus mit großer Mehrheit gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates ausgesprochen hat.

9. Die Wiederbelebung des Friedensprozesses: Camp David/Taba

Neue Hoffnungen auf die Fortsetzung des Friedensprozesses nach drei Jahren weitgehender Stagnation kamen auf, als in den vorgezogenen Parlamentswahlen in Israel im Mai 1999 Ministerpräsident Netaniahu abgewählt wurde und die **Regierung Barak** ins Leben trat. So hoffnungsvoll diese neue Phase im Osloer Friedensprozess anfangs schien, so bitter war die Enttäuschung, als sie im Winter 2000/2001 ergebnislos endete. Auch in der Regierungszeit Baraks gab es Entscheidungen, die zukunftsweisend schienen:

- Die israelische Armee zog sich im Januar 2000 aus weiteren Gebieten zurück (Vergrößerung der Zone A).
- Die israelische Armee räumte im Mai 2000 die sog. Sicherheitszone im Süd-Libanon.
- Die Verhandlungen um einen Friedensvertrag mit Syrien wurden wieder aufgenommen.
- Schon im Dezember 1999 war eine Transitroute zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen eröffnet worden und wurde nach dem Bau eines Flughafens auch der Bau eines palästinensischen Seehafens in Angriff genommen.

Allerdings weigerte sich Barak, die in der Zeit Netaniahus erbauten Siedlungen zu räumen, und die von „Oslo II“ vorgesehene dritte Rückzugsphase in der Westbank wurde nicht realisiert. Die von Barak angestrebten Verhandlungen über den im Osloer Vertrag vorgesehenen Endstatus nötigten dazu, die wirklich entscheidenden Fragen anzupacken: Den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten gemäß UNO-Resolution, damit verbunden das Schicksal

der Siedlungen, die Grenzen und die völkerrechtliche Stellung des künftigen Palästina, das Problem Jerusalem (Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt?), die Rückkehr oder Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge. Die erst bilateralen und



Festhalten! Ich nehme die Leiter.
(Ha'aretz, 19. 7. 2000)

Israel & Palästina, Themenheft 61: VonCampDavidnachJerusalem,2000

Präsident Clinton als Vermittler zwischen Arafat und Barak in Camp David

dann unter Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Clinton stehenden **Verhandlungen in Camp David im Juli 2000** (wo der israelisch-ägyptische Friedensvertrag erfolgreich verhandelt worden war) führten zu keinem Ergebnis. Es war schon kein gutes Zeichen, dass die beiden Delegationen nicht direkt miteinander konferierten, sondern nur über amerikanische Vermittlung. Dass Ministerpräsident Barak das von Arafat eingeforderte Rückkehrrecht der geflohenen oder vertriebenen Palästinenser gemäß UNO-Resolution 194 von 1948 zurückwies, war selbstverständlich und konnte auch nicht – allenfalls symbolisch – akzeptiert werden: Die Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge würde den Staat Israel nach Idee und Lebensfähigkeit sprengen. Auch die israelische Friedensbewegung war gegen das generelle Rückkehrrecht, wohl aber für eine angemessene Entschädigung. War so das eingeforderte Rückkehrrecht für Israel nicht annehmbar, so umgekehrt der territorialpolitische Lösungsvorschlag Baraks für die Palästinenser:

Die territoriale Gestalt eines aus drei Kantonen bestehenden Palästina um Nablus, Ramallah und Hebron, den größten Städten in der bisherigen A-

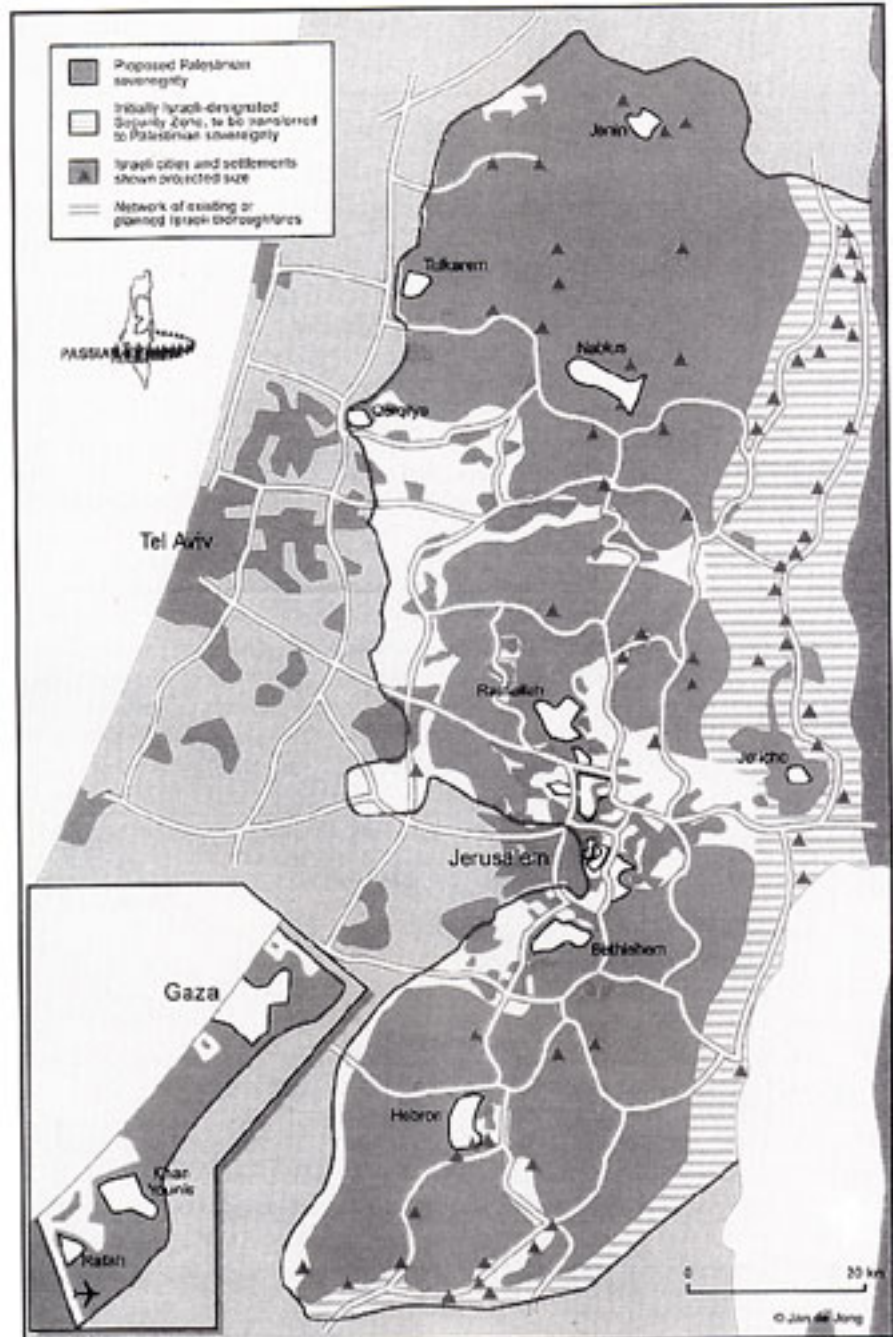
Zone, die Fortexistenz der Mehrzahl der Siedlungen als exterritoriale Einheiten, verbunden durch ein ebenfalls exterritoriales Straßensystem, die direkte Abtretung von Territorien im Westen und die indirekte im Osten (die Jordansenke, nominell zu Palästina gehörig, sollte auf unbestimmte Zeit unter israelischer Herrschaft verbleiben), dazu Jerusalem als israelische, nicht auch als palästinensische Hauptstadt – das war schwerlich akzeptabel und hätte Arafat – wäre er darauf eingegangen – politisch hinweggefegt. Die Aussage, Barak habe in seinem „großzügigen Vorschlag“ mehr angeboten als jeder israelische Regierungschef zuvor, ist zwar richtig, aber zugleich kein Argument für die Annehmbarkeit.

Eines der prominentesten Mitglieder der israelischen Friedensbewegung, Uri Avnery, urteilt über Baraks Angebot:

„Der Camp David Gipfel im Sommer 2000, der Arafat gegen seinen Willen aufgedrängt wurde, war vorzeitig und spitzte die Probleme zu. Barak forderte – seine Forderungen wurden beim Gipfel als solche Clintons präsentiert – die Palästinenser sollten den Konflikt als beendet erklären und auf das Rückkehrrecht und die Rückkehr selbst verzichten; sie sollten komplizierte Regelungen für Ost-Jerusalem und den Tempelberg, ohne Souveränität über beides, akzeptieren; sie sollten mit großen territorialen Annexionen im West-Jordanland und im Gaza-Streifen einverstanden sein, desgleichen mit israelischer Militärpräsenz in weiteren großen Gebieten und mit der israelischen Kontrolle über die Grenzen, die den palästinensischen Staat vom Rest der Welt trennen. Kein palästinensischer Führer konnte jemals solch ein Abkommen unterzeichnen. Und so endete der Gipfel mit einem toten Punkt ...“¹⁸

Dem Versuch von Präsident Clinton, mit einem den Palästinensern mehr entgegenkommenden Vermittlungsplan den Friedensprozess zu bewahren, ja voranzutreiben, blieb der Erfolg versagt, weil sich die Rahmenbedingungen der Verhandlungen grundlegend veränderten. **Clintons Plan** sah die Gründung eines souveränen Palästinenserstaates vor, der aber nicht die Grenzen von 1967 haben sollte. Einige Gebiete mit israelischen Siedlungen sollten an Israel

Projection of the West Bank Final Status Map presented by Israel, Camp David, July 2000



http://www.passia.org/palestine_facts/MAPS/wbgs_campdavid.html, 22.3.2002

abgetreten, aber durch einen Gebietsaustausch kompensiert werden. Das Sicherheitsproblem sollte durch eine internationale Präsenz in Palästina gelöst werden (u.a. Jordantal). Jerusalem sollte als offene Stadt konstituiert werden: als Hauptstadt zweier Staaten (mit zwei amerikanischen Botschaften/hiergegen demonstrierten am 8. Januar 2001 in Jerusalem etwa 200 000 Menschen unter dem Motto: „Jerusalem – ich gelobe Dir Treue“). Das Flüchtlingsproblem sollte durch eine begrenzte, Israels

Existenz nicht in Frage stellende Rückkehr von Flüchtlingen, schwerpunktmäßig aber durch materielle Entschädigung und Ansiedlung in anderen Staaten gelöst werden. Clintons Friedensplan wies unzweifelhaft nach vorne, obwohl Fragen offen blieben, wie z.B. die nach dem Schicksal oder der Rechtstellung der israelischen Siedlungen im künftigen palästinensischen Staatsgebiet. Zu einer ernsthaften Diskussion ist es nicht mehr gekommen, weil der **„Besuch“ Scharons auf dem Tempel-**

berg im September 2000 als demonstrativer Akt gegen den Friedensprozess eine gegenläufige Entwicklung auslöste, zum einen die sog. Al Aqsa Intifada und ihre Bekämpfung, also die ununterbrochene Abfolge von Gewalt und Gegengewalt, zum anderen den mit den Wahlen im Februar 2001 verbundenen politischen Erdbebenrutsch in Israel, der ausgerechnet denjenigen Mann an die Macht brachte, der den Osloer Friedensprozess zerstören wollte.

Der erfolglose Gipfel von Camp David, ebenso wie der wenige Monate später folgende von **Taba**, war im Verständnis der Beteiligten kein Abbruch des Friedensprozesses, sondern nur – wie eine israelische Zeitung schrieb – „eine weitere rote Ampel, an der beide Fahrer angekommen sind. Der Friedensprozess ist keine Schnellstraße zwischen zwei Bushaltestellen. Camp David war nicht die Endstation.“ Entsprechend hieß es in der **gemeinsamen israelisch-palästinensischen Erklärung vom 26.1.2001** nach der Konferenz von Taba:

„Die israelischen und die palästinensischen Delegationen haben in den vergangenen sechs Tagen ernsthafte, tiefgreifende und praktische Gespräche mit dem Ziel geführt, ein endgültiges und stabiles Abkommen zwischen den beiden Seiten zu erreichen. Die Taba-Gespräche fanden in einer zuvor noch nie da gewesenen positiven Atmosphäre und unter dem Ausdruck des gegenseitigen Willens statt, auf die nationalen, die sicherheitspolitischen und die existenziellen Bedürfnisse der anderen Seite einzugehen. Trotz des substantiellen Fortschritts in allen Fragen stellte es sich aufgrund der gegebenen Umstände und der zeitlichen Beschränkung als unmöglich heraus, in allen Fragen eine Übereinkunft zu erzielen. Die Verhandlungspartner erklären, dass sie niemals zuvor dem Erreichen eines Abkommens näher waren und dass es die gemeinsame Überzeugung ist, dass die verbliebenen Lücken mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach den israelischen Wahlen überbrückt werden könnten ...“¹⁹

tenziellen Bedürfnisse der anderen Seite einzugehen. Trotz des substantiellen Fortschritts in allen Fragen stellte es sich aufgrund der gegebenen Umstände und der zeitlichen Beschränkung als unmöglich heraus, in allen Fragen eine Übereinkunft zu erzielen. Die Verhandlungspartner erklären, dass sie niemals zuvor dem Erreichen eines Abkommens näher waren und dass es die gemeinsame Überzeugung ist, dass die verbliebenen Lücken mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach den israelischen Wahlen überbrückt werden könnten ...

Angesichts der bemerkenswerten Fortschritte im Verringern der Differenzen zwischen den beiden Seiten sind beide Seiten jedoch davon überzeugt, dass es unter intensiver Anstrengung und der Anerkennung der Lebensnotwendigkeit und der Dringlichkeit eines Abkommens in kurzer Zeit möglich sein wird, die verbliebenen Differenzen zu überbrücken und eine endgültige Friedensregelung zu finden. In dieser Hinsicht vertrauen beide Seiten darauf, dass sie diesen Prozess zur frühestmöglichen Gelegenheit beginnen und voranbringen können ...“¹⁹

10. Das Ende von „Oslo“

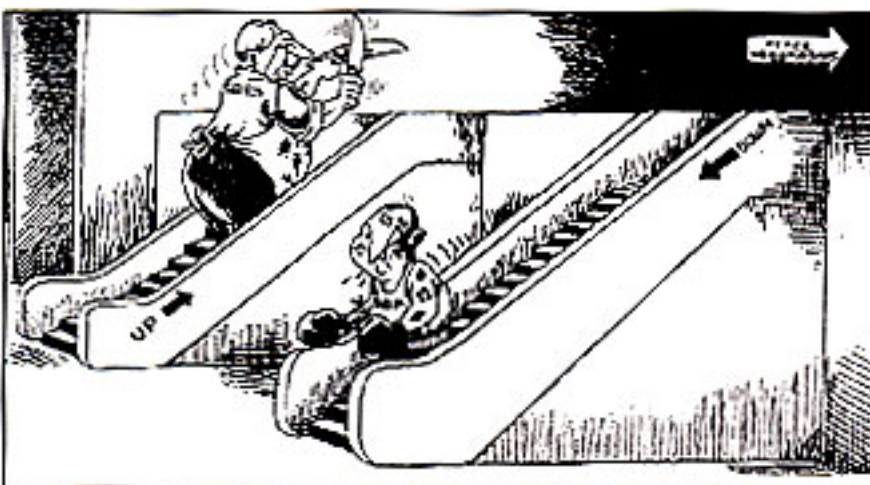
Mit Scharons Tempelberg-„Besuch“ im September 2000 und der von ihm ausgelösten Al Aqsa-Intifada und mit dem Regierungswechsel in Israel im Februar 2001 wurde eine neue Realität geschaffen, die alles im

Osloer Friedensprozess Erreichte und Projektierte in Frage stellte. Die hervorgehobenen Textstellen in der gemeinsamen Taba-Erklärung verdeutlichen, wie hoffnungsvoll die Verhandlungssituation im Friedensprozess von beiden Seiten beurteilt wurde, wie dicht man vor dem erfolgreichen Abschluss stand. Mit der Wahl des Tempelberg-„Besuchers“ Scharon zum israelischen Ministerpräsidenten wurde das in Taba Erreichte null und nichtig.

Auf palästinensischer Seite brach sich in der Intifada die Frustration Bahn, die der siebenjährige und letztlich vergebliche Verhandlungsmarathon nach der Osloer Prinzipienklärung von 1993 aufgestaut hatte. Der Friedensprozess war für die Palästinenser keine Erfolgsgeschichte, die unumkehrbar auf ein positiv bestimmtes Ziel zulief. Zwar gab es Teilerfolge – die Räumung von besetzten Territorien, die Errichtung einer politischen Autorität, die Wahl einer politischen Volksvertretung, der Bau eines palästinensischen Flughafens und eines Seehafens, das Einströmen von Hilfgeldern vor allem aus Europa zur Verbesserung der Infrastruktur. Zur Erfolgsgeschichte des Friedensprozesses gehört auch die Zusammenarbeit gesellschaftlicher Gruppen. Israelische und palästinensische Künstler fanden sich z.B. in den 80er Jahren zusammen, veranstalteten erst in Israel, dann 1988 in Amerika, 1991 auch in Deutschland eine gemeinsame Ausstellung – „It's Possible“ = Frieden ist möglich – und bekannten sich in ihr zur Zwei-Staaten-Lösung. Einer der Höhepunkte dieser Zusammenarbeit war der Abschluss eines symbolischen Friedensvertrages zwischen Israel und Palästina, der im Juni 1988 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und dem sich mehr als 1000 israelische und palästinensische Künstler, Schriftsteller und Akademiker anschlossen (zwei souveräne Staaten in den Grenzen von 1967, Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt ...).²⁰

Vergleichbar ist auch die Verabschiedung eines 7-Punkte-Programms für einen Frieden der Verständigung durch die israelische „Frieden Jetzt“-Organisation und den „Rat des palästinensisch-israelischen Dialoges in Nablus“ 1997.²¹

Aber alle diese Hoffnungszeichen und Teilerfolge im politischen Ent-



(Middle East International, 23. 2. 2001)
Israel & Palästina, H. 2/2001

Regierungswechsel in Israel im Februar 2001: von Barak zu Scharon

scheidungsprozess wurden konterkariert durch die Ungewissheit über Fortgang und Endziel des Prozesses, auch durch wirtschaftliche Stagnation und durch gegenläufige Bewegungen, so vor allem durch den permanenten (teils öffentlich geförderten, teils – in der Rabin-Ära – privaten) **Ausbau der jüdischen Siedlungen**, dabei auch die „Judaisierung“ der Altstadt von Jerusalem (Entzug der Bürgerrechte für Palästinenser, Verbot des Zuzugs, Sprengung illegal gebauter Häuser ...). In den sieben Jahren nach Oslo hat sich die Zahl der jüdischen Wohnheiten entgegen der Osloer Vereinbarung, den status quo zu wahren – um mehr als 50 % erhöht. Der Aufbau eines gesonderten israelischen Straßennetzes zur Verbindung der Siedlungen miteinander und mit dem bisherigen israelischen Staatsgebiet konnte nur als strategischer Straßenbau zur Verhinderung eines zusammenhängenden palästinensischen Staates verstanden werden. Im Blick auf diese Vorgänge prognostizierte „Die Zeit“ bereits am 27. Juli 2000: „Die Politik Israels gegenüber den Palästinensern sucht die Dominanz, nicht den Ausgleich. Die nächste Intifada ist deshalb nur eine Frage der Zeit.“ Die Zeitmarke setzte Scharon mit seinem Tempelberg-„Besuch“. Der Friedensprozess hätte im Bewusstsein der Palästinenser eine ganz andere Überzeugungskraft gehabt, wenn er mit der demonstrativen Räumung von israelischen Siedlungen etwa im Gaza-Streifen eingesetzt hätte (wo wenige Tausend Siedler in 16 Siedlungen fast ein Viertel des Landes innehaben, denen mehr als eine Million Palästinenser in den übrigen drei Vierteln gegenüberstehen) oder wenn nach dem Hebron-Massaker demonstrativ Kiryat Arba geräumt worden wäre oder wenn die palästinensischen Parteien in der Knesset in die Regierungskoalition aufgenommen worden wären.

Das emotionale Gewicht von **Gaza** wird von Peres in einer Rede vor dem Jewish Council for Public Affairs in Washington 1999 wie folgt angesprochen:

„Gaza ist nicht ein Stück Land, Gaza ist eine Gemeinschaft von einer Million Menschen, die auf 220 Quadratmeilen leben ..., in Armut, Verbitte-rung, Groll, uns verfluchend, als Besatzer betrachtend, als Herrenmenschen, als arrogantes Volk

ohne Gefühle. Dies ist daher die erste Entscheidung.“

Sechs Jahre nach „Oslo“ war diese „erste Entscheidung“ noch nicht gefallen. Peres' Worte machen deutlich, welche befreiende Wirkung von der Räumung Gazas ausgegangen wäre.²²

War die zweite Intifada nur eine Frage der Zeit, so stellt sich mit ihr doch zugleich auch die Frage, was sie bewirken kann. Zum einen droht, dass die ihr innewohnende Radikalisierung den fundamentalistischen Ideen und Gruppen zunehmend Resonanz verschafft und die städtische Mehrheit, die Arafat als Person und mit ihm die Fatah als Partei bei den Wahlen im Januar 1996 gewonnen hatte, verloren geht. Ein fundamentalistisches Programm aber schließt eine Friedenslösung aus, begibt sich auch internationaler Unterstützung. Kontraproduktiv ist auch die Wirkung auf den „Partner“. Die gegen Israel gerichteten terroristischen Anschläge, unterschiedslos militärische und zivile Einrichtungen treffend, die viele Menschen in den Tod reißen – Nichtkämpfer, Frauen, Kinder, auch Menschen, die eine Verständigung für notwendig halten und sich dafür einsetzen –, entmachtet die israelische Friedensbewegung. Uri Avnery spricht sogar von einem „Zusammenbruch des alten Friedenslagers“. Der Terror ist sowohl auf die besetzten Gebiete wie aber auch auf das israelische Staatsgebiet gerichtet. Geht es also nur um die Grenze oder geht es nicht vielmehr auch um die Existenz Israels? Lässt der Terror noch Hoffnung auf Verständigung zu? Drängt er nicht dazu, ihn mit aller Macht zu brechen, arbeitet er insofern nicht den Feinden von „Oslo“ zu? Wird nicht auch Arafat als Verhandlungspartner völlig ungläubwürdig, wenn er der ununterbrochenen Abfolge von Aktionen und Vergeltungsaktionen nicht oder nicht entschlossen genug entgegentritt? Aber ist er überhaupt noch Herr des Geschehens auf palästinensischer Seite? Seine Handlungsmöglichkeiten sind unzweifelhaft begrenzt. Er kann der Abfolge von Gewaltakten mit Aussicht auf Erfolg aber nur entgegentreten, wenn er dem palästinensischen Volk eine positive politische Perspektive zu präsentieren vermag. Diese aber ist als Zugeständnis der Regierung Scharon nicht zu erwarten. Aber auch eine anders

zusammengesetzte israelische Regierung vermöchte nicht, auf die Bombenanschläge mit einem politischen Angebot zu antworten. Es käme einer Honorierung des Terrors gleich und würde in der israelischen Öffentlichkeit als Kapitulation empfunden und verworfen werden. Ein Staat Palästina kann nicht herbeigebombt werden. Es sollte zu denken geben, dass die Vergeltungsschläge der israelischen Armee von einem Verteidigungsminister gedeckt werden, der der Arbeiterpartei angehört, ja nach dem Rücktritt Baraks sogar deren Vorsitzender ist, und dass auch Peres, einer der Hauptträger von „Oslo“, Mitglied der Regierung ist. Lässt Arafat die Abfolge der Gewalttaten zu in der Hoffnung, dadurch den Konflikt zu internationalisieren, andere Mächte – nicht nur die USA, sondern auch Europa und die UNO – einzubeziehen, weil nur von ihnen eine akzeptable Lösung ausgehen kann?

Ein Mitglied der israelischen Friedensbewegung, Reuwen Moskowitz, kommt im Blick auf die innere Situation Israels (Gefahr der Theokratie) und im **Blick auf die Friedensmöglichkeiten** zu einem **resignierenden Fazit**. Unter der Überschrift „Israel am Abgrund“ schreibt er:

„Die zweite Intifada ist nicht nur Ergebnis des unverantwortlichen Besuchs von Scharon auf dem Tempelberg im September 2000, sondern auch des Versuchs Ehud Baraks und Clintons, Arafat einen endgültigen Friedensvertrag aufzuzwingen. Barak wagte zwar, die Frage Jerusalems auf den Tisch zu legen, machte aber deutlich, dass Israel nicht bereit sei, den muslimischen Teil zurückzugeben. Hinzu kommen die ungelösten Probleme der Flüchtlinge von 1948 und 1967, die Fragen des von Israel enteigneten Vermögens von Palästinensern im Westjordanland und die Situation der jüdischen Siedlungen. Alles zusammen ist ein vergifteter Pfeil im Fleisch der Palästinenser. Es ist naiv oder besser gesagt unehrlich und unverantwortlich, von Arafat oder irgendeinem anderen palästinensischen Führer zu erwarten, die Lösung dieser drängenden Fragen noch weiter auf die lange Bank zu schieben.“

Nun stehen wir vor der Frage, ob eine Rettung der Osloer Verträge noch möglich ist, obwohl man das Rad der

blutigen Ereignisse seit Beginn der zweiten Intifada nicht zurückdrehen kann. Jedenfalls nicht durch die Israelis und nicht durch die Palästinenser. Das blutige Karussell der Gewalt ist nur noch durch einen dramatischen und wagemutigen Schritt von außen aufzuhalten.

Weil Amerika nicht unvoreingenommen war in seinen Friedensbemühungen und die verschiedenen israelischen Regierungen seit Oslo den Frieden nicht vorangetrieben haben, sollte jetzt ganz schnell die Europäische Union ein Angebot machen, etwa in Form einer engeren Anbindung an die EU, das von beiden Seiten nicht so einfach zurückzuweisen ist.

Jetzt muss Europa erkennen, dass die Stunde des Handelns gekommen ist.“

Die Hoffnung des Autors, dass nur durch eine entschlossene Intervention, „**einen dramatischen Schritt von außen**“: der EU, „das blutige Karussell der Gewalt aufzuhalten“ sei und nur so die Entwicklung wieder auf den Frieden ausgerichtet werden könne, hat dabei insbesondere auch Deutschland im Auge. Er hält es allerdings für notwendig, dass die Prämissen der deutschen Nahost-Politik überdacht werden:

„Deutschland, diese wichtige Säule der Europäischen Union, muss seine Vergangenheitsbefangenheit überwinden, um entscheidend und weit sichtbar mitzuwirken an einem einigermaßen gerechten Frieden im Nahen Osten. Die Zeit, in der eine hoffnungsvolle Friedensentwicklung im Nahen Osten von den mutigen Entscheidungen Israels und Palästinas bestimmt wurde, ist vorbei.“²³

Damit wird die Frage nach der Haltung Deutschlands im Nahost-Konflikt gestellt, und ganz offenbar wird eine Veränderung seiner Haltung gegenüber Israel für erforderlich gehalten.

11. Die deutsch-israelischen Beziehungen: Aufstieg aus dem Abgrund

Der Anfang der deutsch-israelischen Beziehungen kommt in dem Titel zum Ausdruck, den der frühere israelische Botschafter in Bonn, **Avi Pri-**

mor, seine Memoiren gegeben hat: „... **mit Ausnahme Deutschlands**“. Der Titel leitet sich her von seinem Anfang der 50er Jahre ausgestellten israelischen Pass, der den Vermerk trug „gilt für alle Länder mit Ausnahme Deutschlands“.²⁴ Dieser Passvermerk ist ein symbolträchtiger Ausdruck dafür, dass der junge israelische Staat für sich und für seine Bewohner jeden Kontakt mit Deutschland und mit Deutschen unterbinden wollte. Der Holocaust hatte einen tiefen Abgrund zwischen Juden und Deutschen aufgerissen, der auch für die Zukunft unüberbrückbar erschien und unüberbrückbar bleiben sollte.

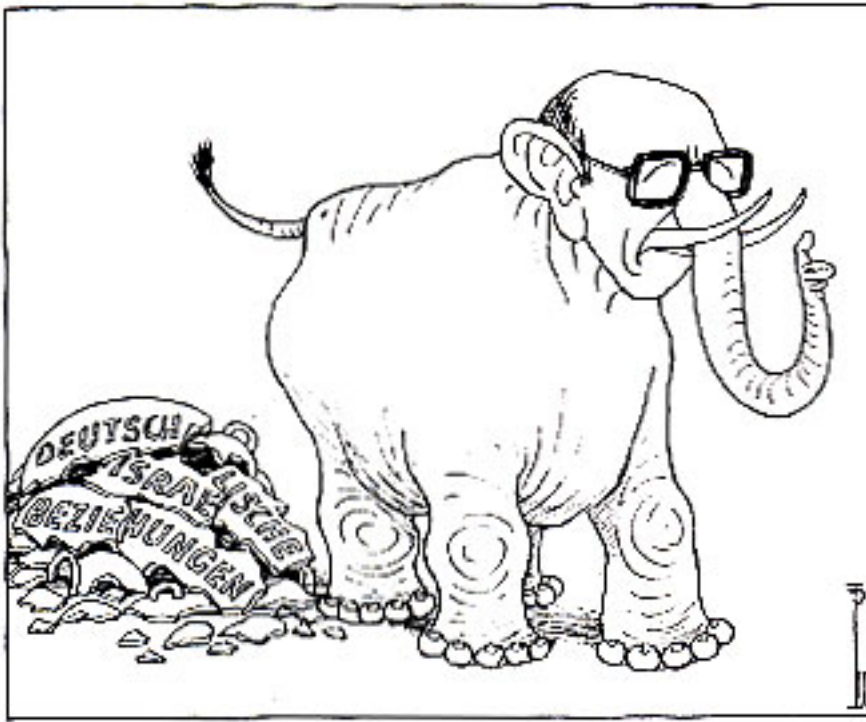
Die tatsächliche Entwicklung ist jedoch ganz anders verlaufen. Symbol dafür ist der Aufsatz eines israelischen Journalisten in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Oktober 1989, dem der Autor den erstaunlichen Titel gab: „**Israel – das 12. Bundesland.**“ Auf den verschiedensten Handlungsfeldern wird von dem Autor die Intensität der deutsch-israelischen Beziehungen dem Leser vor Augen geführt – den Wirtschaftsbeziehungen (Deutschland ist zweitwichtigster Handelspartner Israels), dem Kulturaustausch (u.a. Goethe-Institute in Jerusalem und Tel Aviv), den Städtepartnerschaften (mehr als die Hälfte aller von israelischen Städten abgeschlossenen Partnerschaften sind auf deutsche Städte bezogen), dem Tourismus, dem Jugendaustausch ... Eine Bundestagsdebatte im Jahre 1988 über die Lage im Nahen Osten wird verfolgt, um an ihr deutlich zu machen, wie sehr die Zuwendung zu Israel zu einem Bestimmungsmerkmal der deutschen Identität geworden ist: Israel sei von den Abgeordneten faktisch wie ein deutsches Bundesland angesprochen worden und der israelische Botschafter hätte eigentlich auf der Bundesratsbank und nicht auf der Empore Platz nehmen müssen. Es sei daher an der Zeit, aus diesem faktischen Zustand auch einen rechtlichen zu machen, die gleichsam wilde deutsch-israelische Ehe in eine förmliche Ehe zu verwandeln, nämlich die staatsrechtliche Vereinigung herbeizuführen. Als gemeinsame Nationalflagge schlägt der Autor – dem Aufsatz als Bild eingefügt – schwarz-rot-gold mit Davidstern vor. Der Aufsatz war ein journalistisches Meisterstück, nämlich die (mit der Schlussfolgerung) fiktional überzeichnete Darstellung eines

erstaunlichen Prozesses von der vergangenheitsbelasteten und gleichsam zukunftslosen Ausgangssituation nach 1945 bis zu einer vielfältig erfüllten Gegenwart, in die nach der Wiedervereinigung 1990 auch Ostdeutschland einbezogen wurde (die Beziehungen der DDR zu Israel hatten einen diametral gegensätzlichen Charakter; wieder anders waren die Österreichs als dem dritten Nachfolgestaat des NS-Reiches.): Der israelische Ministerpräsident Barak war der erste ausländische Regierungschef, der 1999 nach Berlin in die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland eingeladen wurde.

Der Aufsatz Broders vermittelt dem Lesern natürlich ein idealtypisches Bild der deutsch-israelischen Beziehungen. Die Wirklichkeit sah naturgemäß differenzierter aus. Es gab Probleme und es gab Konflikte, z. B. über die deutsche Beteiligung an den israelkritischen EG-Resolutionen zum Nahost-Konflikt; Bundeskanzler Schmidt wurde von Ministerpräsident Begin hart und aggressiv attackiert; die historische Schuldenlast erwies sich bei vielen politischen Entscheidungen als schwere Hypothek.

Im November 1989 – als mit der Öffnung der Berliner Mauer die Wiedervereinigung Deutschlands als politische Möglichkeit am Horizont auftauchte – sprach sich der israelische Ministerpräsident Schamir gegen die deutsche Einheit aus. Er rief den Holocaust in Erinnerung und beschwor die Gefahr, „dass – falls Deutschland der stärkste Staat in Europa, vielleicht der Welt wird – das deutsche Volk dies erneut versuchen wird“ (Ha'aretz 17.11.1989). Dieses Wort löste eine heftige Auseinandersetzung mit dem damaligen Bundeskanzler Kohl aus.

Doch trotz derartiger vergangenheitsbelasteter Problemsituationen ist die Bilanz der deutsch-israelischen Beziehungen eindeutig positiv. Schimon Peres, eine der großen und führenden Gestalten der israelischen Politik, spricht in seinem Geleitwort zu dem Buch des früheren deutschen Israel-Botschafters Hansen von den „Entwicklungen, die von abgrundtiefer Feindschaft zu einer umfassenden und unvoreingenommenen Partnerschaft geführt haben, wie sie der Staat Israel selten kennt“.



Begin hat gesprochen

HAZ, 6. 5. 1981

Der unmittelbare Anlaß für die Attacken Beginns gegen Schmidt waren beabsichtigte Panzerlieferungen der Bundesrepublik an Saudi-Arabien, des weiteren kritische Äußerungen Schmidts gegenüber der Politik Beginns sowie das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Begin griff Schmidt persönlich an und machte ihn als ehemaligen Offizier der deutschen Wehrmacht mitverantwortlich für den Holocaust. Alle Parteien des Bundestages haben zu Gunsten des deutschen Bundeskanzlers Stellung bezogen und Beginns Attacken zurückgewiesen.

Der höchst positiven Zuwendung der Bundesrepublik zu Israel entsprach eine deutliche **Zurückhaltung gegenüber den Palästinensern**. Zwar konnte man – im Angesicht des geteilten Staates das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einfordernd – den Palästinensern nicht eben dieses Selbstbestimmungsrecht absprechen. So hat sich die Bundesrepublik schon 1974 in der UNO zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bekannt und in der Folge an verschiedenen Nahost-Resolutionen der EG beteiligt (Höhepunkt die sog. Venedig-Erklärung von 1980: Land gegen Frieden gemäß UNO-Resolutionen); aber die diplomatische Anerkennung der PLO wurde von der förmlichen Außerkraftsetzung der palästinensischen Nationalcharta, also der unzweideutigen Anerkennung Israels, und der Einstellung des Terrors abhängig gemacht und kam erst nach der Friedenskonferenz von Madrid und der Anerkennung der PLO durch Israel zustande – deutlich später als bei anderen europäischen Staaten. Erst im Dezember 1993

wurde Arafat in der Bundesrepublik offiziell empfangen und wurde eine PLO-Vertretung in Bonn zugelassen. In Frankreich bestand schon seit 1975 ein PLO-Büro, in Österreich seit 1976, das 1980 sogar als diplomatische Vertretung offiziell akkreditiert wurde. Die Algier-Erklärung der PLO 1988 erbrachte ihr auf breiter Front die Anerkennung als „Staat“: im März 1989 hatten sie mehr als 90 Staaten anerkannt. In der DDR hatte die PLO ab 1973 ein offizielles Büro, das 1989 zur „Botschaft“ erhoben wurde, womit gleichzeitig die Anerkennung Palästinas als „Staat“ verbunden war. Dass diese palästinensische Botschaft in Ost-Berlin am 3. Oktober 1990, dem Tag der Wiedervereinigung, geschlossen wurde, macht die Zurückhaltung der bundesdeutschen Politik gegenüber der palästinensischen Nationalbewegung besonders deutlich.²⁵

So ist heute das wiedervereinigte **Deutschland der wichtigste Partner Israels in Europa** und für Israel ein Garant dafür, dass die Europäische

Union sich nicht schärfer gegen die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik artikuliert (Israel wird von Deutschland auch mit Rüstungsgütern beliefert und steht vom Volumen her als Empfänger an der ersten Stelle der Nicht-Natostaaten). Die deutsche Politik hat die Erklärungen und Verträge von Oslo begrüßt und sich bemüht, den Friedensprozess wo und wie immer möglich zu fördern. Sie hat erst in Jericho, dann in Ramallah eine „Ständige Vertretung“ eingerichtet, und sie subventioniert – wie auch die EU insgesamt – mit erheblichen Zahlungen den Aufbau einer palästinensischen Infrastruktur als Abstützung des Friedensprozesses. Die militärischen Strafaktionen der israelischen Armee nach Anschlägen palästinensischer Selbstmordattentäter in der Al Aqsa Intifada haben manches von dem wieder zerstört, was mit deutschen Geldzuwendungen aufgebaut worden war, z. B. den Flughafen Gaza. Die deutsche Israel- und Nahost-Politik, die weitgehend unabhängig ist von der jeweiligen Regierungskoalition (auch die Grünen mit Außenminister Fischer an der Spitze sind nach anfänglicher Frontstellung gegen Israel in sie eingeschwenkt: die drei Entschließungsanträge der Koalition, der CDU/CSU- und der FDP-Opposition zur Lage im Nahen Osten, die dem Bundestag am 4. Juli d. J. vorlagen, unterscheiden sich nur in Nuancen), wird von der großen Mehrheit der Bürger unseres Landes gestützt, wenngleich die weitgehende Identifikation mit Israel, die im Junikrieg 1967 ihren Höhepunkt hatte,²⁶ seither deutlich abgeklungen ist – bedingt vor allem durch die israelische Politik in den besetzten Gebieten.

12. Die Wahrnehmung des Nahost-Konfliktes im christlichen Fundamentalismus

Es gibt Gruppen, die sich deutlich anders artikulieren und die die Politik des deutschen Staates als im Prinzip eher israelfeindlich verurteilen (umgekehrt wird sie von den Rechtsradikalen bewertet). Ausdruck dafür ist ein Zeitschriftentitel: „Christen für Israel“ (nicht „Christen für den Frieden im Nahen Osten“) oder sind Titel von Publikationen.²⁷

Alle Buchtitel sind eng miteinander verwandt. Sie repräsentieren eine Wahrnehmungsperspektive für Israel und für den Nahost-Konflikt, in der das politische Geschehen in religiöser Endzeiterwartungen eingebunden ist: „Endzeit“, „Tausendjähriges Reich“, „Megastaat“, „Weltbedürfnis“ sind die tragenden Begriffe. Eine unerhörte, die Gegenwart des Nahost-Konfliktes noch übersteigernde Dramatik ist offenbar dem Geschehen zu eigen: „Apokalypse“, sogar „Dritter Weltkrieg“. Der Nahost-Konflikt wird damit auf eine Bedeutungsebene gehoben, die über das vordergründige Verständnis als politischer oder nationaler Konflikt weit hinausreicht: Gott selbst ist im Spiel, und offenbar ist der derzeitige Konflikt für die Autoren nichts anderes als die Geburtswehe des messianischen Endzeitalters der Geschichte, das in Israel sein Wirkzentrum haben wird und haben soll. Von daher – so die Folgerungen – gewinnen die zu treffenden Entscheidungen ein ganz anderes Gewicht und möglicherweise eine ganz andere Richtung: Sie müssen sich vom Willen Gottes leiten lassen.

Ist der Wille Gottes erkennbar? Die Antwort lautet: eindeutig ja! Woher wird die Gewissheit genommen? Zum einen aus den politischen Vorgängen selbst: Staatsgründung Israels, Selbstbehauptung in verschiedenen Kriegen sind wesentliche Hinweise für die metaphysische Verankerung der Vorgänge. Wie im israelischen Fundamentalismus spielt der militärische Triumph Israels vom Juni 1967 eine entscheidende Rolle. Penkaski konstatiert:

„1967 hat Israel Jerusalem wieder in seiner Hand. Seit dieser Zeit läuft der Countdown der Endgeschichte Gottes mit dieser Welt.“

Dass seit dem **Sechs-Tage-Krieg** der **Countdown des Endzeitalters** läuft, hat zur Voraussetzung, dass die Weltgeschichte als eine große, von Gottes Erlösungswillen bestimmte Sinneinheit gesehen wird, die mit dem wiederkehrenden Christus als dem Messias aller Menschen zu einem die Geschichte abschließenden idealen Endzeitalter führt. In diesem spielt Israel als Werkzeug Gottes die entscheidende Rolle. Als Beleg wird die Geschichte angeführt. Penkaski, ein evangelischer Pfarrer und Dozent an einem Bibelseminar der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland in

Wuppertal, sieht einen „roten Faden“, der die Geschichte durchzieht:

„Der ‚rote Faden‘ in der Geschichte

Durch die Menschheitsgeschichte zieht sich ein ‚roter Faden‘. Dieser ‚rote Faden‘ ist ein Wort, das Gott zu Abraham sprach: ‚Ich will dich zum großen Volk machen – ich will segnen, die dich segnen, und fluchen, die dir fluchen‘ ...

Dieses Gotteswort ist wie ein Schlüssel, der das Verständnis der Geschichte erschließt. Ich sehe Geschichtereignisse, ihre Ursachen und Wirkungen im Zusammenhang mit diesem Wort. Segen und Fluch über Menschen und Völker hängen zusammen mit ihrer Stellung zum Volk Gottes. Gott hat die Nachkommen Abrahams erwählt, um sich durch dieses Volk der Welt zu offenbaren, zu zeigen, wer er ist ...

Um des Volkes Gottes willen zerbrechen Weltreiche.“

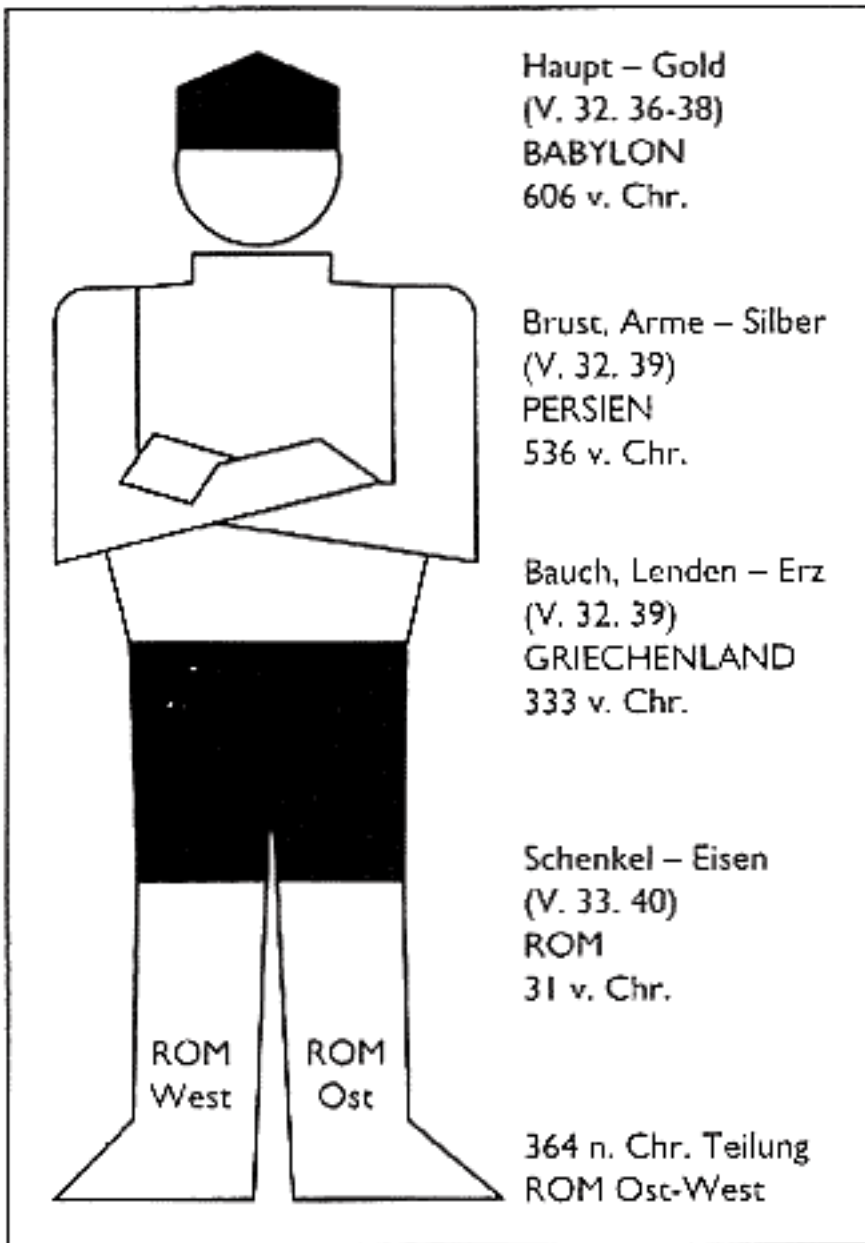
Der Autor durchheilt nun die Geschichte und sieht in ihr seine These bestätigt: Völker und Reiche sind hart gestraft, ja zerstört worden, weil sie dem auserwählten Volk entgegenstanden. So Ägypten, so Babylon, so das Römische Reich (Zerstörung des jüdischen Tempels als wirkende Ursache), so das Kreuzfahrerreich („Moslems konnten über Christen triumphieren, da Christen contra Juden standen“), so das zaristische Rußland („Gottes Antwort auf die Pogrome waren die russischen Revolutionen 1905 und 1917“), so das Deutsche Kaiserreich („Gottes Segensentzug“ wegen des Antisemitismus in Deutschland), so das Britische Weltreich (weil es jüdenfeindliche Kräfte in Palästina begünstigte). Die große Pest 1348, in der etwa ein Viertel der europäischen Bevölkerung zugrunde ging, war die Antwort Gottes auf die mittelalterlichen Judenverfolgungen, der Dreißigjährige Krieg „Gottes Antwort auf die Judenfeindlichkeit evangelischer und katholischer Christen“ (welch ein schauriges Gottesbild steht hinter dieser Aussage!). Das Reich Adolf Hitlers zerbrach nach genau zwölf Jahren, „um der ganzen Welt das Gottesvolk ins Gedächtnis zu bringen“ (zwölf Stämme Israels!). Und umgekehrt! Das westdeutsche Wirtschaftswunder nach 1949 war die positive Antwort Gottes auf die westdeutsche Wiedergutmachungspolitik zuguns-

ten Israels; „die DDR überwies keine Mark an Israel – der wirtschaftliche Aufstieg blieb darum aus“. Der Saldo des historischen Exkurses: „Der Segen oder Fluch Gottes über Völker hängt von ihrem Verhalten gegenüber Israel ab.“²⁸ Es liegt auf der Hand, dass von daher für die Autoren die deutsche Nahost-Politik – schon um des eigenen Überlebens willen – als einschränkungslos pro-israelisch vorgezeichnet ist.

Der die Geschichte durchziehende „rote Faden“ erlaubt aber nicht nur die zuverlässige Erklärung von Vorgängen der Vergangenheit, sondern auch die **Voraussage künftigen Geschehens**. Und da sich das Sinnwissen aus göttlichen Offenbarungen herleitet (Gottes Worte zu Abraham), ist ihm ein absoluter Wahrheitsanspruch zu eigen. Zentraler Bezugspunkt der historischen Zukunftsvision ist das **alttestamentliche Buch Daniel**. Dieses ist während des Makkabäischen Aufstandes gegen die griechisch-seleukidische Herrschaft im 2. Jahrhundert v. Chr. entstanden. Es datiert sich aber selbst ins 6. Jahrhundert v. Chr., in die Zeit der babylonischen Gefangenschaft der Juden.

Daniel, ein Jude in babylonischer Gefangenschaft, deutet einen Traum des babylonischen Königs Nebukadnezar: Der König habe im Traum das Bild einer Gestalt gesehen, die vom Kopf zu den Füßen aus immer geringerwertigen, das meint: zunehmenden Verfall symbolisierenden Bestandteilen zusammengesetzt gewesen sei (Gold-Silber-Erz-Eisen-Eisen und Ton vermischt); ein Stein – ohne Zutun herabgefallen – habe die Figur dann zerschlagen und die ganze Welt ausgefüllt. Diese Gestalt symbolisiere den historischen Prozess, nämlich die Abfolge von vier Weltreichen oder Geschichtsepochen (Babylon, Persien, Griechenland, Rom), die als alter Äon durchlaufen werden müssen, bevor das von Gott selbst ausgehende Reich als neuer Äon aufgerichtet werde, „ein Königreich, das nimmermehr zerstört wird“ (Daniel 2, 44).

Das Gewicht der prophetischen Aussage wird dadurch noch hervorgehoben, dass Nebukadnezar sein Traumbild nicht zu beschreiben vermochte, so dass alle Weisen Babylons – vor die Aufgabe der Deutung gestellt – versagten. Daniel aber flehte Gott an: „Da ward Daniel solch verborgenes



N. Lieth: Zukunftsaussichten. Perspektiven aus dem Daniel-Buch.
1996, Bd. I, S. 62

Ding durch ein Gesicht des Nachts offenbart“ (Daniel 2, 19). Sein Wissen geht also auf eine direkte Offenbarung Gottes an ihn zurück und hat damit den Rang einer unbezweifelbaren Wahrheit.

Die Daniel-Prophetie spielt im jüdischen und nachfolgend im christlichen Geschichtsdenken eine herausragende Rolle. Sie wird auch in der fundamentalistischen Gegenwartsliteratur als Schlüssel für die Deutung der politischen Vorgänge angesehen: Die Zeitstelle im göttlichen Heilsplan wird erkennbar, ja datierbar:

Nach Lieth „leben wir jetzt, um es prophetisch auszudrücken, im Über-

gang von den Füßen zu den Zehen des Standbildes“, d.h. unmittelbar vor dem Herabfallen des Steines, der das Standbild, also die bisherige Welt, zertrümmert; wir leben also unmittelbar vor der Aufrichtung des Gottesreiches durch den wiederkehrenden Messias: „Das Römische Reich durchläuft bis zum Wiederkommen Jesu insgesamt drei Stationen, dargestellt in den beiden Schenkeln, Füßen und Zehen des Standbildes.“ Anfänglich ein einziger Machtblock, wird das Römische Reich 364 geteilt: Ostrom und Westrom. Das Oströmische Reich findet nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 im zaristischen Rußland seine Fortsetzung. Symbol dafür ist der

Herrschartitel: Zar = Cäsar. Das Weströmische Reich setzt sich über die Kaiserkrönung Karls des Großen (800) und Ottos des Großen (962) im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation fort. Auch hier ist der Herrschertitel sinnkräftiges Symbol: Kaiser = Cäsar. „Das Römische Reich hat eigentlich nie aufgehört zu bestehen, sondern sich lediglich in seiner Form verändert. Es wird bis zur Wiederkunft Jesu bestehen bleiben, bis ‚der Stein abgerissen ohne Hände‘ vom Himmel fallen und es zertrümmern wird.“

Die Fortexistenz des Römischen Reiches und die bloße Veränderung seiner Form geht bis in die Gegenwart weiter. Ostrom setzt sich fort über das zaristische Rußland in das kommunistische Rußland und in den Ostblock, das weströmische Reich setzt sich fort im Westblock. Die materiale Symbolik der Traumfigur Nebukadnezars spiegelt die Gegenwart: „Eisen mit Ton vermengt: werden sie sich wohl nach Menschengelut untereinander mengen, aber sie werden doch nicht aneinander halten, gleichwie sich Eisen und Ton nicht mengen lässt.“ Hierin sieht der Autor die Gegenwart vorgeprägt, nämlich das Ende der Blöcke und das Zusammenwachsen Europas. Ein Europapolitiker wird bestätigend zitiert: „Ein Heiliges Römisches Reich Europäischer Nation soll gezimmert werden.“ Und Gorbatschow wird angeführt mit seiner Vision vom „Europäischen Haus vom Atlantik bis zum Ural“. Der Autor fährt fort: „Diese Vermischung spielt sich heute vor unseren Augen ab.“

Aber dieser Prozess – von vielen als fortschrittlich angesehen – ist ein heil-loser Prozess, ist ein Versuch, eine Welt ohne Gott zu installieren. Er trägt „den babylonischen Geist in sich“, und insofern ist der Untergang dieses erneuerten Römischen Reiches unabwendbar:

„Wir erleben mit, wie Europa immer mächtiger wird, und es entwickelt sich vor unseren Augen mit einer fast unheimlichen Kraft und Dimension. Es scheint eine teuflische Maschinerie dahinter zu stehen. Dieses Europa nimmt immer mehr Land ein und bringt letztlich den Antichristen hervor.“

Bringt die Entwicklung Europas den Antichristen hervor, ist evident, dass

sich die **Aufrichtung des Tausendjährigen Reiches** mit dem wiederkehrenden Christus nicht als ein wunderbarer Akt der inneren Verwandlung der Welt von Grund auf vollzieht, sondern vielmehr als ein apokalyptisches Geschehen, in dem der Antichrist alles versuchen wird, um die Gottesherrschaft zu verhindern. Auch diese Vision einer Endzeitdramatik speist sich aus der Daniel'schen Prophetie. Sie erlaubt auch, präzise Voraussagen über den historischen Prozess zu treffen. Die hierfür zentrale Aussage – Gottes Wort an Daniel – lautet: „70 Wochen sind bestimmt über dein Volk und über deine heilige Stadt“ (Daniel 9, 24; Woche = Jahrwoche: sieben Jahre). 69 davon sind verstrichen mit der Rückkehr der Juden nach Palästina nach der babylonischen Gefangenschaft, dem Wiederaufbau des Tempels und dem Erscheinen des Messias. Da die Juden in Jesus von Nazareth nicht den Messias erkannt haben, sie aber Träger des göttlichen Heils sind, steht die siebzigste Jahrwoche noch aus. Aber ihr Anbruch steht bevor. Und wie in den 69 Heilswochen in antiker Zeit steht auch in der 70. Israel im Mittelpunkt.

Diese letzten sieben Jahre vor Anbruch des messianischen Endzeitalters aber sind von ungeheurer Dramatik erfüllt. Wir können hier den erwarteten historischen Prozess nicht im einzelnen verfolgen. Zentral ist, dass **der Antichrist** die Weltbühne betritt und mit dem Verlangen seiner Anbetung die „**große Trübsal**“ über die Menschheit bringt. Israel wird sich der Anbetung verweigern und damit eine Verfolgungswelle auslösen – „die große Trübsal“ –, die alle Verfolgungen seiner Geschichte gering erscheinen lässt. Von Norden und Süden wird der Antichrist Millionenheere heranzuführen, um das standhafte Israel zu zerschmettern. In Strömen wird das Blut fließen; aber wenn die Not am größten ist, wird Jesus Christus wiederkehren, Israel erretten und von den Juden als Messias anerkannt werden. Nach einer 75 Tage währenden Übergangszeit, in der Gericht gehalten wird über die Völker, wird Jesus Christus im Bunde mit dem Gottesvolk das Tausendjährige Friedensreich aufrichten. Eine neue Welt wird entstehen, die im Einklang mit Gott leben wird, und Jerusalem wird der Mittelpunkt dieser Welt sein:

„Im Friedensreich Jesu Christi wird Israel das höchste Volk auf dieser Erde werden ... Jesus, der König aller Könige, der Herr aller Herren, wird Seinem Volk im Tausendjährigen Reich große Macht über alle Völker geben ... Gott allein gebührt alle Ehre für Sein wunderbares Heilshandeln mit Seinem Volk! In Ihm hat Israel noch eine herrliche Zukunftsaussicht.“

Aus dieser Weltsicht erwachsen die oben genannten Buchtitel: „Der Judenstaat – vom Weltärgernis zum Weltbedürfnis“, „Israel ein Mini-Mega-Staat im Aufbruch“. Hierin heißt es:

„Israel ist als Land, als Volk und als heutiger Staat Gottes erwähltes Eigentum und bricht nun nach drei Jahrtausenden vor unseren Augen auf, um die Weltherrschaft anzutreten.“

Vermittelt die Erwartung eines messianischen Endreiches prinzipiell eine beseligende Perspektive, so ist für die Völker der Welt doch vorab unsicher, ob sie an ihm teilhaben können. Ihre Haltung Israel gegenüber in der gegenwärtigen und künftigen Konfliktlage ist für das Endgericht entscheidend:

„Es geht bei diesem Gericht ganz praktisch um Judenfreundlichkeit oder Judenfeindlichkeit, um Zionismus oder Antisemitismus ... Wer den Juden vor und innerhalb der großen Trübsal geholfen hat, wird in das Tausendjährige Reich eingehen. Wer Israel aber mit verraten und verfolgt hat, wird in die ewige Pein gehen.“²⁹

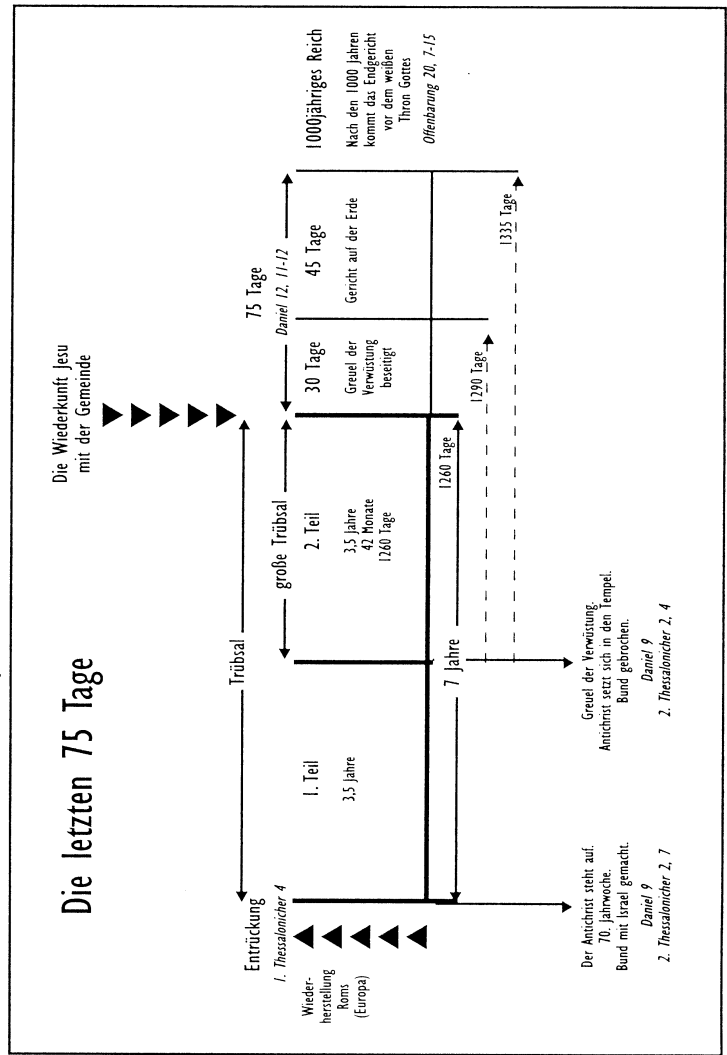
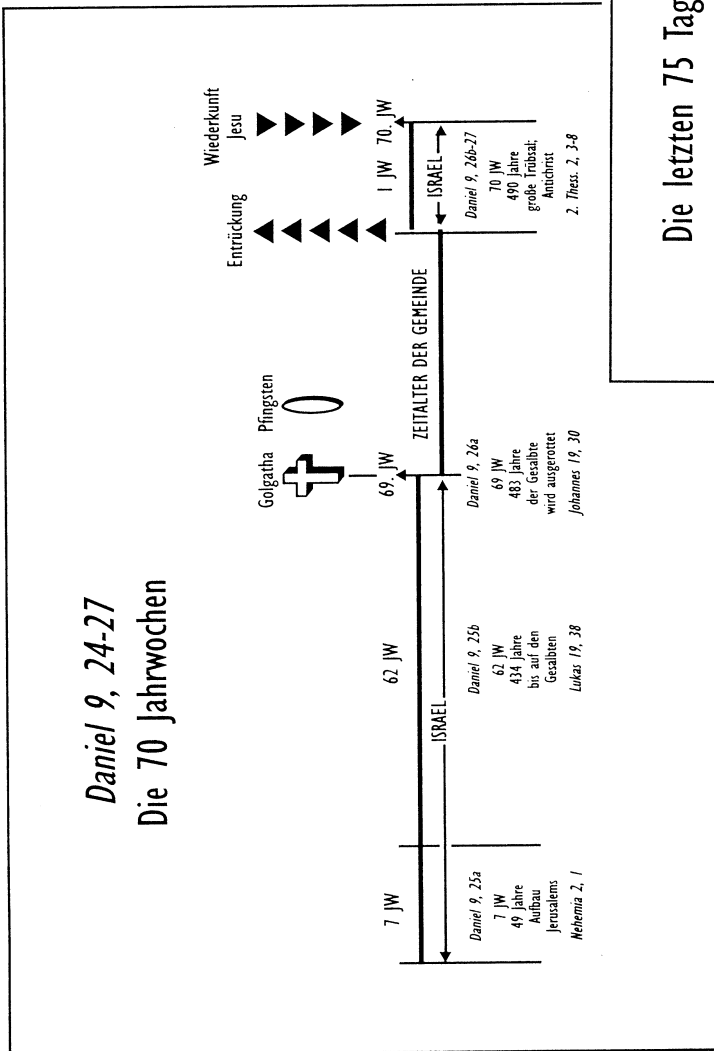
Das fundamentalistische Weltbild, wie es uns in den Texten entgegengetreten ist, ist nicht unabhängig von dem zu sehen, was historisch vorausgegangen ist: der Holocaust. Es stellt gleichsam die **positive Umkehrung der antisemitischen Theorie** dar. Waren in dieser die Juden die „Weltvergifter aller Völker“ (Hitler in seinem politischen Testament), so sind sie jetzt die Weltheilsbringer aller Völker. Erwuchs aus der Verteufelung der Juden in der Rassenideologie ein „Erlösungsantisemitismus“ (Saul Friedländer), so jetzt aus ihrer Bestimmung als Gottesvolk ein Erlösungsphilosemitismus. Ging im Antisemitismus mit der drohenden Herrschaft der Juden die Welt dem Untergang entgegen, so ist mit ihnen jetzt

die heilsgeschichtliche Erfüllung der Welt verbunden.

Die positive Umkehrung der antisemitischen Rassistheorie ist einem Weltbild inhärent, das **Geschichte als unentrinnbare Notwendigkeit** ansieht, als Ablauf nach einem vorgegebenen Plan. Eine derartige Weltsicht steht der Freiheit menschlicher Entscheidung und damit auch der persönlichen Verantwortung für das eigene Tun diametral entgegen. Verantwortung für selbstbestimmtes Handeln, d.h. zugleich Wahl zwischen alternativen Möglichkeiten, politischen wie moralischen, setzt einen zur Zukunft hin offenen Geschichtsprozess voraus. Wenn es vorab feststeht, dass es eine Zeit der großen Trübsal gibt, die auch noch akkurat dreieinhalb Jahre dauert, und dass in ihr vom Antichristen Millionenheere von Nord und Süd herangeführt werden, um Israel zu vernichten, dann führen diese – unfrei in ihrem Willen – nur das aus, was im Weltplan vorgesehen ist. Bei einem als determiniert vorgestellten Geschichtsablauf ist das nachfolgende Strafgericht für dieses Tun ein Widerspruch in sich selbst. Auch der Antisemitismus des Dritten Reiches ist dann eigentlich nur eine unabwendbare, ja vorgesehene Geburtswehe des messianischen Zeitalters.

Ein Geschichtsbild, das seine Hoffnungen auf eine bessere Welt ausschließlich auf den wiederkehrenden Jesus Christus setzt (dessen Wiederkehr also nicht als ein geistiger Vorgang, sondern als ein gleichsam politischer Vorgang gesehen wird), muss den diessseitigen Bemühungen um eine bessere Welt nicht nur skeptisch, sondern sogar ablehnend gegenüberstehen. Wir hatten schon gesehen, dass im **Zusammenschluss Europas „eine teuflische Maschinerie“** am Werke ist. Der Autor kann sich gar nicht genug tun, das teuflische Wesen dieses Vorganges bloßzulegen:

„Was wir heute miterleben, ist, dass das Reich des Antichristen erstellt wird, in das er nur noch einziehen muß ... Europa in der Form der EU wird sich unheimlich ausdehnen. Es wird das geschehen, was die Bibel in Daniel 7, 23 vom Wiedererstanden vierten Reich sagt: „... das wird ganz anders sein als alle Königreiche; es wird alle Länder fressen, zertreten und zermalmen.“



N. Lieth: Zukunftsaussichten. Perspektiven aus dem Daniel-Buch. 1996, Bd. II, S. 83, 153

Sind die Begriffe „fressen, zertreten, zermahlen ... , teuflische Maschinerie ... , Reich des Antichristen“ der europäischen Einigung angemessen? Ist diese nicht vielmehr als ein Gott wohlgefälliges Werk anzusehen, das „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ verwirklichen will, in dem die Abfolge leidvoller und blutiger Konflikte der europäischen Staatengeschichte überwunden wird? War der Antichrist als geistige Macht nicht viel mehr in der europäischen Vergangenheit am Werke?

Die Vision eines die Geschichte abschließenden und die Probleme der menschlichen Existenz überwindenden **messianischen Endreiches** ist unzweifelhaft eine faszinierende Idee, die auch moralische Energien zu erwecken vermag; aber sie ist auch **eine große Versuchung**. Sie immunisiert das moralische Bewusstsein gegenüber den Opfern, die dafür zu erbringen sind. Bei Lieth heißt es zu dem für die Zeit der großen Trübsal angekündigten Angriff aus dem Norden offenbar ganz ungerührt:

„Wahrscheinlich handelt es sich hier bei um die 200 Millionen Soldaten aus dem Fernen Osten (China, Pakistan, Indien usw.), die alle auf einmal über den ausgetrockneten Euphrat strom kommen und einen Krieg entfachen werden, durch den ein Drittel der Menschen, also etwa 1,8 Milliarden, sterben werden.“³⁰

Da aber auch ein Angriff auf Israel aus dem Süden erfolgen wird (Ägypten und die arabische Welt) und nach der Wiederkehr Christi im Strafgericht über die Völker diejenigen verdammt werden, die Israel entgegenstanden, geht dem Tausendjährigen Friedensreich ein ungeheuerliches Gemetzel, ein Blutbad ohne Gleichen voraus. Der Zweite Weltkrieg mit seinen 50 Millionen Toten war dagegen nur ein Vorpostengefecht.

Wandelt Jesus Christus nicht etwa über den Wassern vom See Genezareth, um zu uns zu kommen und uns in eine bessere Welt zu führen, sondern über einen Ozean von Blut? Ist die Wiederkehr Christi so denkbar und ist sie so wünschbar?

In dem uns entgegengetretenen **fundamentalistischen Weltbild** werden Bibelaussagen wörtlich genommen,

nicht hinterfragt, zugleich als unbezweifelbare Wahrheit angesehen; sie werden als moralische und politische Handlungsanweisungen verstanden und so in eine **politische Ideologie** verwandelt.

Bestimmungsmerkmale des religiösen Fundamentalismus:

- *wortgetreues Schriftverständnis und Zurückweisung historisierender/relativierender Deutungen*
- *ausschließlicher Wahrheitsanspruch für die aus dem Schriftverständnis gewonnene Erklärung der Welt*
- *Verurteilung bestehender Weltzustände als Gott-fern oder Gott-los*
- *Auftragsbewusstsein für die Verwirklichung einer von Gott gewollten (antipluralistischen) Weltordnung (historisches Sinnwissen als Handlungsanweisung)*
- *Auserwähltheitsbewusstsein als im Einklang mit Gottes Willen Handelnde*

Hieraus müssen sich gravierende Konsequenzen für die Wahrnehmung des Nahost-Konfliktes ergeben. Zunächst und vorab: Wenn eine der beiden Konfliktparteien den Willen Gottes repräsentiert, mit ihr als Aktionszentrum das Gottesreich auf Erden verbunden ist, dann stehen sich im Nahost-Konflikt höchst ungleiche Rechtspositionen gegenüber, die einen Friedenskompromiss im Sinne eines Ausgleiches widerstreitender, aber in sich legitimer Rechtsansprüche ausschließen. Es stehen sich nicht Recht und Recht, sondern Recht und Unrecht gegenüber. Ein territorialer Kompromiss ist damit ausgeschlossen; er wäre direkt gegen Gottes Willen gerichtet:

„Das Land ist eine Gabe Gottes an Sein Volk und darum eigentlich unverkäuflich! Auch nicht gegen einen sogenannten ‚Frieden‘ mit den arabischen Nachbarn ... Israel kann aber mit dem Land Gottes keinen Handel treiben. Gott, der Eigentümer, lässt das doch nicht zu! Die jüdischen Menschen sind lediglich Pächter, Besitzer, aber keine Eigentümer! ...

Die Araber müssen lernen, dass Gott mit Israel ist und nicht auf der Seite der Feinde Israels steht ...“³¹

In der Tat ist evident: Wenn Gott persönlich der Eigentümer des strittigen, des Heiligen Landes ist und Israel nur der von ihm auserwählte Pächter, dann sind territoriale Kompromisse illegal und illegitim, und dann sind die Palästinenser die eigentlich Fremden im Heiligen Land, Illegitime, auch wenn sie seit mehr als tausend Jahren dort leben. Sie werden entsprechend in „Christen für Israel“ als „Imperialisten“ oder sogar als „Kolonialisten“ bezeichnet.

Das Konfliktpotential wird nun aber nicht nur durch die Sakralisierung des Besitzrechtes gewaltig gesteigert, sondern dadurch sachlich und historisch-politisch ins Unendliche verlängert, dass **Gottes Landverheißung an Israel** weit über den derzeitigen Besitzstand hinausgeht. In einem retrospektiven Blick auf das Königreich Davids heißt es bei Vogel:

„Es ist auch hochinteressant zu sehen, dass das Königreich Davids exakt dieselbe Größe hatte, wie die Größe Israels im 1000jährigen Reich haben wird! Das Herrschaftsgebiet reicht vom Strom Euphrat bis zur Grenze Ägyptens, dabei sind der Libanon, Syrien, Jordanien, der Gazastreifen und ein Stück Ägyptens.“³²

Wenn das Herrschaftsgebiet Israels im messianischen Endreich diesen Umfang haben soll und haben wird, dann ist es heilsgeschichtlich sinnwidrig, den derzeitigen Besitzstand bis zum Jordan auch nur ansatzweise in Frage stellen zu lassen und palästinensische Souveränität in der Westbank und im Gaza-Streifen und Teilsouveränität in Jerusalem zuzugestehen:

„Abschied vom Westjordanland gegen den Willen Gottes“ ...

„Das verheißene Land muss israelisch bleiben!

Wir sprechen Israel das Recht zu auf das ganze verheißene Land. Wenn wir dies nicht tun, machen wir Gott zum Lügner seiner Verheißungen, sind gegen den gottgewollten Zionismus.“ ...

„Doch alle, die Israel wegen seiner Siedlungspolitik kritisieren, kritisieren den lebendigen und wahren Gott Israels (2. Mose 5,1), den Vater Jesu

Christi (2. Korinther 1,3). Sie widersprechen seinem Willen und damit Gottes Recht ... Die israelische Siedlungspolitik muss deshalb in Zukunft ‚oberste nationale Priorität‘ haben. Dies ist bibelgemäß und steht eindeutig im Einklang mit Gottes Willen und Recht. Deshalb muss sie auch unser aller Unterstützung als Christen und Israelfreunde finden. Wer jedoch dagegen ist, ist gegen Gott, gegen seinen erklärten Willen, gegen die Bibel. Der ist kein Christ. Der Teufel als Gegenspieler Gottes und seine ‚Hilfstruppen‘ aus Atheisten, Arabern, Moslems, sozialistischen und gottlosen Israelis und ‚Christen‘ werden deshalb alles tun, um Gottes endgeschichtlichen Willen und Plan mit Israel zu verhindern.“³³

Das zuletzt angeführte Zitat macht deutlich, dass nicht nur Front bezogen wird (und werden muss) gegen palästinensische Besitzansprüche, sondern auch gegen israelische Politiker, die Kompromisse anstreuen: **„Sozialistische und gottlose Israelis“** sind **Hilfstruppen des Teufels**. Insbesondere Rabin und Peres stehen im Zentrum der Kritik. Von „ihrem gefährlichen Ausverkauf der biblischen Heimat“ ist die Rede, davon, dass sie „gegen den in der Bibel erklärten Willen Gottes handeln“. Sie erweisen sich damit als „Gott-los“³⁴ (vgl. S. 32).

Yitzhak Rabin, der Träger des Friedensnobelpreises, als gott-loser Landverkäufer ohne Geschichtsbewußtsein: der Pfeil unter dem Porträt signalisiert die Abgewandtheit von Gott; umgekehrt Menachim Begin, der fromme Politiker, für den jeder Zoll Boden in Israel heiliges Vermächtnis Gottes an Israel war. Und den amtierenden Barak trifft wieder das Vernichtungsurteil, weil er „durch einen weiteren Ausverkauf der biblischen Heimat des jüdischen Volkes ... den Friedensprozess im Sinne Rabins“ fortsetzen will.

Die heilsgeschichtliche Erwartungshaltung konzentriert sich auf das Heilige Land, die Stadt **Jerusalem** und hier insbesondere auf den **Tempelberg**. Mit dem Erscheinen des Messias – der Wiederkehr Christi – wird der Neubau des jüdischen Tempels verbunden. Heißt es bei Vogel noch vorsichtig und verschleiert: „Wie wird es denn aussehen im 1000jährigen Königreich? – Gott wird Sein Heiligtum aufrichten und bei

ihnen wohnen“, so wird in der Zeitschrift „Christen für Israel“ unter der Überschrift „Jerusalem vor dem großen Erdbeben“ die Hoffnung geäußert, „dass durch ein erneutes Beben auf ganz unpolitische Weise bald der verhasste heidnische ‚Schandfleck Jerusalems‘, der Felsendom mit der Al Aqsa-Moschee, zerstört wird und an alter biblischer Stätte auf dem Tempelberg endlich der Tempel wieder aufgebaut wird. Damit der Messias kommen kann.“³⁵

Drängt sich da nicht vielleicht der Gedanke auf, dem Willen Gottes mit Dynamit zu Hilfe zu kommen? Die beiden Gotteshäuser auf dem Tempelberg in ihrer erhabenen Schönheit ein „Schandfleck“! Von welcher Besessenheit muss ein Bewusstsein beherrscht sein, das eine solche Aussage trifft? Liegt die Schande nicht vielmehr in der Aussage selbst und fällt sie damit nicht auf den Sprecher zurück?

Wenn die beiden großen **Moscheen auf dem Tempelberg** als **„heidnischer Schandfleck“**, auch als „ständige Provokation“ für Gott wie für Juden und Christen bezeichnet werden, dann ist das Ausdruck dafür, dass der religionsgeschichtliche Zusammenhang der drei monotheistischen Weltreligionen zerrissen wird, die Moslems aus diesem verdrängt, andererseits Juden und Christen eng zusammengerückt werden. Die Vorstellung von Geschichte als Heilsgeschichte, die mit den Juden als Gottesvolk verbunden ist und die in einem Groß-Israel das Herrschaftszentrum des messianischen Endreiches sieht, über den wiederkehrenden Jesus von Nazareth als Messias von Christen und künftig auch von Juden beide zu dem neuen Gottesvolk macht, nötigt unabwendbar dazu, den Islam als eine weitere Ausformung der abrahamitischen Glaubenstradition (Abrahamsmoschee in Hebron!) religiös zu delegitimieren und verächtlich zu machen. Unter der Überschrift „Hier irrt der Bundespräsident“ wird Johannes Rau scharf kritisiert ob seiner Aussage in einem Interview: „Christen, Juden und Muslime reden von einem Gott aus unterschiedlicher Perspektive ... Talmud, Koran und Bibel haben eine gemeinsame Botschaft.“ Ihm wird entgegengehalten: „Zwar ist der Gott der Juden durch Jesus Christus auch der Gott der Christen, aber mit Allah hat dieser Gott nichts zu tun. Auch Talmud, Bibel und Koran ent-

halten keine gemeinsame Botschaft ... Wer sie gleichstellt, ist ein Irrlehrer.“³⁶ Noch schärfer wird an anderer Stelle formuliert:

*„Moslems und Christen: Keine Gemeinsamkeiten!
Wir wissen uns im Glauben an den einen Gott miteinander verbunden!
So grüßen bei uns immer mehr christliche Kirchenführer die Moslems und islamische Geistliche (Imame) die Christen. Gleichzeitig fordern sie den verstärkten und ‚multi-religiösen Dialog aller monotheistischen Religionen‘. Doch wer behauptet, Juden, Christen und Moslems hätten doch alle nur ein und denselben Gott, ist ein Irrlehrer. Während es zwischen Juden und Christen große Gemeinsamkeiten gibt, trifft dies zwischen Christen und Moslems nicht zu. Der Gott des Islam, Allah, ist nicht der Gott der Bibel, nicht der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, nicht der Gott der Christen, sondern einer von 92 Wüstengeistern aus der arabischen Mythologie. Allah ist somit überhaupt kein Gott.“³⁷*

Die hierin zum Ausdruck kommende Haltung gegenüber dem Islam ist eine neue Form der mittelalterlichen Kreuzzugsideologie und eine vollkommene Missachtung und Verdrehung der tatsächlichen religiösen, auch der sozialen und politischen Beziehungsgeschichte. Die „Dhimmi“ (Christen und Juden als „Schutzbefohlene“) haben eine andere Wirklichkeit erlebt, als hier suggeriert wird. Es liegt auf der Hand, dass das Attentat islamistischer Täter auf das New Yorker Welthandelszentrum im September des vergangenen Jahres die Anti-Haltung des christlichen Fundamentalismus gegenüber dem Islam noch gewaltig gesteigert hat und als Bestätigung der eigenen Weltsicht angesehen wird. Ein Falblatt von „Christen für Israel“ – „Im Blickpunkt 19“, 2001 – bringt das zum Ausdruck. Die Überschriften lauten:

*„Islamischer Terror bedroht Israel, die Christen und die westliche Welt“ (es heißt nicht „islamistischer“ Terror!)
„Eine Mrd. Moslems gegen die ‚Ungläubigen‘ – Das Unheil kommt vom Islam“
„Gefahr Nr. 1 für Israel und Europa
Das Damoklesschwert des Islam“
„Der Koran: Tötet im Namen Allahs!“
„Moslems und Christen: Keine Gemeinsamkeiten!“*

REGIEREN mit oder ohne GOTT?

Seit der Gründung des neuen jüdischen Staates im Jahre 1948 haben sehr unterschiedliche Politiker Israel regiert. Mal mit Gott. Mal ohne Gott. Oder gegen Gott. Es waren Fromme und Nichtreligiöse. Zionisten und Sozialisten. Solche, die nach Gott fragten und nach seinem Willen zu handeln versuchten. Und solche, für die weder Gott noch die Bibel oder das jüdische Religionsgesetz (Halacha) von Bedeutung waren. Und die weder eine religiöse Bindung zum Judentum noch ein jüdisches Geschichtsbewusstsein hatten. Nach dem Willen Gottes sollen die Politiker Israels »redliche Leute« sein, und das Volk verantwortungsbewusst führen und Schaden von ihm und seinem Land abwenden (2. Mose 18, 25 u. a.). Doch viele von ihnen wollten »das Recht des Herrn nicht wissen« (Jeremia 8, 7) und sind angetreten, um ihre Macht auszuüben und finanzielle Pfründe zu sichern. Ohne nach Gott und dem Wohl des Volkes zu fragen. Sie wurden so zu »blinden Blindenleitern« (Matthäus 15, 14), die zudem noch untereinander heillos zerstritten sind. So dass die Menschen in Israel wie Schafe ohne Hirten sind, was schon Jesus zu seiner Zeit beklagte (Matthäus 9, 36). Israels Politiker wären deshalb, gut beraten, nicht ohne oder gegen Gott zu regieren, sondern mit Gott. Denn auch heute gilt die Warnung des Propheten Hosea: »Israel, du bringst dich ins Unglück. Denn dein Heil ist allein bei mir« (13, 9). Und den Regierenden in Israel gilt die Zusage: »Wenn ihr dem Herrn, eurem Gott, gehorcht und alle seine Gebote halten werdet, wird er euch reich segnen und euch zum bedeutendsten aller Völker machen« (5. Mose 28, 1). Nur wenn Israel nach Gott fragt und nach der Ethik der Bibel Gerechtigkeit übt, wird es im Verheißenen Land am Leben bleiben. Auf dieser Doppelseite wollen wir an einige bedeutende israelische Politiker erinnern, die Schlagzeilen machten bzw. machen. Positive oder negative.



MENACHEM BEGIN – ein charismatischer Führer Israels

Er war ein frommer Politiker, der immer wieder die biblische Prophetie zitierte, ohne religiös fanatisch zu sein. Sein Bekenntnis: »Ich glaube von ganzem Herzen an die göttliche Führung.« Auch er war ein glühender Verfechter des biblischen Zionismus: »Jeder Zoll Boden in Israel ist heiliges Land der Verheißung. Darum haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, innerhalb der biblischen Grenzen zu siedeln.«

Der zierliche, aber mutige Mann machte Jerusalem zur Hauptstadt Israels. Während seiner Regierungszeit wurde mit Hinweis auf Psalm 122 das »Jerusalem-Gesetz« beschlossen, das »ganz Jerusalem zur ungeteilten und ewigen Hauptstadt Israels« erklärte. Folge: Fast alle Staaten schlossen ihre Botschaften in Jerusalem. Dafür eröffnete aber im selben Jahr die Internationale Christliche Botschaft ihre Pforten in der israelischen Hauptstadt. Begin: »Nun stehen Millionen von Christen auf unserer Seite (...) Hätte ich Jerusalem wieder aufgegeben, wäre dies ein Verrat an unserem ewigen Glauben gewesen! Die Krönung seiner Politik: Nach 30 Jahren Kriegszustand schloss er 1980 Frieden mit Ägypten und gab die Sinai-Halbinsel, die nie zum Verheißenen Land gehörte, zurück. Dafür bekam er – zusammen mit Sadat – den Friedensnobelpreis.



JITZHAK RABIN – der Landverkäufer ohne Geschichtsbewusstsein

Er war nicht fromm, sondern god-los. Für ihn spielte die Bibel und das jüdische Religionsgesetz nie eine Rolle. Vom religiösen Judentum hielt er nichts. Auch ein jüdisches historisches Bewusstsein hatte er nicht. Juden, die in ihrer alten biblischen Heimat Judäa und Samaria oder auf dem Golan leben wollten, waren für ihn »Verrückte« und »religiöse Spinner, die von einem Groß-Israel träumen! Er hatte nur ein Ziel: Land für Frieden! Darum schloss er mit Arafat das Autonomieabkommen von Oslo. Er übergab Jericho, Bethlehem, den Gaza-Streifen und Hunderte von arabischen Ortschaften im Westjordanland den Palästinensern. Gleichzeitig schloss er mit König Hussein von Jordanien Frieden. Dafür bekam er den Friedensnobelpreis. Doch jüdische Gegner zeigten ihn auf Plakaten im Arafat-Look. Rabbiner bezeichneten ihn als »Verrückter«. Schließlich mußte er wegen seiner »Friedenspolitik« mit dem Leben bezahlen. Die Kugeln eines religiösen jüdischen Attentäters töteten ihn.



EHUD BARAK – der Hochgelobte vor dem Aus

Der ehemalige Generalstabschef ging in die Politik. Als Oppositionsführer der Arbeiterpartei (heute: Ein Israel) trat er gegen Benjamin Netanjahu an – und siegte! 56 Prozent der Wähler votierten für ihn. Das kam einem »politischen Erdbeben« gleich. Seinen Sieg verdankte er vor allem den Einwanderern aus den GUS-Staaten.

Doch er und seine Partei sind sozialistisch und links. Bibel, Religion und historisches jüdisches Geschichtsbewusstsein haben für ihn so gut wie keine Bedeutung: »Israel soll ein Volk sein wie jedes andere.« Sein politisches Ziel: Fortsetzung des Friedensprozesses im Sinne Rabins durch einen weiteren Ausverkauf der biblischen Heimat des jüdischen Volkes. Bereits weitere 13 Prozent des Westjordanlandes trat er an Arafat ab. Auch die Golanhöhen wollte er für einen (hagwürdigen) Frieden mit Syrien räumen. Doch er wurde gestoppt: Am 13. 12. 1999 demonstrierten 10.000 Israelis gegen ihn vor der Knesset, am 9. 1. 2000 mehr als 300.000 in

Teil Aviv. Kürzlich wollte er drei arabische Vororte bei Jerusalem der PLO-Autonomie überlassen. Doch auch dies wurde noch rechtzeitig verhindert. Einst stimmten 80 Prozent der Israelis für Barak. Nach einer neueren Gallup-Umfrage sind es nur noch 42,5 Prozent. Dagegen für Netanjahu (!) 42,4 Prozent. Barak (hebr. »Blitz«), bekannt für seine schnellen und einsamen Entscheidungen, war bei seiner Wahl angetreten, der »Ministerpräsident aller Israelis« zu sein. Er wollte die zerrissene und zerstriffene Nation versöhnen. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten – in nur einem Jahr! Der anfangs im Ausland hochgelobte Regierungschef erhält bereits Morddrohungen von seinen eigenen Landsleuten und trägt seitdem eine kugelsichere Weste. Nun steht Baraks Regierung kurz vor dem Aus. Er hat im Parlament keine Mehrheit mehr. Auch die Gunst der westlichen Politiker und der Medien hat er verloren.

In einem Brief an den Ratsvorsitzenden der EKD heißt es:

„Zwischen Christentum und Islam kann es keinen Frieden geben. Der Islam ist zutiefst anti-christlich und anti-jüdisch. Darum können wir den Islam auch nicht tolerieren.“³⁸

Der Anti-Islamismus geht so weit und ist so realitätsblind, dass sogar der nationalsozialistische Judenmord ursächlich auf den Islam zurückgeführt wird. Im jüngsten Heft der „Nachrichten aus Israel“ heißt es im Editorial:

„Die Muslime sehen in der Herrschaft des Islam über die ganze Erde das Heil für die Welt. Um dieses Ziel zu erreichen, sind ihnen alle Mittel recht, zumal es doch ein ‚göttliches‘ Ziel ist. Als 1942 Haj Amin al Husseini, der ehemalige Großmufti von Jerusalem, der übrigens ein Verwandter Arafats war, Hitler in Berlin besuchte, wandten sie sich auch über Radio Berlin an die Öffentlichkeit. Dabei schrie Husseini: ‚Tötet die Juden; tötet sie mit euren Händen und mit euren Zähnen; das ist Allah wohlgefällig.‘ Bezeichnenderweise haben die Nazis erst 1942, nach der Kontaktaufnahme mit Husseini, die systematische Vernichtung der Juden beschlossen.“³⁹

Die angebliche Verwandtschaft Arafats mit Husseini suggeriert dem Leser, dass auch er das Vernichtungsprogramm verfolgt.

Von gleichen Überzeugungen wird auch die politische Haltung der „**Partei Bibeltreuer Christen**“ bestimmt. Das wird deutlich in einem Aufsatz in ihrer Zeitschrift „Salz und Licht“, der den Titel trägt: „Christen wacht auf! Jesus oder Muhammad? Islam oder Christentum?“ Allah wird hier als einer von 360 Wüstengeistern entlarvt und der Islam als antichristliche Religion verdammt und damit zum Untergang verurteilt: „Schlussendlich wird der lebendige Gott auch die dämonische Macht des Islam brechen!“ In einem Brief an Außenminister Fischer wird vor der Verkennung der Wirklichkeit gewarnt: „Die islamische Welt wird alles versuchen, um den jüdischen Staat zu vernichten.“ Aber: „Gott wird Israel beschützen.“ Damit werde auch das Schicksal deutscher Soldaten in einer eventuellen „Friedenstruppe“ besiegelt sein:

„Alle Soldaten der Staaten, die sich an diesem Kriegszug (!) gegen Israel beteiligen, werden ihre Heimat und Familie nie wiedersehen.“⁴⁰

Indem Allah zum Wüstengeist gemacht wird, verwandelt sich der **Konflikt um Palästina** in einen **Kampf zwischen Gott und dem Teufel** und ist die arabische Haltung gegenüber Israel „eine der hartnäckigsten und tödlichen Formen der Auflehnung gegen den heiligen Gott und seinen erklärten Willen ... Gott lässt sich diese Schmähung aber auf die Dauer nicht bieten ... Eines Tages wird er mit den Feinden Israels, die auch seine Feinde sind, schrecklich abrechnen.“⁴¹

Analog heißt es in den „Nachrichten aus Israel“:

„Die Entlarvung des wahren Feindes Israels. Der große Gegner der Heilsgeschichte Gottes ist Satan. Er will die Wiedereinsetzung Israels und das Kommen des messianischen Reiches unter allen Umständen verhindern. Gott will heilen und retten. Satan will verletzen und vernichten ... Satan, der letzten Endes hinter dem Islam und den Arabern steht, gibt noch immer nicht auf; doch schließlich wird der Kampf um Israel zu seiner größten Niederlage werden und zum Sieg für die gerechte Sache Gottes und Seines Reiches ... Darum wollen wir ganz auf Seiner Seite und auf der Seite Israels stehen.“⁴²

Wie dies geschehen kann, wird von einem fundamentalistischen Autor, einem Pfarrer, an einem historischen Beispiel vor Augen geführt. Der Beitrag steht unter dem Titel „Der kompromisslose Kampf gegen den Feind Gottes“. Es geht um den Konflikt zwischen den Amalekitern und Israel in antiker Zeit. Gott habe Saul, dem ersten König Israels, den Auftrag gegeben, die Israel bedrängenden Amalekiter auszurotten. „Dieser Befehl zeigt, dass Gott beim Kampf gegen die Feinde Seines Volkes keine Kompromisse duldet ... Gott befahl nicht ohne Grund die Vernichtung dieses Volkes.“ Aber Saul ließ schließlich doch Milde walten. „Saul handelt auf eine Weise, die man zwar in der heutigen Zeit als äußerst human und positiv werten würde, die aber in den Augen Gottes nicht akzeptabel ist ... Sauls kompromissbereites Handeln gegenüber Amalek hatte nicht nur für ihn selbst weitreichende Folgen

... Er wurde nicht nur von Gott als König über das Volk Israel verstoßen, sondern der Geist Gottes wich von ihm.“ Welche Auswirkungen sieht der Autor?

„Seine Kompromissbereitschaft gegenüber Amalek führte auch dazu, dass der Geist, der hinter diesem Volk stand, bis in unsere Zeit weiter besteht und vor allem im Islam zur Entfaltung gekommen ist. Deshalb zeigt uns der Bericht über den Ungehorsam von König Saul in aller Deutlichkeit die ganze Tragik eines solchen Fehlverhaltens, aber auch die Notwendigkeit eines kompromisslosen Kampfes gegen den Feind Gottes.“⁴³

Folgerungen für die Gegenwart drängen sich auf. Wird es genügen – wie es die Moledet-Partei in Israel als Programm verkündet – die Palästinenser zu vertreiben? Oder ist das nicht vielmehr eine unangebrachte Saul-sche Milde? Sind nicht – wenn der Geist Amaleks im Islam lebendig geblieben ist – viel schärfere Maßnahmen nötig? Wird Gott nicht eines Tages den Auftrag an Saul erneuern? Gott duldet doch „beim Kampf gegen die Feinde Seines Volkes keine Kompromisse“!

Das heilsgeschichtliche Denkgebäude steht mit seinem dichotomischen Weltbild jeder friedlichen Lösung des Nahost-Konfliktes wie ein gewaltiger erratischer Block im Wege. An ihm Politik auszurichten, würde den Konflikt nicht nur in die ferne Zukunft verlängern, sondern ihn auch in unerhörtem Maße vertiefen und Katakomben von Menschen den Tod bringen. An ihm Politik auszurichten, nötigt unabwendbar dazu, alle sittlichen Werte auf die Verwirklichung des Weltheilsplanes zu relativieren, so dass im äußersten Fall auch die **Liquidierung der dem Heilsplan Entgegenstehenden** zu einer **sittlichen Tat** wird, bei der man sich mit Gottes Willen ineins weisst. Dieses gilt nicht nur gegenüber dem „Feind“, der das absolut Böse verkörpert und ein Werkzeug des Teufels ist, sondern auch gegenüber dem „Freund“ im eigenen Lager, der wie einst Saul versagt und sich durch die Suche nach friedlichen Kompromissen der Verwirklichung des Heilsplanes und damit Gottes Willen entgegenstellt, so zum Verräter wird. Bei Vogel heißt es:

„Im Oktober 1994 bekamen die drei Friedensmacher des Nahen Ostens Rabin, Arafat und Peres den Friedensnobelpreis ausgehändigt. Am 26. Oktober 1995, kurz vor der Ermordung Rabins, kam noch ein Frieden mit Jordanien zustande – natürlich auch mit Landabgabe an den einstigen Feind Jordanien. Doch beim großen Friedensappell in Tel Aviv wurde Rabin erschossen. Gott hatte eingegriffen, bevor Rabin Monate später seine Hand an Jerusalem legen können! Jerusalem kann nicht verkauft werden gegen Frieden!“

Rabins Tod ist also das Werk Gottes, und der Täter, Yigal Amin, ist nicht Mörder, sondern nur Scharfrichter, der ein **Gottesurteil** vollstreckt hat. Rabin verlor sein Amt wie seinerzeit Saul wegen der Gottesferne seiner Politik. Der Text legitimiert aber nicht nur die Ermordung Rabins als Eingriff Gottes, sondern auch die Bluttat Baruch Goldsteins in der Abrahamsmoschee von Hebron, denn es heißt in ihm weiter:

„Schon ein Jahr vor seiner Ermordung hätte Rabin wach werden müssen, als Baruch Goldstein in Hebron über dreißig Menschen mit der Maschinenpistole erschoss. Aber er sagte nur: ‚Euer verfluchter Messianismus hat das fertig gebracht.‘ Ein Jahr später nahm ihn Gott durch die Kugel einer gleichen Maschinenpistole von seiner politischen Verantwortung weg.“⁴⁴

Dass Gott Rabin „durch die Kugel einer gleichen Maschinenpistole“ aus der politischen Verantwortung nahm, macht deutlich, dass Gott auch bei Goldstein die Hand am Abzug hatte und Goldstein nur der Finger war.

Solidarität mit Israel ist auch das Fundament in der Haltung der Amtskirchen zum Nahostkonflikt. Aber diese Solidarität gilt nicht einschränkend wie bei den fundamentalistischen Gruppen. Eine religiöse Überhöhung von Politik in deren Zielsetzungen, Rechtfertigungen, Ansprüchen und Vorgehensweisen wird für alle am Konflikt Beteiligten entschieden zurückgewiesen. In einem Grundsatzpapier der Evangelischen Mittelost-Kommission, das sich der Rat der EKD zu eigen gemacht hat, heißt es in kritischer Distanz zur Haltung

der drei monotheistischen Religionen zueinander:

„Jede der drei Religionen hat sich in Geschichte und jüngster Vergangenheit religiösen Fanatismus, Hass gegen Andersdenkende, Verquickung von Macht und Religion, Schaffung und Sicherung von Vorteilen sowie Übervorteilung und Diskriminierung der anderen zuschulden kommen lassen.“

Im Blick auf die Politik im Nahostkonflikt werden abgewogene Normen gesetzt, wird auch eine deutliche Grenze zu christlichen Fundamentalisten – hier „christliche Zionisten“ genannt – gezogen, werden die aus einer „religiösen Überhöhung des Staates Israel“ erwachsenden Gefahren für einen friedlichen Interessenausgleich hervorgehoben:

„Alle Staaten ... haben die ethische Funktion, das Leben in Gemeinschaft zu schützen. ... Dies gilt für den Staat Israel in derselben Weise, wie es für alle anderen Staaten – auch einen möglichen Staat Palästina – Gültigkeit hat.“

Nach dem Zeugnis der Schrift dient die Gabe des Landes, dessen Mittelpunkt der Zion ist, dem Zweck, Frieden und Gerechtigkeit für Israel und die Völker zu erreichen (vgl. Mi 4; Jes 2). Nach seiner Gründungsurkunde will sich der Staat Israel an diesem prophetischen Erbe messen lassen. Eine Verabsolutierung des Landes, die von nationalreligiösen Kräften in Israel, aber auch von manchen christlichen Zionisten betrieben wird, widerspricht dem Geist der Propheten Israels. Eine religiöse Überhöhung des Staates Israel ist theologisch unzulässig und gefährdet die Bemühungen um einen friedlichen Interessenausgleich zwischen den Bürgern des Staates Israel und seinen arabischen Nachbarn.“

Die Gefahren religiöser Ideologisierung von Politik werden für so gravierend gehalten, dass gefragt wird:

„Wäre es angesichts der Gefahr missbräuchlicher Benutzung biblischer Texte für die eigenen Interessen nicht besser, auf jede theologische Deutung der Rückkehr der Juden ins Land und der Gründung eines Staates, der den Namen Israel trägt, zu verzichten?“

Auch die katholische Kirche bekennt sich uneingeschränkt zum Existenzrecht Israels. Ausdruck dafür ist u.a. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und dem Staat Israel im Jahre 1994. In seiner Ansprache an den ersten israelischen Botschafter im Vatikan würdigte Papst Johannes Paul II. den derzeitigen Friedensprozess und rief dazu auf, ihn entschlossen voranzutreiben. Er hob die besondere Bedeutung der Stadt Jerusalem für alle drei monotheistischen Religionen hervor und forderte eine Lösung, die „dem einmaligen und heiligen Charakter dieser heiligen Stadt“ als einem „Symbol des Friedens“ gerecht werde. Unsere Gegenwart ist von der hoffnungsvollen Perspektive des Jahres 1994 weit entfernt. Gedrängt von der ununterbrochenen Abfolge sich wechselseitig bedingter Gewaltakte rief der Papst am 11. August in einem dramatischen Appell dazu auf, das „humanitäre Drama“ abzubrechen und zu ehrlichen Verhandlungen zurückzukehren: „Wann wird man endlich begreifen, dass das Zusammenleben zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk nicht aus Waffengewalt entstehen kann?“ Weder Attentate noch Trennungsmauern noch Repressalien könnten zu einer gerechten Lösung führen. Auch wenn der christliche Fundamentalismus nicht direkt angesprochen wird, ist die Distanz zu ihm wie bei der EKD überdeutlich.⁴⁵

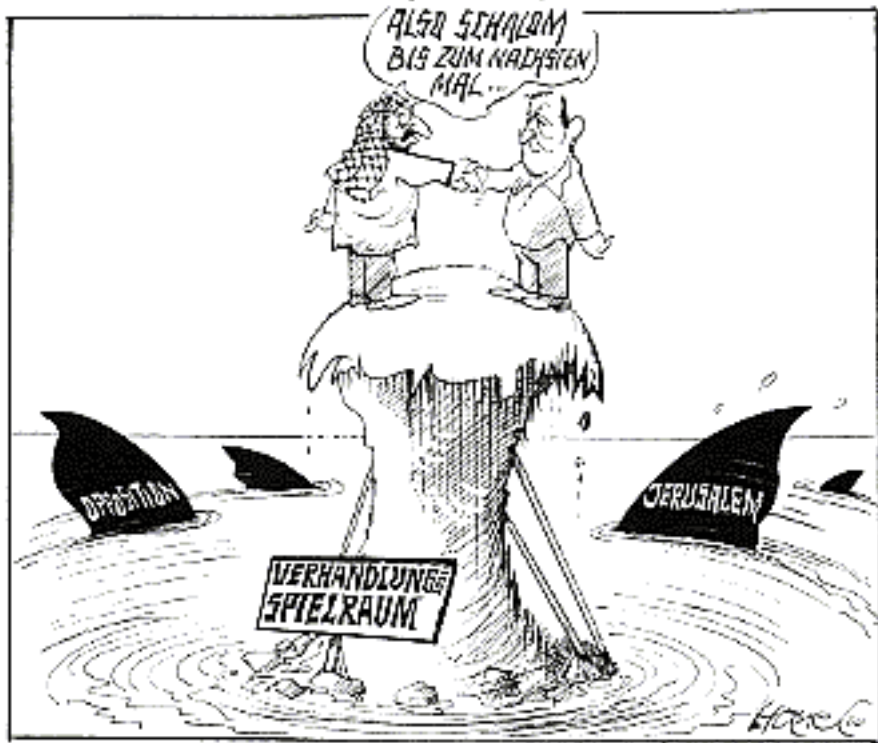
13. Die Gegenwart des Nahost-Problems

Rückblickend und zusammenfassend ergibt sich: Der christliche und der nahöstliche – jüdische wie islamische – Fundamentalismus stehen in engem Einklang miteinander. Sie haben prinzipiell gleiche Wahrnehmungsperspektiven, Normsetzungen und Handlungsmuster. Sie sind so angefüllt mit messianischen Zukunftserwartungen, dass ihnen eine realistische Wahrnehmung der Gegenwart verbaut ist (in ihrer Perspektive würde dieses Urteil genau umgekehrt lauten). Politik in Endzeitperspektive, Politik als Exekutive eines konkret bestimmbareren göttlichen Willens bedingt einen Wertradikalismus, dem sich alles unterzuordnen hat. Der Extremismus sieht sich dabei selbst als Heiligengestalt. Insofern verknüpfen sich im Nahost-Konflikt

zwei oder gar drei ganz unterschiedliche Kriege miteinander:

- Es geht für die einen um die Selbstbehauptung des **Staates Israel** gegenüber einem islamistischen Fundamentalismus, der das Land Palästina als „**Waqf**“, als unveräußerliche religiöse Stiftung Allahs ansieht und es von der „Schändung“ befreien will.
- Es geht für die anderen um die Verwirklichung von **Eretz Israel** als Voraussetzung des messianischen Endzeitalters gegenüber einer palästinensischen Nationalbewegung, die einen **Nationalstaat Palästina** neben Israel errichten will.
- Es geht zum dritten um die territoriale Abgrenzung des bestehenden **Staates Israel** gegenüber dem zu errichtenden **Staat Palästina** in den Grenzen der ehemaligen Mandatsgebiete.

Lässt der zuletzt genannte Krieg einen territorialen Kompromiss zu, so schließen die beiden anderen einen solchen aus. Die Stärke des Fundamentalismus in beiden Konfliktparteien belässt den jeweils politisch



FAZ 28. 7. 2000

Barak hatte am Ende seiner Amtszeit keine Mehrheit in der Knesset; entsprechend eng war sein Verhandlungsspielraum.

Verantwortlichen im Blick auf einen Ausgleich nur einen sehr engen Handlungsspielraum; sie sind alles andere als frei und souverän in ihren Entscheidungen – selbst innerhalb ihrer jeweiligen „Koalition“.

gerung, einer Untersuchungskommission der UNO Zugang zum zerstörten palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin zu gewähren – eine schwere Brückierung der UNO, jener Institution, der Israel seine Existenz verdankt. Wenn – wie behauptet – das Vorgehen der Armee untadelig war, bestand kein Grund, die Untersuchung zu verhindern. Im Gegenteil! Zugleich wird Saddam Hussein die Möglichkeit eröffnet, sich auf das Verhalten Israels zu berufen, wenn er UNO-Beobachtern den Zugang zum Irak verweigert.

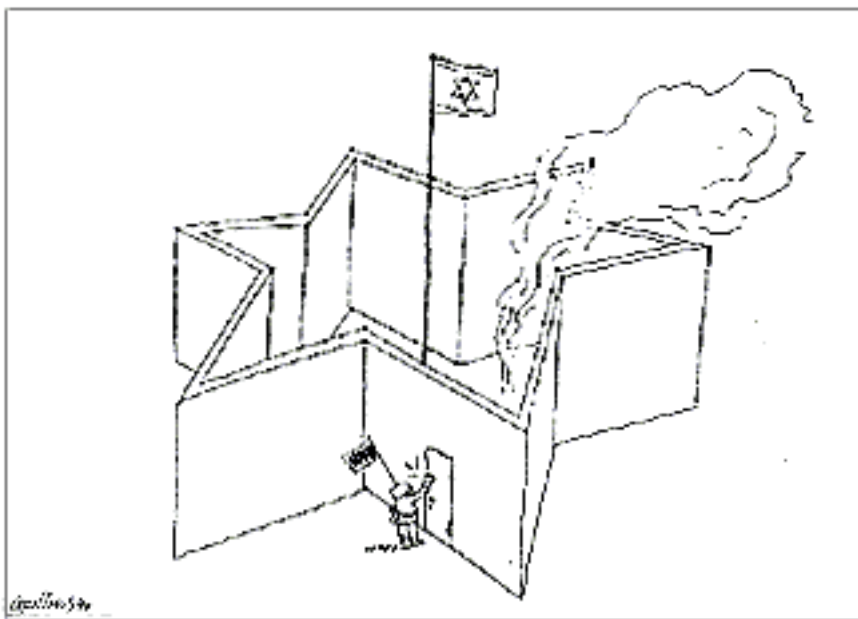
Galt dieses schon für die Zeit des Osloer Friedensprozesses, so noch mehr für die Gegenwart, die den Konflikt durch **terroristische Anschläge** – allein im März 2002 sind durch sie mehr als 120 Israelis umgebracht worden – und durch die militärische Besetzung der A-Zone durch die israelische Armee in der „**Operation Schutzwall**“ ab Ende März 2002 unendlich vertieft hat. Bis zu diesem Zeitpunkt waren von Beginn der Al Aqsa Intifada mehr als 1200 Palästinenser erschossen worden. Die „Operation Schutzwall“ hat weiteren vielen Palästinensern den Tod gebracht. Dass die internationale Presse von der israelischen Regierung aus den besetzten Gebieten ausgeschlossen wurde, dass selbst der Vorsitzenden der UNO-Menschenrechtskommission der Zugang verwehrt wurde, macht deutlich, dass sich die angestrebte Zerstörung der Infrastruktur des Terrors nicht an Menschenrechtsnormen binden, vielmehr unbeobachtet bleiben wollte. Auf der gleichen Ebene liegt Israels Wei-

Eine entschlossene, auch militante Antwort auf die Serie palästinensischer Attentate vor allem im März 2002 war unvermeidbar. Kein Staat der Welt kann die permanente Terrorisierung seiner Bewohner hinnehmen. Aber auf der anderen Seite waren die militärischen Gegenschläge nicht minder erbarmungslos, suchten den vorangegangenen Anschlag an Härte zu übertreffen und standen oft außerhalb rechtsstaatlicher Normen: Man denke nur an die sog. „präventiven Liquidierungen“, zugleich auch daran, dass Israels Oberster Gerichtshof (der im September 1999 – erst zu diesem Zeitpunkt! – die Folter von Gefangenen verboten hatte) sich im Blick auf das präventive



Israel & Palästina, H. 4/92

Die Regierung Rabin: in der Koalition sind Parteien oder Gruppen in den Parteien vereint, die durchaus unterschiedliche Zielvorstellungen im Blick auf die Palästinenser verfolgen: nicht alle sind Tauben.



Es war nicht das erstmal, dass Israel einer Untersuchungskommission der UNO den Zugang verweigerte. Die Karikatur bezieht sich auf das Tempelberg-Massaker vom Oktober 1990

Töten gesuchter Personen für rechtlich nicht zuständig erklärt hat und dass ins Auge gefasst wird, den Familien von Selbstmordattentätern kollektive Strafen aufzuerlegen (u. a. Deportation). Dass mit der „Operation Schutzwall“ ein friedliches Miteinander herbeigezwungen werden kann, ist alles andere als wahrscheinlich. Der Anschlag vom 8. Mai, der 16 Menschen in den Tod riss und 57 verletzte, macht das deutlich. Ihm sind viele weitere gefolgt. Mit der Rücksichtslosigkeit der Gegenschläge wachsen neue Märtyrer heran; und wenn sie im nahöstlichen Kampffeld keinen Handlungsspielraum mehr haben sollten, werden sie ihn im internationalen Rahmen suchen und finden. Man denke an die zahlreiche Anschläge auf Synagogen in Frankreich und Belgien oder an den Anschlag auf die Synagoge von Djerba in Tunesien. Zu den Vorgängen in Frankreich schreibt die „Jüdische Allgemeine“ am 8. Mai 2002:

„Seit der jüngsten Verschärfung des Nahostkonfliktes kommen zunehmend Berichte aus zahlreichen europäischen Ländern über Aktivitäten, die gegen Juden gerichtet sind. Mit Abstand am gewalttätigsten geht es dabei in Frankreich zu. Synagogen werden, wie in einer Vorstadt von Lyon und in Marseille, angezündet. Brandsätze werden, wie vor den

Toren von Paris, in jüdische Schulen geworfen, Friedhöfe geschändet, einzelne jüdische Bürger überfallen. Seit Jahresbeginn registrierten die französischen Behörden mehr als dreihundert antisemitische Vorfälle, schon jetzt um fünfzig Prozent mehr als im gesamten Jahr 2001.“

Die Dominanz von Militärs in der israelischen Politik – von 1959-99 waren nicht weniger als 126 Minister ehemalige Generäle der israelischen Armee, so auch der derzeitige und der vorherige Regierungschef, Scharon und Barak⁴⁶ – hat dazu geführt, dass das Sicherheitsproblem vornehmlich in militärischen Kategorien bedacht wird. Scharon spricht – im Zeitalter von Raketen und ABC-Waffen! – von der Notwendigkeit „territorialer und strategischer Tiefe“, also von Ansprüchen auf territoriale Expansion um der Sicherheit Israels willen. Israel nimmt damit in Kauf, dass die Palästinenser (von denen die weitaus meisten so in Frieden leben wollen, wie es die Ägypter und Jordanier durch ihre Friedensverträge mit Israel bekundet haben) in die Arme von Fundamentalisten getrieben werden und dass Israel zugleich in der Weltöffentlichkeit zunehmend in Isolierung gerät. Die Massenproteste in vielen arabischen Staaten – am 2. April 2002 nahmen viele Hunderttausende Marokkaner

an einer Protestveranstaltung in Rabat teil: die größte Demonstration in der Geschichte Marokkos, und das in einem Staat, der Israel politisch durchaus wohlgesonnen ist –, die Bekundung der Solidarität mit den Palästinensern durch die islamischen Staaten am 3. April 2002 anlässlich einer Terrorismus-Konferenz in Kuala Lumpur, Massenproteste in den europäischen Staaten (Paris mehr als 40 000 Teilnehmer, Rom etwa 50 000 Teilnehmer) machen es deutlich.

Terror und Gegenterror im nahöstlichen Kampffeld (wobei jede Seite im Selbstverständnis nur Gegenterror ausübt) haben ein Maß an Hass und Erbitterung und an Hoffnungslosigkeit aufgehäuft, dass die Konfliktparteien nicht imstande sind, sich hieraus zu befreien. Sie sehen sich beide nur als Opfer der Gewalttätigkeit der anderen Seite und sind außerstande, den Konflikt aus wechselnder Perspektive zu betrachten, den jeweils anderen aus seinen inneren Antrieben und Nöten, seinen legitimen Interessen und Lebensbedürfnissen zu verstehen und – darauf aufbauend – gemeinsame Lösungsvorstellungen zu erarbeiten. Eine gleichsam „interne“ Lösung des Nahost-Konfliktes ist nicht zu erwarten.

Die Dringlichkeit einer Lösung aber wächst von Tag zu Tag. Sie ist ein Erfordernis nicht nur für das nahöstliche Konfliktfeld selbst, sondern für die ganze Welt. Es können anderenfalls Entwicklungen ausgelöst werden, die nicht mehr beherrschbar sind, nicht nur in der räumlichen Erweiterung des Kampfgebietes (Hisbollah-Raketen aus dem Libanon könnten die „Operation Schutzwall“ in den Libanon ausweiten). Die arabischen Staaten sind über die Massenproteste und die mit ihnen verbundene Kritik an der Untätigkeit der arabischen Regierungen in ihrer gesellschaftlichen und politischen Ordnung, auch in ihrer pro-westlichen Politikorientierung gefährdet. Die Ausbreitung des Fundamentalismus und die immer leichter zu erlangende Verfügungsgewalt über ABC-Waffen wecken schlimme Befürchtungen: Wird nicht, wenn es um endzeitliche Entscheidungen geht, jedes Mittel recht sein? Auch die Weltwirtschaft kann über die Ölversorgung aus dem arabischen Raum schwer getroffen werden, wie die palästinensische und die israelische Wirtschaft schon jetzt schwer getroffen

worden sind. Kurz: Der Nahost-Konflikt ist kein regional begrenztes Problem.

Ungeachtet des Vorschlages von **Ministerpräsident Scharon** von Mitte April 2002, eine Nahost-Friedenskonferenz abzuhalten (von der er inzwischen aber wieder abgerückt ist), sind von ihm substantielle Zugeständnisse in den zentralen Problemen des Konfliktfeldes nicht zu erwarten. Seine Regierungskoalition würde bei einer diesen „Verdacht“ weckenden Initiative des Regierungschefs sofort auseinanderbrechen. Der mit großer Mehrheit am 12. Mai 2002 vom ZK der Likud-Partei – der Partei Scharons! – gefasste Beschluss, sich der Errichtung eines palästinensischen Staates zu widersetzen, ist ein deutliches Zeichen. Zwei Parteien der Regierungskoalition treten offen für den „Transfer“, d.h. die Vertreibung der Palästinenser als Mittel zur Lösung des Konfliktes ein, sind damit alles andere als friedensfähig. Aber auch Scharon als Person steht einer friedlichen Kompromisslösung entgegen. Er hatte schon 1979 in der Knesset gegen den Frieden mit Ägypten gestimmt; er hatte selbst dem Frieden mit Jordanien 1994 seine Zustimmung verweigert. Er trug als Verteidigungsminister die Verantwortung für den Libanon-Krieg 1982, für die Bombardierung von Beirut und die Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila. Er war danach als Wohnungsbauminister politischer Träger der Siedlungspolitik und war – um den israelischen Besitzanspruch auf Ostjerusalem zu dokumentieren – demonstrativ in das arabische Viertel Jerusalems umgezogen. Er hatte den Osloer-Friedensprozess mit aller Erbitterung bekämpft und Ministerpräsident Rabin verleumdete:

*„Mit der Anerkennung einer Terror-Organisation, nämlich der PLO, hat die Regierung eine Wahnsinnstat begangen. Mit der Wiederbelebung von Israels größtem Feind kurz vor dessen Zerfall und seiner Wandlung zum Schutzschild gegen die Hamas beweist die Regierung nicht nur einen Hang zum Wahnsinn, sondern auch zum Verbrechen.“*⁴⁷

Sein „Besuch“ auf dem Tempelberg am 28. September 2000 war eine gezielte und leider höchst erfolgreiche Aktion gegen den Friedensprozess und auch nur die Möglichkeit,

dass die Camp-David-Verhandlungen weitergehen könnten. Im Angesicht der von ihm ausgelösten Al Aqsa Intifada stellte er wenige Tage später fest:

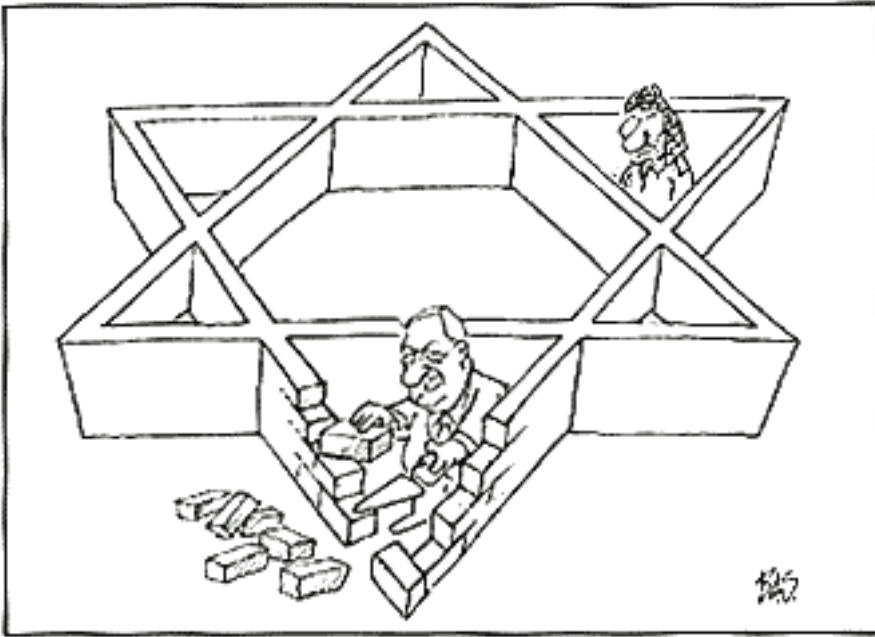
*„Ich bereue nicht einen Schritt, den ich in dieser Woche gemacht habe ... Ich bin nicht bereit, die Teilung Jerusalems zu unterstützen, das Jordantal aufzugeben oder die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge in Israels Grenzen zu gestatten ... Ich sehe in dem Brainstorming von Camp David noch nicht einmal einen Ausgangspunkt für diplomatische Gespräche.“*⁴⁸

Nach Angaben von „Frieden jetzt“, wohl der prominentesten Gruppe der israelischen Friedensbewegung, sind im ersten Amtsjahr Scharons als Ministerpräsident 34 neue „Siedlungsaußenposten“ zu bestehenden Siedlungen errichtet worden (so dass man sagen kann, es seien keine neuen Siedlungen gegründet worden; Har Homa bei Jerusalem wird zügig ausgebaut). In seiner Regierungserklärung vom 7. März 2001 hat Scharon als Programm verkündet, „Massen jüdischer Einwanderer nach Israel zu bringen“. Dass ihn Präsident Bush kürzlich (April 2002) als „Mann des Friedens“ bezeichnet hat, ist eine Groteske oder aber eine Beschwörungsformel. Von ihm kann nach alldem keine Friedensinitiative ausgehen, die diesen Namen verdient, vielmehr nur der Versuch, nicht nur die Al Aqsa Intifada mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, sondern zugleich auch die PLO mit Arafat an der Spitze als politische Institution zu zerbrechen – in den Worten von Zeev Sternhell, Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Jerusalem:

„Sein eigentliches Ziel ist nicht die Ausrottung des Terrors, sondern die Niederwerfung der palästinensischen Nationalbewegung ... Wer meint, er könne nicht nur den Terror unterbinden, sondern auch die Unabhängigkeitsbestrebungen eines ganzen Volkes mit der Gewalt seiner Militärmacht liquidieren, wird dabei enden, dass er auch Haifa und Tel Aviv in ein Schlachtfeld verwandelt.“ (Ha'aretz, 6. 4. 2002)

Die Vergeltungsschläge richteten sich von daher nicht nur gegen einzelne Terroristen von Hamas und Jihad, sondern gegen Verwaltungseinrich-

tungen und Polizeistationen der Palästinensischen Autorität; zugleich wurde Arafat persönlich für alle Anschläge verantwortlich gemacht. Der in Ramallah in Isolierhaft gehaltene Arafat symbolisiert die beabsichtigte „Hinrichtung“ der PLO und aller Elemente palästinensischer Staatlichkeit. Als am 4. April der Ratpräsident der EU und der Hohe Beauftragte für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Piqué und Solana, zur Vermittlung nach Israel reisten, wurde ihnen verwehrt, Arafat aufzusuchen, es sei denn, sie würden ihn ins Exil mitnehmen. Dass die israelische Regierung sich das Recht zusprach, festzulegen, wen die Abgesandten der EU sprechen können und wen nicht, war eine fast unglaubliche Brüksierung der 15 in der EU zusammengeschlossenen Staaten. Sie zeigt die Entschlossenheit der israelischen Regierung, die politische Vertretung der Palästinenser auszuschalten. Das Vorgehen gegen die PLO wird moralisch und politisch dadurch legitimiert, dass es sich als Teil des von den USA geführten weltweiten Kampfes gegen den internationalen Terrorismus darstellt. Scharons Worte: „Arafat ist unser Bin Laden“ oder „Arafat ist Israels Feind und der Feind der gesamten freien Welt“ sind Zeugnis dafür. In dieser moralisierenden Positionierung der israelischen Politik durch Scharon bleibt der mit jüdischen Organisationen in Vergangenheit und Gegenwart verbundene Terrorismus gänzlich unbeachtet – ein Terrorismus, an dem sogar zwei israelische Ministerpräsidenten als Führer von Terrororganisationen maßgeblich beteiligt waren: Begin und Schamir wurden wegen verschiedener Attentate und Sprengstoffanschläge – u.a. Ermordung des schwedischen UNO-Vermittlers Graf Bernadotte, Sprengung des King-David-Hotels in Jerusalem als Sitz der britischen Mandatsverwaltung, Massaker im palästinensischen Dorf Deir Jassin, alles in der Zeit der Staatsgründung – von der britischen Mandatsverwaltung steckbrieflich gesucht (zwischen Kriegschluss 1945 und Abzug der Briten aus Palästina fanden mehr als 300 Briten im Mandatsgebiet einen gewaltsamen Tod, überwiegend durch Anschläge von Juden. Waren die Täter Terroristen oder Freiheitskämpfer?). Nach dem Gesagten ist es nicht nur unwahrscheinlich, sondern ausgeschlossen, dass von dem, der in der israelischen Öffentlichkeit „Bull-



FAZ, 6. 4. 2002

Arafat wird in Isolierhaft gehalten, während Sharon politisch und territorial die Machtstellung Israels ausbaut.

dozer“ genannt wird, eine Friedensinitiative ausgeht, die eine wirkliche strategische Option und nicht einen taktischen Winkelzug darstellt (Es ist zu vermuten – so der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor (Die Zeit 2.10.02) –, dass Sharon dem Vorbild des früheren, von Weißen beherrschten Südafrika folgt, die Palästinenser in voneinander isolierten „Homelands“ zu konzentrieren, mit einer beschränkten Selbstverwaltung auszustatten, um so das gesamte Gebiet annektieren zu können, ohne den Palästinensern Bürgerrechte gewähren zu müssen, was Israel als Staat der Juden aufheben würde). Ohne **Intervention von außen** wird es kein Zurück zum Friedensprozess geben. Intervention von außen ist auch deshalb erforderlich, um das extreme Ungleichgewicht der Macht auszugleichen.

Die Art und Weise, wie die beiden Repräsentanten Europas Anfang April von der israelischen Regierung brüskiert wurden, macht deutlich, dass der Einfluss Europas begrenzt ist, begrenzter im Blick auf die israelische Politik als auf die palästinensische. Dass wenige Tage später der amerikanische Außenminister Arafat in Ramallah aufsuchte, aufsuchen durfte, veranschaulicht, dass der amerikanische Einfluss wesentlich größer ist. Ohne die USA wird sich politisch nichts bewegen. Die jährliche Wirtschafts- und Militärhilfe an

Israel von etwa drei Milliarden Dollar könnte als Instrument genutzt werden. Gleichwohl ist Israel kein bloßer

Satellit der USA. Die Vermittlungsreise Außenminister Powells im April 2002 hat das deutlich gemacht. Trotz der mehrfachen Forderung des amerikanischen Präsidenten nach dem sofortigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den palästinensischen Gebieten hat Israel seine Militäraktionen weitergeführt. In der arabischen Welt wird die amerikanische Vermittlungspolitik mit deutlichem Misstrauen verfolgt und als so eindeutig pro-israelisch wahrgenommen, dass Israel – gestützt auf die USA – nahezu alle UNO-Resolutionen missachten könne.

Dieses Misstrauen speist sich aus einer Vielzahl von Entscheidungen der amerikanischen Politik. Israel ist mit Abstand derjenige Staat, der die größte amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe bekommt. In der UNO sind die USA oft die einzige Macht, die die israelische Politik billigt und von Resolutionen des Welticherheitsrates abschirmt. Der Einmarsch israelische Truppen in den Libanon 1982 wurde von der UNO-Vollversammlung missbilligt mit nicht



Israel & Palästina, Sondernummer: Feindbilder. Arabische und deutsche Karikaturen zum Zweiten Golfkrieg, 1992

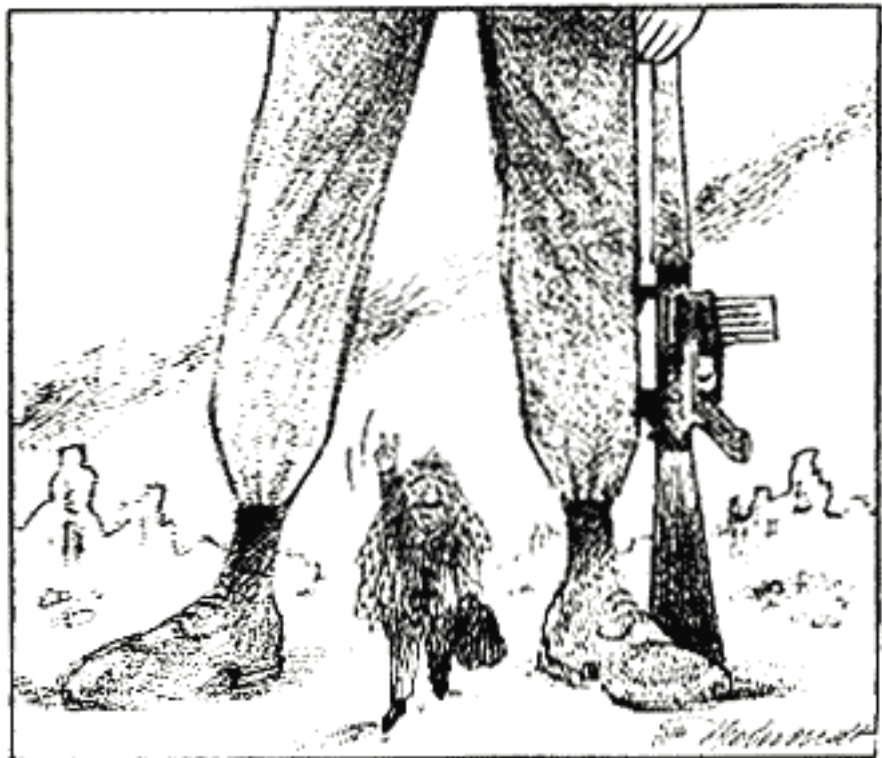
„Die Waage des Mr. Bush.“ Arabische Karikatur aus dem Golfkrieg, April 1991. Die Waage als Symbol der von Präsident Bush (Senior) projektierten „neuen Weltordnung“ besteht aus einem Galgenstrick („für die Araber“) und einem Sessel („für die Israelis“)

weniger als 127 : 2 Stimmen, denen der USA und Israels. Die USA verhinderten 1997 zweimal eine Resolution des Welt sicherheitsrates gegen den Bau der Siedlung Har Homa bei Jerusalem, die den Einschließungsring vervollständigen sollte (die Vollversammlung hat allein 1997 drei Resolutionen gegen die israelische Siedlungspolitik verabschiedet). Dem hierfür verantwortlichen israelischen Regierungschef Netaniahu wurde ungeachtet seiner Blockierung des Friedensprozesses die Ehre zuteil, vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen. Der jetzige Präsident der USA hat seit seinem Amtsantritt den israelischen Ministerpräsidenten Scharon – ungeachtet der politischen Vergangenheit dieses Mannes – sechsmal empfangen, Arafat nicht ein einziges mal; und der amerikanische Vizepräsident Cheney hat im März 2002 den arabischen und nahöstlichen Raum bereist, mit vielen Regierungschefs gesprochen, natürlich auch mit Scharon, nur nicht mit Arafat. Die amtliche Politik der USA ist in starkem Maße bedingt durch die Haltung des Kongresses. Dessen Einstellung wird deutlich in dem Beschluss beider Häuser 1995, dem amerikanischen Präsidenten die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu empfehlen und damit den israelischen Anspruch auf Ost-Jerusalem unzweideutig zu unterstützen (bis auf weniger Botschaften mittelamerikanischer Staaten befinden sich alle übrigen wegen der ungeklärten völkerrechtlichen Stellung Jerusalems in Tel Aviv). Beide Häuser des Kongresses haben mit jeweils großen Mehrheiten Entschlüsse verabschiedet, in denen sie die „Operation Schutzwall“ gutheißen und als Teil des gemeinsamen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus bewerten. Auch die öffentliche Meinung ist in starkem Maße auf Israel hin orientiert, und in ihr sind fundamentalistische christliche Gruppen sehr wirksam.⁴⁹ Von daher ist es wichtig, dass eine Friedensvermittlung von der Europäischen Union mitgetragen wird, weil diese stärker als die USA eine friedliche und kooperative Ordnung des gesamten Mittelmeer-Raumes im Bunde mit Europa vor Augen hat und damit abgewogener agiert. (1995 haben 15 EU-Staaten und 12 Mittelmeer-Partnerstaaten eine „Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP“) ins Leben gerufen). Die Wirksamkeit Europas wird allerdings

dadurch begrenzt, dass Europa nicht mit einer Stimme spricht.

Die Eskalation des Nahost-Konfliktes in den vergangenen Monaten ist nicht unabhängig davon zu sehen, dass sich die amerikanische Politik nach dem Wechsel im Präsidentenamt deutlich zurückgehalten und den Konflikt weitgehend sich selbst überlassen hat. War es Resignation, nachdem den Vermittlungsbemühungen Präsident Clintons der abschließende Erfolg versagt blieb? War es die Konzentration der amerikanischen Politik auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus um Bin Laden nach dem Anschlag von New York? Dabei steht außer Frage, dass sich der internationale Terrorismus in starkem Maße aus dem ungelösten Nahost-Problem speist und dass der Zusammenhalt der Weltkoalition gegen den internationalen Terrorismus daran gebunden ist, dass das Nahost-Problem positiv gelöst wird. Keiner der arabischen Staaten kann auf Dauer dieser von den USA geführten Weltkoalition zugehören, wenn gleichzeitig eine positive Lösung des Nahost-Konfliktes in immer größere Ferne rückt. Die antiisraelischen und zugleich anti-amerikanischen Massendemon-

strationen in den arabischen Staaten nach dem Beginn der „Operation Schutzwall“ richteten sich auch gegen die als untätig empfundene Politik der arabischen Staaten. Das durch Friedensvertrag mit Israel verbundene Ägypten, das den Massendemonstrationen mit der Polizei entgegengetreten ist, hat sich doch zugleich gezwungen gesehen, die diplomatischen Beziehungen zu Israel einzufrieren. Für die arabischen Staaten und ihre innere Ordnung wächst mit der Fortdauer und Intensivierung des Konfliktes eine Existenzgefährdung heran, die mit dem Machtantritt fundamentalistischer Gruppen auch für Israel existenzgefährdend werden kann. Der amerikanische Vizepräsident Cheney und nachfolgend auch Außenminister Powell haben bei ihren Rundreisen durch die arabischen Staaten im März/April 2002 überall dieselbe Botschaft gehört: Keine Solidarität mit den USA in der Weltkoalition gegen den Terror ohne Lösung des Nahost-Konfliktes. Die Wiederaufnahme der amerikanischen Vermittlungspolitik mit Präsident Bush's Nahost-Rede vom 4. April – „Genug ist genug“ im Blick auf die kriegerische Gegenwart und „Frieden ist möglich“ im Blick auf die Zukunft – hängt unzweifel-



FAZ, 2. 5. 2002

Vornehmlich die amerikanische Intervention hat bewirkt, dass die Isolierhaft für Arafat in Ramallah aufgehoben wurde.

haft hiermit zusammen, im besonderen Maße auch damit, dass die amerikanische Frontstellung gegen den Irak des Saddam Hussein das Einvernehmen mit den arabischen Staaten voraussetzt. Die neue Nahost-Initiative der USA hat es ermöglicht, dass der Weltsicherheitsrat der UNO Ende März zwei Resolutionen verabschiedet hat, in denen zum einen ein Waffenstillstand und der sofortige Rückzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Gebieten gefordert, in denen zum anderen die Errichtung eines Staates Palästina auf der Basis der einschlägigen UNO-Resolutionen projiziert wird. Die UNO (durch Generalsekretär Annan), die USA, die Europäische Union und Russland haben diesen Kurs durch die Erklärung von Madrid am 10. April 2002 bekräftigt und damit als „Quartett“ eine Handlungseinheit begründet, die trotz der gegenwärtigen Misere im Konfliktraum zukunfts-trächtig sein kann.

Bush's neuerliche **Nahost-Rede vom 24. 6. 2002** wird jedoch den hohen Erwartungen und politischen Erfordernissen nicht gerecht. Zwar bekennt sich der amerikanische Präsident zu seiner „Vision“ von „zwei Staaten, die nebeneinander in Frieden und Sicherheit leben“, auch dazu, „dass die israelische Besetzung, die 1967 begann, durch eine Verhandlungslösung beendet wird, die auf den UN-Resolutionen 242 und 338 und Israels Rückzug auf sichere und anerkannte Grenzen basiert“. Aber seine Analyse des Konfliktes ist alles andere als ausgewogen und lastet der palästinensischen Seite alle Schuld an. Die noch vor kurzem für den Sommer 2002 projektierte Friedenskonferenz wird auf unbestimmte Zeit verschoben und davon abhängig gemacht, dass die Palästinenser sich institutionell und politisch neu organisieren:

„Frieden verlangt eine neue und andere palästinensische Führung, damit ein palästinensischer Staat geboren werden kann. Ich rufe die palästinensische Bevölkerung auf, neue Führer zu wählen, Führer, die nicht durch Terror kompromittiert sind. Ich rufe sie auf, eine funktionierende Demokratie aufzubauen, die auf Toleranz und Freiheit beruht. Wenn das palästinensische Volk diese Ziele verfolgt, werden die USA und die Welt sie in ihren Anstrengungen unterstützen. Wenn das palästinensi-

sche Volk diese Ziele ernsthaft verfolgt, wird es auch in der Lage sein, mit Israel eine Verständigung zu erreichen ... Wenn die Palästinenser neue Führer, neue Institutionen und neue Sicherheitsregeln mit ihren Nachbarn haben, werden die USA die Gründung eines palästinensischen Staates unterstützen, dessen Grenzen und bestimmte Aspekte der Souveränität bis zu einer endgültigen Friedenslösung im Nahen Osten vorläufig sein werden.“

Der Aufruf zum Sturz Arafats als Voraussetzung jeden Fortschritts in Richtung auf Frieden und auf amerikanische Unterstützung übernimmt uneingeschränkt die Position Scharons, Arafat auszuschalten. Die Frage nach der Verhandlungswürdigkeit und Friedensfähigkeit Scharons wird gar nicht gestellt, das Problem der Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft bei fortdauernder Besetzung – alle palästinensischen Städte außer Jericho sind besetzt und nach außen abgeriegelt – und angesichts deprimierender Lebensumstände wird nicht bedacht. Wie soll hier eine freie, demokratisch und rechtsstaatlich organisierte Gesellschaft entstehen, der zudem noch vorgeschrieben wird, wer gewählt werden darf und wer nicht? Was soll geschehen, wenn sich die Palästinenser

wie bisher, vielleicht jetzt noch mehr als vordem, mit großer Mehrheit zu Arafat bekennen? Es könnte sein – wie der ägyptische Präsident Mubarak befürchtet –, dass die erzwungene Entmachtung Arafats eine Integrationsfigur der palästinensischen Gesellschaft hinwegräumen und politisches Chaos auslösen würde. Die künftige und in weite Entfernung gerückte Friedenskonferenz wird so unscharf umrissen („die endgültigen Grenzen, die Hauptstadt und andere Fragen der staatlichen Souveränität werden als Teil der Friedensordnung zwischen den Beteiligten verhandelt werden“), dass sie keine positiven Energien wachrufen kann, eher Widerstand gegen die Militärpräsenz und gegen die Verfestigung des status quo erwecken wird, damit die israelische Besetzung verlängern und die Demokratisierung verhindern wird. Ein entschlossener und zielgerichteter Neubeginn geht von dieser Rede nicht aus. Sie fällt weit hinter das in Taba Erreichte zurück und schränkt auch die Solidarität der arabischen Staaten mit Amerika gegenüber dem Irak erheblich ein. (Die Person Arafats ist nicht unantastbar, seine Politik unzweifelhaft zwielichtig. Vor allem in der israelischen Öffentlichkeit würde eine Friedensinitiative größere Resonanz finden, wenn die Palästinenser durch



FAZ, 30. 7. 2002

andere, glaubwürdigere Politiker vertreten würden. Aber das gilt auch umgekehrt für die Palästinenser im Blick auf die Vertreter Israels).

Erstaunlich, eher bestürzend ist auch, dass eine hochbedeutsame Friedensinitiative Saudi-Arabiens zwar randlich erwähnt, aber doch nicht ins Zentrum der Überlegungen gerückt wird, obwohl sie genau das enthält, was Israel seit Jahrzehnten erstrebt hat. Die Initiative Saudi-Arabiens stellt nichts Geringeres in Aussicht als die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten, den Abschluss von Friedensverträgen, die Eröffnung normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen einschließlich gemeinsamer Sicherheitsvereinbarungen – im Austausch gegen den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 und die Errichtung eines palästinensischen Staates. Auf der Konferenz von Beirut haben die Staaten der Arabischen Liga am 28. März 2002 eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, der Ägypter Amr Mussa, hat hierzu am Vorabend der Konferenz von Beirut gesagt:

„Wir bestehen nach wie vor auf der Rückgabe aller 1967 besetzten Gebiete, ebenso auf der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Darunter läuft gar nichts. Aber wir werden andererseits an alle, auch an die israelische Öffentlichkeit, eine klare und ernste Friedensbotschaft richten ... Wenn sich die Israelis aber an die UNO-Resolutionen 242 und 338 halten und das Prinzip ‚Land gegen Frieden‘ respektieren, steht einem Frieden nichts im Wege. Die Araber akzeptieren die Existenz Israels und wollen mit den Israelis in Frieden leben. Das können sie jetzt haben.“⁵⁰

Diese saudiarabische und nach Beirut gesamtarabische Initiative stellt für Israel so etwas wie einen „Elchtest“ dar, der die israelische Politik vor die unzweideutige und unabweisbare Alternative **„Land oder Frieden“** stellt. Das „Quartett“ von Madrid hat am 10. 4. 2002 den saudischen Friedensplan „voll und ganz“ unterstützt. Davon ist leider viel zu wenig in die Rede Bush's vom 24. 6. eingegangen.

Dass die Regierung Scharon die saudische Initiative in einer strategi-

schon Entscheidung für einen Frieden der Verständigung aufnimmt, ist alles andere als wahrscheinlich. Von daher erscheint der Verbleib der Arbeiterpartei (in der sich neben Meretz am ehesten kompromissbereite Kräfte finden) in der Regierung im höchsten Maße problematisch: sie legitimiert als Koalitionspartner die für den Frieden zukunftslose Politik des Regierungschefs. Es wäre viel mehr geboten, die Regierung zu verlassen, die Initiative der arabischen Staaten entschlossen aufzunehmen und sie der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit als eine positive Alternative zu Terror und Gegenterror zu präsentieren. Dalia Rabin-Pelosoff – die Tochter Rabins, die dem Kabinett Scharon als Stellvertretende Verteidigungsministerin angehörte – hat nach dem nächtlichen Raketenangriff auf ein Haus in Gaza am 23. 7. 2002, bei dem nicht nur der gesuchte Hamas-Führer, sondern auch 14 unschuldige Zivilisten, darunter 9 Kinder ums Leben kamen und mehr als 100 Anwohner verletzt wurden (Scharon nannte die Aktion „einen unserer größten Erfolge“), mit ihrem demonstrativen Rücktritt gegen die friedensfeindliche Politik Scharons protestiert.

Die derzeitige Situation im nahöstlichen Problemfeld ist zwar außerordentlich schwierig, aber doch nicht gänzlich hoffnungslos. Seit Januar 2002 besteht eine **„Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden“ (IPPC)**, die sich nach Maßgabe des in Taba Erreichten für einen Frieden der Verständigung einsetzt. Ihr gehören unter der Führung von Yossi Beilin, einem führenden Mitglied der israelischen Friedensdelegation in Taba, mehr als 20 Knesset-Abgeordnete an. Auch die palästinensische Seite ist mit bekannten Politikern vertreten. Gleichzeitig macht der **Aufruf von 55 prominenten Palästinensern** gegen die Selbstmordanschläge deutlich, dass die palästinensische Seite nicht grundsätzlich mit Terrorismus identifiziert werden darf („Wir glauben nicht, dass solche Anschläge die Palästinenser zu Freiheit und Unabhängigkeit führen; sie vergrößern nur die Zahl jener Länder, die Israels Besetzung der Palästinensergebiete unterstützen“).⁵¹

In Israel besteht die Neigung, in der Kritik an seiner Palästinapolitik nur eine neue Form von Antisemitismus zu sehen und sie damit inhaltlich

abzuweisen. Der stellvertretende Außenminister im Kabinett Scharon urteilt beispielsweise:

„Wir können sehen, wie dieses Ungeheuer des Antisemitismus von Generation zu Generation in unterschiedlicher Gestalt wieder auftaucht ... Wenn der alte Antisemitismus eine ‚judenreine Welt‘ wollte, so fordert der neue Antisemitismus eine ‚judentreue Welt‘. Das ist der einzige Unterschied. Dahinter steckt die Idee, den einzigen jüdischen Staat auf der Welt als illegitim hinzustellen. Letztendlich soll das Ganze zu einer Dämonisierung Israels führen.“⁵²

Leidvolle historische Erfahrung kann das Bewusstsein für Gefahren schärfen; aber sie kann auch die Wahrnehmung neuer Wirklichkeit und damit Handlungsmöglichkeiten verbauen. Der Friedensplan der Arabischen Liga ist eine neue Wirklichkeit, die neues Handeln erfordert.

Eine neue Friedensinitiative dürfte sich nicht damit begnügen, den status quo mit A-, B- und C-Zonen wiederherzustellen und Verhandlungen wieder aufzunehmen mit ungewissem Verlauf und ungewissem Ausgang. Es kann keine Rückkehr zum „Osloer Prozess“ geben. Auch wenn die Verwirklichung einer Friedensordnung Jahre dauern wird (zugleich auch gewalttätigen Widerstand gegen die Räumung der Siedlungen wachrufen wird), müssten am Anfang deutliche Signale stehen, auf die hin sich das politische Bewusstsein zuversichtlich orientieren kann, vorab die Proklamation eines Staates Palästina und die Bildung einer verantwortlichen palästinensischen Regierung⁵³, die unzweideutige Festlegung der Prinzipien der Friedensordnung – die UNO-Resolutionen 242 und 338 – dazu ein fester Zeitplan, somit weitgehend der Endstatus der Verhandlungen (was kleinere Korrekturen nicht ausschließt). Der Verhandlungsstand von Taba müsste den Ausgangspunkt bilden. Jedes Hinauszögern unabdingbarer Entscheidungen arbeitet den Feinden des Friedens in die Hände, schafft Möglichkeiten, den Frieden zu hintertreiben. Dass Scharon die Möglichkeit eines palästinensischen Staates erst am Ende eines langen Verhandlungsprozesses mit vielen Zwischenschritten sieht, ist mehr als nur kontraproduktiv (der hieran erkennbaren Strategie, den status quo zu festigen, ent-

spricht, dass die israelische Polizei am 10. August d. J. eine gemeinsame israelisch-palästinensische Friedensdemonstration (!) auf dem Weg von Jerusalem nach Bethlehem gewaltsam aufgelöst hat). Das Ganze müsste verbunden werden mit Vereinbarungen über die Sicherheit, möglicherweise oder wahrscheinlich auch verbunden werden mit der Stationierung einer internationalen Friedenstruppe in den palästinensischen Gebieten, für die sich insbesondere der UNO-Generalsekretär Kofi Annan einsetzt und die von der deutschen Regierungspolitik aufgenommen worden ist. Die Flüchtlingsfrage (3,5 Mio. Menschen) kann nur so gelöst werden, dass die Rückkehr auf israelisches Staatsgebiet gemäß UNO-Resolution 194 von 1948 symbolhaft anerkannt und zugleich zahlenmäßig eng begrenzt wird, hingegen ins palästinensische Staatsgebiet frei ist, im übrigen aber durch materielle Entschädigung und Neuansiedlung in arabischen Staaten gelöst wird. In der Erklärung von Beirut haben die Staaten der Arabischen Liga nur und hoffnungsvoll für einen Friedens-

kompromiss von einer „gerechten Lösung für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge“ gesprochen, nicht von der Rückkehr ins israelische Staatsgebiet. Das Jerusalemproblem kann nur so einvernehmlich gelöst werden, dass die Stadt als offene Stadt, als Hauptstadt zweier Staaten, möglicherweise auch als Standort der UNO, konstituiert wird.

Die gewaltigen Geldmengen, die im Augenblick noch für Rüstungsgüter aufgewendet werden, könnten in die ökonomische Entwicklung, in kooperative Projekte, z.B. die Wasserversorgung, einfließen und damit dem Friedensprozess Dauer verleihen.

Aus dem fernen Europa ist das alles freilich viel leichter formuliert als im nahöstlichen Kampfraum durchgesetzt. Hass und Erbitterung, aufgewühlte Leidenschaften, Nöte und Ängste, traumatische historische Erinnerungen, Glaubensvisionen und Zukunftserwartungen stehen dem entgegen. Trotzdem gilt das Wort von Theodor Herzl: „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen.“



Nahöstlicher Märchenerzähler

HAZ, 19. 7. 2000

14. Anmerkungen/ Nachweise

- 1 A. Senfft: „Seht in Euch selbst hinein.“ In: Israel & Palästina. Hrsg.: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten [DIAK]. Themenheft 66: Kriegsgesellschaften – Gesellschaftskriege. Schwalbach (Wochenschau-Verlag) 2002. S.3ff. Y. Frankenthal: Der Elternzirkel. Ebd., S. 37f.
Weitere Publikationen des DIAK:
– Israel & Palästina. Zeitschrift für Dialog. 4 Hefte im Jahr (ebenso 4 Themenhefte)
– Schriftenreihe des DIAK, in unregelmäßiger Folge erscheinend. Bisher 37 Bände.
- 2 Bericht über Palästina. Erstattet durch die Britische Königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel. Berlin 1937, S. 422f, 428f.
- 3 Sonderdruck aus Y. Harkabi: Palästina und Israel. Stuttgart 2. Aufl. 1974.
- 4 Selbstdarstellung der Hamas im Internet. Teilabdruck auch in:
F. Schreiber/M. Wolffsohn: Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts. Opladen 4. Aufl. 1996, S.323f sowie in: Israel & Palästina (vgl. Anm. 1). Themenheft 39: Religion und Nahostkonflikt I: Islam. 1995, S. 34
- 5 A. Ullmann (Hrsg.): Israels Weg zum Staat. Von Zion zur parlamentarischen Demokratie. dtv-dokumente, Bd. 181, 1964, S. 307ff; auch in:
H. Mejcher/A. Schölch (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Paderborn 1981, S. 243ff.
Die Proklamation des Staates Israel 1948 durch Ben Gurion entsprach der Staatsidee Theodor Herzls, des Begründers der zionistischen Bewegung, die dieser in seinen Büchern: Der Judenstaat, 1896, und Altneuland, 1902, konzipiert hatte: Ein säkularer jüdischer Nationalstaat, keine jüdische Theokratie.
Th. Herzl: „Unsere Volksgemeinschaft ... Wir erkennen uns eigentlich am väterlichen Glauben als zusammengehörig. Werden wir also am Ende eine Theokratie haben? Nein! Der Glaube hält uns zusammen, die Wissenschaft macht uns frei. Wir werden daher theokratische Velleititäten unserer Geistlichen gar nicht aufkommen lassen. Wir werden sie in ihren Tempeln festzuhalten wissen, wie wir unser Berufsheer in den Kasernen festhalten werden ... Jeder ist in seinem Bekenntnis oder in seinem Unglauben so frei und unbeschränkt wie in seiner Nationalität. Und fügt es sich, daß auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren.“ Th. Herzl: Der Judenstaat (1896), zitiert nach der 11. Aufl. Jerusalem 1946, S. 71.
- 6 R. Ch. Schneider: Israel am Wendepunkt. Von der Demokratie zum Fundamentalismus? München 1998, Zitate S.16, 41. In einem nach rabbinischem Recht regierten Staat gäbe es z.B. keine Gleichberechtigung für Frauen und für nichtjüdische Minderheiten; ein Rabbiner-Kollegium müsste als höchste Rechtsinstanz, gleichsam als Bundesverfassungsgericht, dem Parlament und der Regierung vorgeordnet werden.
Moshe Zimmermann spricht von der „Vereinnahmung des zionistischen Staates durch die Ideologie seines ursprünglichen Gegners, der ethnozentrisch-religiös-orthodoxen Richtung des Judentums“. Er hält diesen Prozess für so weit fortgeschritten, dass er resümiert: „Die Epoche des Zionismus ist nach hundert Jahren beendet.“ M. Zimmermann: Wende in Israel. Zwischen Nation und Religion. Berlin 1996, S. 13
- 7 Israel & Palästina (vgl. Anm. 1). Themenheft 40: Religion und Nahostkonflikt II: Judentum. 1995, S. 15
- 8 V. Beiser: Massaker auf dem Tempelberg. In: Israel & Palästina. Zeitschrift für Dialog (vgl. Anm. 1), H. 5–6/90, S. 34ff.
- 9 Vgl. das Buch einer israelischen Autorin, einer Rechtsanwältin: Felicia Langer: Wo Hass keine Grenzen kennt. Göttingen 1995; die Grabinschrift S.106.
L. Watzal: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Berlin 2001. Zu Goldstein S.86ff., die Grabinschrift S.88
Rabbiner Meir Kahane, der Gründer der Kach-Partei, bekennt aus gleicher „Geistes“haltung: „Ich anerkenne das Recht der Maschinenpistole und auch das des Messers“; er plädiert für die Deportation der Palästinenser, die er den Nazis gleichsetzt und als „Bakterien, die uns vergiften“, bezeichnet. M. Karpin/I. Friedman: Der Tod des Jitzhak Rabin. Reinbek 1998, S. 69
- 10 Vgl. F. Schreiber/M. Wolffsohn (vgl. Anm. 4): „Operation ‚Friede für Galiläa‘“, S.292ff.; „Die Massaker von Sabra und Schatilla“, S.296ff.
- 11 Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina und Politische Erklärung in: Europa Archiv, Jg. 1989, H. 2, S.D 46ff., D 49ff.
- 12 J. A. Baker: Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen. Berlin 1996
- 13 Vgl. zur israelischen Friedensbewegung die Schriftenreihe des DIAK (vgl. Anm. 1):
Bd. 4: R. Bernstein (Hrsg.): Friedenskräfte in Israel. Berlin 1981
Bd. 16: H. Funke/Chr. Sterzing (Hrsg.): „Frieden jetzt.“ Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen. Frankfurt 1989
Bd. 23: J. Böhme/Chr. Sterzing (Hrsg.): Friedenskräfte in Israel. Frankfurt 1992
- 14 Rabin am 13.9.1993 bei der Unterzeichnung der Osloer Prinzipienklärung in Washington. In: Israel & Palästina. Zs. für Dialog (vgl. Anm. 1), H. 5/93, S.25; dort auch der Wortlaut der Prinzipienklärung, der Zeitplan des Friedensprozesses und die bei der Unterzeichnung gehaltenen Reden.
- 15 Europa-Archiv, Jg. 1993, S. D 552ff.
- 16 A. Kapeliuk, vgl. Anm. 17, S.54
- 17 M. Karpin/I. Friedman: Der Tod des Jitzhak Rabin. Anatomie einer Verschwörung. Reinbek/Hamburg 1999 (engl. Ausg. 1998: „Murder in the name of God“)
A. Kapeliuk: Rabin – ein politischer Mord. Nationalismus und rechte Gewalt in Israel (mit einem Vorwort von Lea Rabin). München 1999.
Israel & Palästina (vgl. Anm. 1). Themenheft 41: Nach dem Attentat. 1995. Hierin auch (S.5ff. der Artikel eines israelischen Autors in der Zeitung Ha'aretz vom 10.11.1995, in dem die religiöse Fundamentalisierung des israelischen Nationalbewusstseins nach 1967 als entscheidende Ursache für die Ermordung Rabins hervorgehoben wird: „Der gewaltsame Tod Rabins ist nicht nur das Ergebnis von drei Jahren übler Hetze der extremen und der angeblich gemäßigten Rechten. Er ist das Produkt einer dreißigjährigen messianischen Krankheit, der tödlichen Verbindung von religiösem und nationalistischem Fanatismus, mit der die israelische Gesellschaft und die israelische Demokratie nicht nur nicht fertig wurden, sondern für die sie sich oft genug erwärmt haben.“
- 18 Uri Avnery: Unvereinbar: Die zionistische und die palästinensische Geschichte. Frankfurter Rundschau 5.5.2001. Avnery formuliert hier 80 Thesen für einen erfolgreichen Friedensprozess. Der von ihm mitbegründete israelische „Friedensblock“, Gusch Schalom, urteilt über Camp David: „Dieses unmögliche Angebot, Baraks anmaßendes Auftreten, der fortgesetzte Siedlungsbau und Scharons Provokation [Tempelberg-„Besuch“] – alles dieses führte zur unvermeidbaren Explosion. Das ‚großzügige Angebot‘ ist ein Feigenblatt, das die Intentionen jener verbirgt, die diesen Krieg gegen die Palästinenser rechtfertigen ... Alle künftigen Verhandlungen müssen auf dem Kompromiss beruhen: Die grüne Linie [die Grenzen von 1967] eine Friedensgrenze.“
Uri Avnery wurde im Mai diesen Jahres von der Stadt Oldenburg der Carl-von-Ossietzky-Preis verliehen, eine Würdigung seines unermüdlichen Einsatzes für eine friedliche Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern,
- 19 Gemeinsame israelisch-palästinensische Erklärung über die Gespräche in Taba, veröffentlicht am 26.1.2001. In: Internationale Politik, Jg. 2001, S. 99.
- 20 It's possible. Israelische und palästinensische Künstler stellen gemeinsam für den Frieden aus. In: Israel & Palästina (vgl. Anm. 1). Sonderheft 25, 1991.

- ²¹ U. Klein/D. Thränhardt (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten. Schriftenreihe des DIAK, Bd. 37, Schwalbach 2002. Dort auch, S.169f, der eindrucksvolle Bericht über eine gemeinsame Friedensdemonstration israelischer und palästinensischer Jugendgruppen beiderseits der Grenze (die palästinensischen Jugendlichen hatten keine Einreiseerlaubnis für Israel bekommen).
- ²² Die Rede von Peres in: Internationale Politik, Jg. 1999, S.97ff.
- ²³ R. Moskowitz: Israel am Abgrund. In: Der Spiegel, Jg. 2002, H. 2, 7.1.2002. Moskowitz ist Mitbegründer der oben erwähnten palästinensisch-israelischen Siedlung Neve Schalom.
- ²⁴ A. Primor: „... mit Ausnahme Deutschlands.“ Als Botschafter Israels in Bonn. Berlin 1997.
- ²⁵ Vgl. zu den deutsch-israelischen Beziehungen:
 G. Dachs (Hrsg.): Deutsche, Israelis und Palästinenser. Ein schwieriges Verhältnis. Heidelberg 1999.
 I. Deutschkron: Israel und die Deutschen. Das schwierige Verhältnis. Köln, erw. NA. 1991
 R. Giordano (Hrsg.): Deutschland und Israel. Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen. Gerlingen 1992
 N. Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Düsseldorf 2002
 K. Jaeger: Quadratur des Dreiecks. Die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser. Schriftenreihe des DIAK (vgl. Anm. 1), Bd. 27, Schwalbach 1997
 A. Kaiser/T. Kriener (Hrsg.): Normal ist das Besondere. Streiflichter aus 30 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen. Schriftenreihe des DIAK (vgl. Anm. 1), Bd. 26. Schwalbach 1996
 V. Perthes (Hrsg.): Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach 2001
 A. Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn 1997
 M. A. Weingardt: Deutsch-israelische Beziehungen. Zur Genese bilateraler Verträge 1949–1996. Konstanz 1997
 M. Wolffsohn: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen. München 1988
 H. Embacher/M. Reiter: Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit. Wien 1998
- ²⁶ Vgl. hierzu A. Ben Natan: Briefe an den Botschafter. Frankfurt 1971.
- ²⁷ „Christen für Israel“, hrsg. von der „Arbeitsgemeinschaft Christen für Israel“, Wetzlar, seit 1980; jährlich sechs Hefte
- N. Lieth: Zukunftsaussichten. Perspektiven aus dem Daniel-Buch. 2 Bde. Pfäffikon 1996.
 Ders.: Der Judenstaat – Vom Weltärgernis zum Weltbedürfnis. Pfäffikon 1997
 W. Malgo: Das Tausendjährige Reich – eine Utopie? Pfäffikon, 2. Aufl. 1999
 F. May: Apokalypse über Jerusalem. Die Heilige Stadt im Brennpunkt dramatischer Endzeit-Ereignisse. Aßlar 2001
 W. Penkazy: Israel – der dritte Weltkrieg und wir. Wuppertal (1993) 4. erw. Aufl. 1999
 F. Vogel: Israel. Ein Mini-Mega-Staat im Aufbruch zur Weltmacht. Beinwil 1998
 Kritisch zum Fundamentalismus:
 G. Kepel: Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch. München/Zürich 1991
 K. Kienzler: Der religiöse Fundamentalismus: Christentum, Judentum, Islam. München 2. Aufl. 1999
 M. Kloke: Mobilmachung im Millenniumsfieber. Israel und der christliche Fundamentalismus in Deutschland. Israel & Palästina, Themenheft 59 (vgl. Anm. 1). Schwalbach 2000
- ²⁸ Penkazy: (vgl. Anm. 27), S.9ff; ebenso Vogel, (vgl. Anm. 27), S.14: „Menschenschicksale und Völkerschicksale haben sich im Alten Testament immer daran entschieden, wie sie zu Israel standen.“
- ²⁹ Zitiert wurde aus dem Buch von N. Lieth: Zukunftsaussichten (vgl. Anm. 27), Bd. I, S.62, 72–75, 98f, 134; Bd. II, S. 43, 161; Vogel (vgl. Anm. 27), S. 5
- ³⁰ Lieth (vgl. Anm. 27), Bd. II, S. 162, 132f.
- ³¹ Vogel (vgl. Anm. 27), S. 114–117
- ³² Vogel (vgl. Anm. 27), S. 196
- ³³ Christen für Israel, Nr. 98, 1995; Nr. 125, 2000; Nr. 106, 1997.
 In den „Nachrichten aus Israel“ (Jg. 2002, H. 5, S.9) wird deshalb die „Aktion Schutzwall“ uneingeschränkt und Gott-geboren begrüßt: „Auch wenn die ganze Welt dagegen war, hat Scharon mit dieser Militäraktion den Willen Gottes getan, denn das Land gehört Israel.“ Der Autor sieht auch in den gleichzeitigen Niederschlägen nach langer Trockenheit ein Zeichen Gottes und resümiert als Verhaltensmaßgabe: „Aus dieser Aktion Scharons gegen die Meinung der ganzen Welt können auch wir Christen lernen: Es ist wichtig, dass wir den Weg der Nachfolge Jesu ohne Wenn und Aber gegen alle Widerstände aus der Hölle gehen. Dann wird der Herr Seinen Segen geben und wir werden gestärkt daraus hervorgehen.“
- ³⁴ Christen für Israel, Nr. 98, 1995
- ³⁵ Der Sprecher dieser Worte, Fritz May, ist freikirchlicher Pfarrer. Er widmet dem Jerusalem-Problem sein Buch „Apokalypse über Jerusalem“. Er stellt die verschiedenen Lösungsmodelle für Jerusalem vor, um alle bis auf eines – die ungeteilte jüdische Souveränität – zu verwerfen: „Jerusalem ist das Herz und die Seele des jüdischen Volkes. Und wie kein Mensch ohne Herz und Seele leben kann, so kann auch Israel ohne Jerusalem nicht leben. Würde man die Stadt wieder teilen, wie sie 19 Jahre lang geteilt war, in ein jüdisches und ein arabisches Jerusalem, würde dies bald den Tod Israels bedeuten.“ (S.65). Der Autor überschreibt ein Kapitel seines Buches (S.175ff.) mit der Forderung der „Getreuen des Tempelberges“: „Der Felsendom muss weg!“ und identifiziert sich mit dieser Forderung durch den Untertitel: „Keine Zukunft für moslemische Heiligtümer auf dem Tempelberg.“ Er spricht von dem „heidnischen Schandfleck auf dem Berg Zion“ und nennt den Felsendom eine „ständige Provokation für Juden und Christen. Und nicht zuletzt auch für Gott. Dies trifft auch für die Al Aksa-Moschee zu. Mögen sie in Mekka und Medina stehen. Aber nicht in Jerusalem. Und schon gar nicht auf dem heiligen Berg Gottes. Das ist die einhellige Meinung vieler Juden und Christen.“
- ³⁶ Christen für Israel, Nr. 126, 2000
- ³⁷ Christen für Israel, Nr. 112, 1998
 Die Überzeugung von einem engen Verbund zwischen Christen und Juden unter gleichzeitiger Abdrängung der Moslems speist sich auch aus der Existenz von Gruppen „messianischer Juden“ in Israel, die in dem wiederkehrenden Jesus Christus den Messias der Juden sehen. In einer Solidaritätsadresse für die Regierung Scharon vom 16. 4. 2002 definieren sie sich wie folgt: „Die messianisch-jüdischen Gläubigen sind der Auffassung, dass nach der alttestamentlichen Prophetie und dem Neuen Testament Jesus, der Sohn Davids, der Messias unsere Gerechtigkeit und Erlösung ist. Als Er das erste Mal vor 2000 Jahren erschien, erfüllte Er die Aufgabe der persönlichen Erlösung durch das Opfer Seines Blutes, das die Sünde sühnt. Und wenn Er in naher Zukunft zum zweiten Mal erscheint, wird Er die verheißene nationale Erlösung unseres Volkes verwirklichen.“ In: Nachrichten aus Israel, Jg. 2002, H. 5, S. 19
- ³⁸ Christen für Israel, Nr. 134, 2001
- ³⁹ Nachrichten aus Israel, Nr. 7, 2002, S. 3
 Die „Nachrichten aus Israel“ und der „Mitternachtsruf“ sind Publikationsorgane eines fundamentalistischen evangelischen Missionswerkes, das seit den späten 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts besteht und in dem Verlag „Mitternachtsruf“ (Pfäffikon in der Schweiz und Lokstetten in Deutschland) konzentriert ist. Die Zs. „Mitternachtsruf“ nennt sich im Untertitel „Die internationale Zeitschrift über biblische Prophetie“ und macht damit die Glaubensüberzeugung („die Bibel unfehlbarer Maßstab unseres Glaubens und unseres Lebens“) wie auch das weltweite Aktionsfeld sichtbar. Die Zeitschriften erscheinen in einer Vielzahl von Sprachen, so bspw. die „Nachrichten aus Israel“ in 8 Sprachen. Die lineare Ableitung und moralische Legi-

timierung von Politik aus einem fundamentalistischen Bibelverständnis, zugleich die bestätigende Antwort Gottes werden deutlich, wenn es zur Operation Schutzwall in den „Nachrichten aus Israel“ (Nr. 5/2002, S. 9) heißt:

„Auch wenn die ganze Welt dagegen war, hat Scharon mit dieser Militäraktion den Willen Gottes getan, denn das Land gehört Israel. Außerdem muss der Terror mit aller Härte bekämpft werden! Es ist in diesem Zusammenhang auch interessant, dass es in Israel wieder ziemlich stark zu regnen begann, als die Militäraktion anief. Ist das ein Zufall?“

Bezogen auf die Denkvorsetzungen dieser Aussage und zugleich auf den Namen des im Missionswerk tätigen und Israel-orientierten Vereins „Beth Shalom“ kann man nur hoffen, dass Gottes Regen durch eine lang anhaltende Dürre abgelöst wird, die dem Haus des Friedens förderlicher erscheint als Regen.

⁴⁰ Salz und Licht, Jg. 2002, Nr. 1, S. 10ff. Die „Partei Bibeltreuer Christen“ ist 1989 in Karlsruhe gegründet worden. Bei den Bundestagswahlen 1998 kam sie auf knapp 72000 Stimmen. Im Bundestagswahlkampf 2002 spielte die „Solidarität und Freundschaft mit Israel“ eine wichtige Rolle (so auch der Titel eines umfangreichen Falblattes, das mit einer Vielzahl von Bibelzitate um den Nachweis des auf den Staat Israel bezogenen Heilswillens Gottes für die Welt bemüht ist).

⁴¹ Christen für Israel, Nr. 129, 2000

⁴² Nachrichten aus Israel, Jg. 2002, H. 4, S. 6, 12

⁴³ F. Winkler: Der kompromisslose Kampf gegen den Feind Gottes. In: Nachrichten aus Israel, Jg. 2002, Nr. 3, S. 21f.

⁴⁴ Vgl. zum Verhältnis der beiden Kirchen zum Judentum die großen Dokumentationen: R. Rendtorff/H.H. Henrix (Hrsg.): Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945–1985. Paderborn/München 1988, 2. A. 1989. H.H. Henrix/W. Kraus (Hrsg.): Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1986–2000. Paderborn/Gütersloh 2001. Das Grundsatzpapier der Evangelischen Mittelost-Kommission von 1986 S. 535 ff; die EKD-Studie „Christen und Juden III“ vom 14. 3. 2000 S. 862 ff; die Ansprache von Johannes Paul II. an den ersten israelischen Botschafter beim Vatikan S. 89 ff; sein Appell vom 11. 8. 2002 nach Internet-Seite von Radio Vatikan. Die Studien der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1975, 1991 und 2000 sind auch gesondert erschienen: Christen und Juden I–III. Hrsg. im Auftrag des Rates der EKD vom Kirchenamt der EKD, Gütersloh 2002. Die Studie „Christen und Juden III“ aus dem Jahre 2000 S. 113 ff, die angeführten Zitate S. 193 f.

⁴⁵ F. Vogel (vgl. Anm. 27), S. 152

⁴⁶ U. Klein: Baraks ungehaltenes Versprechen und die Macht des Militärs. In: Israel & Palästina (vgl. Anm. 1), H. 4/99, S. 9ff.

⁴⁷ Israel & Palästina (vgl. Anm. 1), H. 6/93, S. 17

⁴⁸ Ariel Scharon: „Ich bereue nichts“, 3.11.2000 in Ha'aretz; zitiert nach Israel & Palästina (vgl. Anm.1), Themenheft 62, 2001, S. 35f

⁴⁹ Vgl. hierzu die DIAK-Themenhefte 53: Israel und die USA, 1998, und 55: Die Palästinenser und die USA, 1998; sowie U. Klein/D. Thraenhardt (vgl. Anm. 21), S. 67ff.: V. Perthes: Die Nahostpolitik der USA.

⁵⁰ Interview mit Amr Mussa, in: Der Spiegel, Nr. 13/2002, 25.3.2002, S. 159

⁵¹ Wortlaut des Aufrufes in Israel & Palästina (vgl. Anm. 1) H 3/2002, S. 6f. Auf israelischer Seite haben 125 Akademiker in einem öffentlichen Aufruf gegen die blutigen Militäroperationen der israelischen Armee im Gazastreifen protestiert und auf die Gefahr verwiesen, dass die derzeitige israelische Regierung im Falle eines Krieges gegen den Irak „weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bis zu vollständigen ethnischen Säuberungen“ begehen könnte (FAZ, 9.10.02).

⁵² Interview mit Rabbiner Michael Melchior in: Nachrichten aus Israel, Jg. 2002, H. 5, S. 21f.

⁵³ Ursprünglich war die Staatsproklamation für den 4. Mai 1999 vorgesehen – nach Ablauf der in Oslo vereinbarten Übergangsfrist. Sie unterblieb auf Zuraten von außen, insbesondere auch der europäischen Staaten, um die Knesset-Wahlen in Israel davon freizuhalten und nicht die israelische Rechte zu stärken. Scharon, als Außenminister der Regierung Netaniahu, formulierte in einem Positionspapier vom Januar 1999: „Die Absicht der Palästinensischen Behörde (PA), im Mai 1999 einseitig einen unabhängigen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt Jerusalem auszurufen: Ein derartiger Akt ist ein flagranter Bruch der Vereinbarungen von Oslo und Wye und könnte den Zusammenbruch des gesamten Prozesses bedeuten. Israel behält sich das Recht vor, mit angemessenen Gegenmaßnahmen zu reagieren, falls die PA sich für diese Handlungsalternative entscheidet.“ (Internationale Politik, Jg. 1999, S.82). Der Text macht deutlich, dass der Autor im Blick auf die nationale Selbstbestimmung der Palästinenser für den Staat Israel ein übergeordnetes Recht in Anspruch nimmt.

Verfasser:

Wolfgang Marienfeld, Dr. phil., em. Prof. für Geschichte und ihre Didaktik
(Universität Hannover)

Buch-Veröffentlichungen:

Konferenzen über Deutschland
Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941–1949.
Hannover 1962

(zus. m. W. Osterwald) Die Geschichte im Unterricht.
Düsseldorf 1966

Geschichte im Lehrbuch der Hauptschule.
Stuttgart 1972

Ur- und Frühgeschichte im Unterricht.
Frankfurt 1979

Jüdische Lehrerbildung in Hannover, 1848–1923.
Hannoversche Geschichtsblätter. NF Bd. 36, H. 1/2 Hannover 1982

Das Deutschlandproblem in seiner geschichtlichen Entwicklung.
Hannover 2. A. 1985

(zus. m. M. Overesch) Deutschlandbild und Deutsche Frage in den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik Deutschland und den Richtlinien der Länder.
In: W. Jacobmeyer (Hrsg.): Deutschland und Deutsche Frage in den historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichtswerke der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 bis in die achtziger Jahre.
Braunschweig 1986

Der Historikerstreit
Hannover 1987

Die Geschichte des Deutschlandproblems im Spiegel der politischen Karikatur.
Hannover 2. A. 1991

Weltgeschichte als Heilsgeschehen. Die Idee des Endreiches in der Geschichte.
Hannover 2000

Die Geschichte des Judentums in deutschen Schulbüchern.
Hannover 2000